

DEUTSCHSPRACHIGE GEMEINSCHAFT
COMMUNAUTE GERMANOPHONE — DUITSTALIGE GEMEENSCHAP

MINISTERIUM DER DEUTSCHSPRACHIGEN GEMEINSCHAFT

[2023/204472]

22. MAI 2023 — Dekret über die bedarfsgeleitete Arbeitsvermittlung

Das Parlament der Deutschsprachigen Gemeinschaft hat das Folgende angenommen und wir, Regierung, sanktionieren es:

KAPITEL 1 - Allgemeine Bestimmungen

Artikel 1 - Gegenstand

Das vorliegende Dekret definiert die Dienstleistung der bedarfsgeleiteten Arbeitsvermittlung in der Deutschsprachigen Gemeinschaft sowie bestimmte Maßnahmen, die zu ihrer Umsetzung beitragen. Es zielt darauf ab, jedem Arbeitssuchenden auf seinem Weg in die Berufswelt das Recht auf eine unentgeltliche, hochwertige und an ihn angepasste Beratung, Begleitung und Vermittlung einzuräumen, unabhängig vom jeweiligen Einkommen oder Ersatzeinkommen.

Art. 2 - Personenbezeichnung

Die Personenbezeichnungen im vorliegenden Dekret gelten für alle Geschlechter.

Art. 3 - Begriffsbestimmungen

Für die Anwendung des vorliegenden Dekrets versteht man unter:

1. Anwärter und Empfänger von Arbeitslosenunterstützung: Arbeitssuchende, die als arbeitssuchend eingetragen sind und auf der Grundlage des Königlichen Erlasses vom 25. November 1991 das Arbeitslosengeld oder die Berufseingliederungszulage erhalten oder sich in der Berufseingliederungszeit befinden;
2. Arbeitsamt: das Arbeitsamt der Deutschsprachigen Gemeinschaft;
3. Arbeitsberater: Mitarbeiter des Arbeitsamtes, die den Arbeitssuchenden beraten und begleiten;
4. Arbeitssuche: die Suche nach einer beruflichen Tätigkeit als Arbeitnehmer, statutarisches Personalmitglied oder als Selbstständiger. Sie beinhaltet die Suche nach dazu nützlichen Förder-, Praktika- oder Qualifizierungsangeboten;
5. Arbeitssuchender: die Person, die Arbeit sucht und Zugang zum belgischen Arbeitsmarkt hat, unabhängig von ihrem jeweiligen Einkommen oder Ersatzeinkommen;
6. bedarfsgeleitete Arbeitsvermittlung: eine Dienstleistung für eingetragene Arbeitssuchende mit Wohnsitz im deutschen Sprachgebiet, die den in Kapitel 3 beschriebenen Anforderungen entspricht;
7. Begleitangebot: jedes Angebot zur Beratung, Begleitung und Befähigung von Arbeitssuchenden;
8. berufliche Aktionsvereinbarung: die gemäß Artikel 19 geschlossene Vereinbarung;
9. Datenschutz-Grundverordnung: die Verordnung (EU) 2016/679 des Europäischen Parlaments und des Rates vom 27. April 2016 zum Schutz natürlicher Personen bei der Verarbeitung personenbezogener Daten, zum freien Datenverkehr und zur Aufhebung der Richtlinie 95/46/EG;
10. Dienststelle: die Dienststelle der Deutschsprachigen Gemeinschaft für selbstbestimmtes Leben;
11. eingetragener Arbeitssuchender: der Arbeitssuchende, der in dem Register der Arbeitssuchenden eingetragen ist;
12. Eintragung: die Eintragung eines Arbeitssuchenden in das Register der Arbeitssuchenden;
13. Ersatzeinkommen: Sozialleistungen öffentlicher Behörden, die gezahlt werden, um ein Erwerbseinkommen aus einem bestimmten Grund zu ersetzen oder zu ergänzen;
14. Königlicher Erlass vom 25. November 1991: der Königliche Erlass vom 25. November 1991 zur Regelung der Arbeitslosigkeit;
15. nichtbeschäftigter Arbeitssuchender: der Arbeitssuchende, der keiner Beschäftigung im Rahmen eines Arbeitsvertrags oder einer Selbstständigkeit nachgeht und keiner diplomierenden Erstausbildung des durch die Deutschsprachige Gemeinschaft organisierten, anerkannten oder subventionierten Unterrichtswesens oder eines gleichgestellten Unterrichtswesens folgt;
16. ÖSHZ: die öffentlichen Sozialhilfezentren des deutschen Sprachgebiets;
17. Praktikum: Arbeitserfahrung von begrenzter Dauer, die eine Lern- und Ausbildungskomponente aufweist mit dem Ziel, praktische und berufliche Erfahrungen zu sammeln und so die Beschäftigungsfähigkeit zu verbessern und den Übergang in eine reguläre Beschäftigung zu erleichtern;
18. Praktikumsgeber: die natürliche oder juristische Person, die einen Praktikanten unter ihrer Verantwortung und Autorität im Rahmen eines Praktikums beschäftigt;
19. Referenzberater: der Mitarbeiter eines Vermittlungsdienstes, der die bedarfsgeleitete Arbeitsvermittlung eines Arbeitssuchenden inhaltlich begleitet und administrativ koordiniert;
20. Register der Arbeitssuchenden: die vom Arbeitsamt verwaltete Datenbank mit den Angaben zu den Personen, die Arbeit suchen und sich in das Register eingetragen haben;
21. Sozialhilfeempfänger: der Empfänger des Eingliederungseinkommens oder der gleichgestellten Sozialhilfe gemäß dem Gesetz vom 26. Mai 2002 über das Recht auf soziale Eingliederung, mit Ausnahme der Personen die aus gesundheitlichen Gründen oder Billigkeitsgründen nicht arbeiten können;
22. Vermittlungsangebot: jedes Angebot, in das ein Arbeitssuchender vermittelt werden kann, um eine dauerhafte Beschäftigung zu erlangen. Dazu zählen Stellenangebote, Praktika, Aus- und Weiterbildungsprogramme, Integrationsmaßnahmen, Bewerbungstrainings sowie jegliche Förderprogramme für Arbeitssuchende;
23. Vermittlungsdienst: das Arbeitsamt sowie gemäß Kapitel 3 Abschnitt 3 als Vermittlungsdienst anerkannte öffentliche Einrichtungen, die die bedarfsgeleitete Arbeitsvermittlung ausüben;
24. von Arbeitslosigkeit bedrohter Arbeitssuchender: der beschäftigte Arbeitssuchende, dem gekündigt worden ist, der Arbeitssuchende in wirtschaftlicher Arbeitslosigkeit oder in Arbeitslosigkeit wegen höherer Gewalt oder der Arbeitssuchende, der sich aus drängenden qualifikatorischen, gesundheitlichen oder sozialen Gründen beruflich neu orientiert.

KAPITEL 2 - Eintragung als Arbeitsuchender

Art. 4 - Elektronisches Register der Arbeitsuchenden

§ 1 - Um alle Arbeitsuchenden über für sie relevante Begleit- und Vermittlungsangebote informieren zu können, führt das Arbeitsamt ein elektronisches Register der Arbeitsuchenden.

§ 2 - Jede Person, die Zugang zum belgischen Arbeitsmarkt hat, Arbeit sucht und einen Wohnsitz im deutschen Sprachgebiet hat, kann sich in das elektronische Register der Arbeitsuchenden eintragen.

§ 3 - Das Arbeitsamt empfiehlt allen Arbeitsuchenden mit Wohnsitz im deutschen Sprachgebiet die Eintragung, unabhängig vom Profil oder Einkommen der Person.

§ 4 - Die Eintragung als Arbeitsuchender ist verpflichtend für:

1. Anwärter und Empfänger von Arbeitslosenunterstützung;
2. Sozialhilfeempfänger;
3. alle anderen nichtbeschäftigten Personen, die die nachfolgenden Bedingungen erfüllen:
 - a) Sie beziehen ein belgisches Ersatzeinkommen.
 - b) Sie haben das 18. Lebensjahr vollendet und haben das gesetzliche Pensionsalter nicht erreicht.
 - c) Sie stehen dem Arbeitsmarkt zur Verfügung.

Die Regierung legt fest, welche Einkommen als Ersatzeinkommen gemäß Absatz 1 Nummer 3 Buchstabe a) gelten.

Art. 5 - Eintragung

§ 1 - Die Eintragung in das elektronische Register erfolgt auf Anfrage des Arbeitsuchenden. Er reicht mit seiner Anfrage die für die Eintragung gemäß Artikel 6 § 1 Absatz 1 verpflichtend benötigten Angaben ein.

§ 2 - Das Arbeitsamt stellt sicher, dass die Ein-, die Aus- und die Wiedereintragung in das Register der Arbeitsuchenden in den Räumlichkeiten des Arbeitsamtes oder aus der Ferne und elektronisch erfolgen kann.

§ 3 - Die Eintragung in das elektronische Register erfolgt:

1. entweder durch einen Mitarbeiter des Arbeitsamtes auf der Grundlage der Anfrage des Arbeitsuchenden oder
2. aus der Ferne durch den Arbeitsuchenden selbst gemäß Artikel 6 oder
3. aus der Ferne und auf Grundlage der Anfrage des Arbeitsuchenden durch einen Mitarbeiter eines gemäß Artikel 22 anerkannten Vermittlungsdienstes.

In jedem Fall bestätigt das Arbeitsamt dem Arbeitsuchenden schriftlich jede Ein- und Austragung.

§ 4 - Die Regierung kann weitere Modalitäten der Eintragung, der Wiedereintragung und der Austragung festlegen.

Art. 6 - Verarbeitung personenbezogener Daten im elektronischen Register der Arbeitsuchenden

§ 1 - In dem elektronischen Register werden für jede Person mindestens folgende personenbezogene Daten der Arbeitsuchenden erhoben:

1. Identität und Kontaktangaben;
2. die aktuelle Ausbildungs- oder Beschäftigungssituation;
3. die in Artikel 8 § 1 Nummern 1 oder 2 des Gesetzes vom 15. Januar 1990 über die Errichtung und Organisation einer Zentralen Datenbank der sozialen Sicherheit erwähnte Erkennungsnummer.

Um dem eingetragenen Arbeitsuchenden bestimmte Begleit- und Vermittlungsdienstleistungen anbieten zu können, fragt das Arbeitsamt die jeweils dazu erforderlichen Daten aus den folgenden Kategorien ab und trägt diese in das elektronische Register ein:

1. Daten zum Schulbesuch bzw. zur Ausbildung;
2. Daten zur beruflichen Vergangenheit;
3. Angaben zu den beruflichen Zielen und Möglichkeiten;
4. Daten zu den beruflichen Fähigkeiten, Kompetenzen und Kenntnissen;
5. Angaben zu der Fähigkeit, eigenständig Arbeit zu suchen;
6. Angaben zu der Fähigkeit, elektronisch zu kommunizieren;
7. Daten zur Mobilität und zur Familiensituation;
8. Daten zu beruflich relevanten Freizeitbeschäftigungen und Interessen;
9. Angaben über die Zusammenarbeit mit anderen öffentlichen Diensten;
10. weitere für die Begleit- und Vermittlungsarbeit relevante Chancen und Hemmnisse;
11. Angaben zu bisher genutzten Begleit- und Vermittlungsangeboten;
12. Angaben zu bisherigen Initiativen im Rahmen der Arbeitsuche;
13. vermittlungsrelevante Daten zur körperlichen und psychischen Gesundheit;
14. vermittlungsrelevante gerichtliche Daten in Form eines Auszugs aus dem Strafregister.

Das Arbeitsamt informiert den eingetragenen Arbeitsuchenden darüber, welche Daten zur Erbringung welcher Dienstleistungen erforderlich sind.

Die Regierung präzisiert, welche Daten für welche Dienstleistungen erforderlich sind.

§ 2 - Unbeschadet des § 1 Absatz 2 können die Vermittlungsdienste die vermittlungsrelevanten Daten zur körperlichen und psychischen Gesundheit der Arbeitsuchenden ausschließlich zu folgenden Zwecken verarbeiten:

1. zur Anwendung des Königlichen Erlasses vom 25. November 1991 zur Regelung der Arbeitslosigkeit;
2. zum Ausschluss von Praktika-, Ausbildungs- oder Stellenangeboten, die mit den gesundheitlichen Hemmnissen des Arbeitsuchenden nicht vereinbar sind.

Unbeschadet des § 1 Absatz 2 können die Vermittlungsdienste die gerichtlichen Daten in Form eines Auszugs aus dem Strafregister verarbeiten, um die Führung des Arbeitsuchenden bzw. des Schülers auf die Vereinbarkeit mit vorhandenen Praktika-, Ausbildungs- oder Stellenangeboten, insbesondere wenn diese einen Kontakt zu schutzbedürftigen Personengruppen erfordern, zu prüfen.

§ 3 - Unbeschadet anderer gesetzlicher Verpflichtungen ist der Arbeitsuchende frei zu entscheiden, welche Dienstleistungen er beanspruchen möchte. Verwehrt der Arbeitsuchende die erforderlichen Auskünfte, kann das Arbeitsamt die entsprechende Dienstleistung aussetzen.

§ 4 - Das Arbeitsamt ist für die Verarbeitung der Daten im Sinne von Artikel 4 Nummer 7 der Datenschutz-Grundverordnung verantwortlich. Wenn der Arbeitsuchende gemäß § 5 von einem anderen Vermittlungsdienst als dem Arbeitsamt begleitet wird, sind das Arbeitsamt und der betreffende Vermittlungsdienst gemeinsam verantwortlich für die Verarbeitung der Daten des Arbeitsuchenden.

§ 5 - Wird der Arbeitsuchende im Rahmen der bedarfsgeleiteten Arbeitsvermittlung gemäß Kapitel 3 von einem anderen Vermittlungsdienst als dem Arbeitsamt begleitet, erhält der zuständige Referenzberater den Zugang zu den Daten, die für die jeweilige Begleitung und Vermittlung erforderlich sind.

Das Arbeitsamt bzw. der zuständige Vermittlungsdienst beschränken den Zugang zu Daten auf jene Mitarbeiter, die diese unmittelbar zur Umsetzung der Begleit- und Vermittlungsangebote benötigen.

§ 6 - Die verarbeiteten Daten dürfen höchstens während zehn Jahren, nachdem der Arbeitsuchende die Dienstleistungen des Arbeitsamtes nicht mehr in Anspruch genommen hat, in einer Form aufbewahrt werden, die die Identifizierung der betroffenen Personen ermöglicht. Unbeschadet der Bestimmungen in Bezug auf das Archivwesen werden sie spätestens nach Ablauf dieser Frist vernichtet.

Art. 7 - Dauer der Eintragung und Austragung

Die Dauer der Eintragung entspricht der Dauer der Arbeitsuche. Sie endet, wenn der Arbeitsuchende:

1. um seine Austragung bittet;
2. den Zugang zum belgischen Arbeitsmarkt verliert;
3. keinen Wohnsitz mehr im deutschen Sprachgebiet hat.

Ist die Person beschäftigt, endet die Eintragung zudem automatisch, wenn sie:

1. bestätigt, dass sie keine Arbeit mehr sucht;
2. nach Beginn der Beschäftigung innerhalb eines Zeitraums von drei Monaten mindestens drei Kontaktversuche des Arbeitsamtes unbeantwortet lässt;
3. nach Beginn der Beschäftigung innerhalb eines Zeitraums von drei Monaten keine Dienstleistung des Arbeitsamtes mehr in Anspruch nimmt.

Unbeschadet des Absatzes 1 kann die Eintragung für die in Artikel 4 § 4 erwähnten Arbeitsuchenden enden, wenn sie ihrer Verpflichtung gemäß Artikel 8 nicht nachkommen.

Die Regierung kann weitere Fälle vorsehen, die zur Austragung führen.

Art. 8 - Informationspflicht

Der eingetragene Arbeitsuchende verpflichtet sich mit der Eintragung, dem Arbeitsamt korrekte Auskünfte über Identität, Wohnort, Kontaktangaben sowie Ausbildungs- und Beschäftigungssituation mitzuteilen. Er informiert das Arbeitsamt innerhalb von 15 Tagen über jede Änderung.

Die Regierung kann weitere Modalitäten zur Umsetzung der Informationspflicht bestimmen.

KAPITEL 3 - Bedarfsgeleitete Arbeitsvermittlung

Abschnitt 1 - Prinzipien der bedarfsgeleiteten Arbeitsvermittlung

Art. 9 - Grundsätze und Ablauf

§ 1 - Die bedarfsgeleitete Arbeitsvermittlung ist eine kostenlose Dienstleistung. Das Ziel dieser Dienstleistung ist die nachhaltige Förderung einer passenden Berufstätigkeit gemäß den in vorliegendem Kapitel definierten Etappen und Mindestanforderungen.

Sie wird vom Arbeitsamt oder von einem für diesen Zweck gemäß Abschnitt 3 anerkannten Vermittlungsdienst angeboten.

§ 2 - Die bedarfsgeleitete Arbeitsvermittlung besteht aus den in Abschnitt 2 beschriebenen Etappen.

Sie beginnt mit der Eröffnung einer elektronischen Begleitakte gemäß Artikel 14. Anschließend wird dem Arbeitsuchenden ein Referenzberater gemäß Artikel 15 zugewiesen. Die nächste Etappe beinhaltet die Ermittlung vermittlungsrelevanter Informationen gemäß Artikel 16. Auf Grundlage dieser vermittlungsrelevanten Informationen stellt der Vermittlungsdienst dem Arbeitsuchenden ein abgestimmtes Informationsangebot gemäß Artikel 17 zu. Der Referenzberater übermittelt dem Arbeitsuchenden der bedarfsgeleiteten Arbeitsvermittlung auf seine Bedürfnisse und Fähigkeiten abgestimmte Begleit- und Vermittlungsangebote gemäß Artikel 18. Gegebenenfalls erarbeitet der Referenzberater eine berufliche Aktionsvereinbarung für den Arbeitsuchenden gemäß Artikel 19.

Art. 10 - Nutzer der bedarfsgeleiteten Arbeitsvermittlung

Die bedarfsgeleitete Arbeitsvermittlung steht allen im elektronischen Register eingetragenen nichtbeschäftigten Arbeitsuchenden und von Arbeitslosigkeit bedrohten Arbeitsuchenden offen.

Sie kann anderen Arbeitsuchenden angeboten werden.

Die Regierung bestimmt die Situationen und die Personenkategorien, für die der Zugang zur bedarfsgeleiteten Arbeitsvermittlung ausgedehnt oder eingeschränkt werden kann.

Art. 11 - Angebot durch das Arbeitsamt oder einen anderen Vermittlungsdienst

§ 1 - Das Arbeitsamt bietet jedem gemäß Artikel 10 definierten Nutzer die bedarfsgeleitete Arbeitsvermittlung an. Ist die bedarfsgeleitete Arbeitsvermittlung gemäß Artikel 22 in einem Umsetzungskonzept eines anerkannten Vermittlungsdienstes vorgesehen, bietet dieser Vermittlungsdienst dem Nutzer die bedarfsgeleitete Arbeitsvermittlung an. Der Nutzer kann die bedarfsgeleitete Arbeitsvermittlung durch diesen Vermittlungsdienst in Anspruch nehmen oder auf die bedarfsgeleitete Arbeitsvermittlung des Arbeitsamtes zurückgreifen.

§ 2 - Ist die Begleitung eines Nutzers durch einen gemäß Artikel 22 anerkannten Vermittlungsdienst vorgesehen und ist innerhalb von zwei Monaten noch keine Kontaktaufnahme durch diesen Vermittlungsdienst erfolgt, kann das Arbeitsamt die bedarfsgeleitete Arbeitsvermittlung anbieten.

Dazu kontaktiert das Arbeitsamt zunächst den zuständigen Vermittlungsdienst und prüft die Sachlage. Ist die bedarfsgeleitete Arbeitsvermittlung weiterhin angezeigt, aber noch nicht angeboten worden, informiert das Arbeitsamt den zuständig Vermittlungsdienst und den Arbeitsuchenden über die Unterbreitung des Angebots zur bedarfsgeleiteten Arbeitsvermittlung durch das Arbeitsamt. Nimmt der Arbeitsuchende das Angebot an, weist das Arbeitsamt der Person einen Referenzberater zu.

Die Regierung kann weitere Modalitäten der Übernahme der bedarfsgeleiteten Arbeitsvermittlung durch das Arbeitsamt festlegen.

Art. 12 - Zugang zu Begleit- und Vermittlungsangeboten

Unbeschadet anderer gesetzlicher oder dekretaler Bestimmungen stellt das Arbeitsamt sicher, dass die Referenzberater jedes Vermittlungsdienstes die gleichen Zugänge zu den Begleit- und Vermittlungsangeboten des Arbeitsamtes und seiner Partner erhalten.

Um eine bedarfsgeleitete Nutzung von ausgewählten Begleit- und Vermittlungsangeboten zu sichern, kann die Regierung den Zugang zu Begleit- und Vermittlungsangeboten an die Nutzung der bedarfsgeleiteten Arbeitsvermittlung binden. Dies hat zur Folge, dass der Arbeitsuchende diese Angebote nur nutzen kann, wenn er im Rahmen der bedarfsgeleiteten Arbeitsvermittlung begleitet wird.

Die Regierung kann Begleit- und Vermittlungsangebote festlegen, die die bedarfsgeleitete Arbeitsvermittlung voraussetzen.

Art. 13 - Kontinuität der bedarfsgeleiteten Arbeitsvermittlung

Jeder Vermittlungsdienst garantiert den von ihm begleiteten Arbeitsuchenden unabhängig vom Einkommen oder Ersatzeinkommen die bedarfsgeleitete Arbeitsvermittlung für die gesamte Dauer der Arbeitsuche.

Nimmt der Arbeitsuchende die bedarfsgeleitete Arbeitsvermittlung nach einer Unterbrechung der Arbeitsuche von weniger als 24 Monaten wieder auf, wird sie vom vorab begleitenden Vermittlungsdienst weiter gewährleistet.

In Abweichung von Absatz 1 gewährleistet ein als Vermittlungsdienst anerkanntes ÖSHZ die bedarfsgeleitete Arbeitsvermittlung eines Sozialhilfeempfängers noch mindestens während 24 Monaten nach Ende des Bezugs des Eingliederungseinkommens oder der gleichgestellten Sozialhilfe.

Die Regierung kann die weiteren Modalitäten zur Umsetzung der Absätze 1 bis 3 festlegen.

*Abschnitt 2 - Etappen der bedarfsgeleiteten Arbeitsvermittlung**Art. 14 - Eröffnung der elektronischen Begleitakte*

§ 1 - Nach der Eintragung als Arbeitsuchender gemäß Artikel 5 eröffnet der Vermittlungsdienst eine elektronische Begleitakte für den Arbeitsuchenden der bedarfsgeleiteten Arbeitsvermittlung. Diese umfasst mindestens folgende ihn betreffende personenbezogene Daten:

1. die gemäß Artikel 6 im Register erfassten Daten;
2. die Kontaktangaben des ihn begleitenden Referenzberaters;
3. die in Artikel 16 erwähnten vermittlungsrelevanten Daten.

Wenn gemäß Artikel 19 eine berufliche Aktionsvereinbarung abgeschlossen wird, sind die Inhalte dieser Vereinbarung ebenfalls Teil der elektronischen Begleitakte.

§ 2 - Der Arbeitsuchende in der bedarfsgeleiteten Arbeitsvermittlung erhält einen elektronischen Zugang zu seiner Begleitakte.

§ 3 - Die Regierung kann weitere Modalitäten festlegen:

1. zur Eröffnung und Schließung der elektronischen Begleitakte;
2. bezüglich des Zugangs zur elektronischen Begleitakte.

Art. 15 - Zuweisung eines Referenzberaters

§ 1 - Die Vermittlungsdienste weisen jedem Arbeitsuchenden in der bedarfsgeleiteten Arbeitsvermittlung einen Referenzberater zu.

Im Sinne einer kontinuierlichen bedarfsgeleiteten Arbeitsvermittlung sind Wechsel des Referenzberaters möglichst einzuschränken und jeweils zu begründen.

§ 2 - Der Referenzberater nimmt mindestens folgende Aufgaben wahr:

1. Er koordiniert die bedarfsgeleitete Arbeitsvermittlung inhaltlich und administrativ.
2. Er ist erster Ansprechpartner für die beruflichen Fragen des Arbeitsuchenden.
3. Er unterstützt den Arbeitsuchenden dabei, alle für ihn förderlichen Bescheinigungen zu erlangen.
4. Er unterbreitet bedarfsgeleitete Begleit- und Vermittlungsangebote.
5. Er erarbeitet gegebenenfalls eine Aktionsvereinbarung gemäß Artikel 19.
6. Er koordiniert die Absprache mit anderen Diensten und Partnern.

Die Regierung kann die Aufgaben des Referenzberaters präzisieren, weitere Aufgaben festlegen und die Modalitäten zur Begründung des Referenzberaterwechsels bestimmen.

§ 3 - Jeder Vermittlungsdienst ist für die Qualifizierung seiner Referenzberater verantwortlich. Er fördert mindestens die Qualifizierung in folgenden Bereichen:

1. Kenntnisse der Angebote, Dienstleistungen und Maßnahmen für Arbeitsuchende;
2. Anwendung der elektronischen Begleitakte;
3. Grundlagen der Berufsethik, der interkulturellen Kommunikation und der Gesprächsführung in der sozialen Arbeit;
4. Grundkenntnisse der belgischen Gesetzgebung in den Bereichen soziale Sicherheit, Arbeitslosigkeit, Recht auf soziale Integration, Arbeitsrecht und Bekämpfung von Diskriminierung;
5. Grundlagen des Verwaltungsrechts und des Datenschutzes.

§ 4 - Ist der jeweilige Referenzberater seit weniger als vier Jahren in seiner Funktion oder in einer vergleichbaren Funktion tätig, beträgt der jährliche Umfang seiner Qualifizierungen mindestens sechs halbe Tage. Ist der jeweilige Referenzberater seit mindestens vier Jahren in seiner Funktion oder in einer vergleichbaren Funktion tätig, beträgt der jährliche Umfang seiner Qualifizierungen mindestens drei halbe Tage.

Die Regierung kann zusätzliche Modalitäten zur Umsetzung und Kontrolle dieser Verpflichtung festlegen.

§ 5 - Das Arbeitsamt wird mit der Koordination eines Ausbildungsprogramms für die Referenzberater aller Vermittlungsdienste beauftragt. Unbeschadet des § 4 entscheidet jeder Vermittlungsdienst darüber, welche Qualifizierungen seine Referenzberater wahrnehmen.

Art. 16 - Verarbeitung vermittlungsrelevanter Daten

§ 1 - Im Rahmen der bedarfsgeleiteten Arbeitsvermittlung ermitteln die Vermittlungsdienste auf Grundlage des individuellen Bedarfs und der Fähigkeiten des Arbeitsuchenden die für ihn geeigneten Begleit- und Vermittlungsangebote sowie die Intensität der Inanspruchnahme dieser Angebote.

§ 2 - Der Referenzberater ermittelt begleit- und vermittlungsrelevante Daten aus folgenden Kategorien und trägt diese in die elektronische Begleitakte ein:

1. Daten zum Schulbesuch bzw. zur Ausbildung;
2. Daten zur beruflichen Vergangenheit;
3. Angaben zu den beruflichen Zielen und Möglichkeiten;
4. Daten zu den beruflichen Fähigkeiten, Kompetenzen und Kenntnissen;
5. Angaben zu der Fähigkeit, eigenständig Arbeit zu suchen;
6. Angaben zu der Fähigkeit, elektronisch zu kommunizieren;
7. Daten zur Mobilität und zur Familiensituation;
8. Daten zu beruflich relevanten Freizeitbeschäftigungen und Interessen;
9. Angaben über die Zusammenarbeit mit anderen öffentlichen Diensten;
10. weitere für die Begleit- und Vermittlungsarbeit relevante Chancen und Hemmnisse;
11. Angaben zu bisher genutzten Begleit- und Vermittlungsangeboten;
12. Angaben zu bisherigen Initiativen im Rahmen der Arbeitsuche;
13. vermittlungsrelevante Daten zur körperlichen und psychischen Gesundheit;
14. vermittlungsrelevante gerichtliche Daten in Form eines Auszugs aus dem Strafregister.

Die Regierung kann die Daten der in Absatz 1 aufgeführten Kategorien präzisieren.

§ 3 - Die Verarbeitung der in § 2 aufgeführten Daten dient folgenden Zwecken:

1. um dem Arbeitsuchenden die bedarfsgeleitete Arbeitsvermittlung anbieten zu können;
2. um die in Artikel 19 erwähnte berufliche Aktionsvereinbarung erstellen zu können.

Unbeschadet des Absatzes 1 können die Vermittlungsdienste die vermittlungsrelevanten Daten zur körperlichen und psychischen Gesundheit der Arbeitsuchenden gemäß § 2 Absatz 1 Nummer 13 ausschließlich zu folgenden Zwecken verarbeiten:

1. zur Anwendung des Königlichen Erlasses vom 25. November 1991 zur Regelung der Arbeitslosigkeit;
2. zum Ausschluss von Praktika-, Ausbildungs- oder Stellenangeboten, die mit den gesundheitlichen Hemmnissen des Arbeitsuchenden nicht vereinbar sind.

Unbeschadet des Absatzes 1 können die Vermittlungsdienste die gerichtlichen Daten in Form eines Auszugs aus dem Strafregister gemäß § 2 Absatz 1 Nummer 14 verarbeiten, um die Führung des Arbeitsuchenden bzw. des Schülers auf die Vereinbarkeit mit vorhandenen Praktika-, Ausbildungs- oder Stellenangeboten, insbesondere wenn diese einen Kontakt zu schutzbedürftigen Personengruppen erfordern, zu prüfen.

§ 4 - Verwehrt der Arbeitsuchende die erforderlichen Auskünfte, kann der zuständige Vermittlungsdienst die bedarfsgeleitete Arbeitsvermittlung aussetzen.

§ 5 - Der zuständige Vermittlungsdienst ist für die Verarbeitung der Daten im Sinn von Artikel 4 Nummer 7 der Datenschutz-Grundverordnung verantwortlich.

Jeder Vermittlungsdienst beschränkt den Zugang zu den Daten auf jene Mitarbeiter, die diese unmittelbar für die Begleitung und Vermittlung benötigen.

§ 6 - Die verarbeiteten Daten dürfen höchstens während zehn Jahren nach der letzten Nutzung der bedarfsbegleiteten Arbeitsvermittlung in einer Form aufbewahrt werden, die die Identifizierung der betroffenen Personen ermöglicht. Unbeschadet der Bestimmungen in Bezug auf das Archivwesen werden sie spätestens nach Ablauf dieser Frist vernichtet.

Art. 17 - Übermittlung eines abgestimmten Informationsangebots

Im Zuge der Ermittlung von vermittlungsrelevanten Daten gemäß Artikel 16 übermittelt der Vermittlungsdienst dem Arbeitsuchenden ein auf seine Bedürfnisse und Fähigkeiten abgestimmtes Informationsangebot.

Art. 18 - Übermittlung von bedarfsgeleiteten Begleit- und Vermittlungsangeboten

Im Zuge der Ermittlung von vermittlungsrelevanten Daten gemäß Artikel 16 übermittelt der Referenzberater dem Arbeitsuchenden auf seine Bedürfnisse und Fähigkeiten abgestimmte Begleit- und Vermittlungsangebote.

Art. 19 - Berufliche Aktionsvereinbarung

§ 1 - Sind positive Auswirkungen auf die Vermittlung des Arbeitsuchenden durch eine Vereinbarung der in § 2 genannten Inhalte zu erwarten, erarbeitet der Referenzberater eine berufliche Aktionsvereinbarung.

Unbeschadet des Absatzes 1 ist der Abschluss einer Aktionsvereinbarung verpflichtend, wenn:

1. eine vergleichbare, anderweitig gesetzlich definierte Vereinbarung zur Förderung der beruflichen Eingliederung abgeschlossen werden muss und
2. die Übernahme der Inhalte der Aktionsvereinbarung in die anderweitig gesetzlich definierte Vereinbarung möglich ist.

§ 2 - Die berufliche Aktionsvereinbarung beinhaltet mindestens:

1. die Beschreibung eines auf den Arbeitsuchenden abgestimmten beruflichen Ziels;
2. die Beschreibung von Schritten zur Erreichung des beruflichen Ziels;
3. einen Zeitplan für die Umsetzung der in Nummer 2 erwähnten Schritte;
4. die Zeitpunkte der Evaluation und Aktualisierung;
5. die Kontaktangaben zum Arbeitsuchenden und zum Referenzberater;
6. die Angaben zu den anwendbaren dekretalen oder gesetzlichen Grundlagen, aufgrund derer die Vereinbarung abgeschlossen werden muss.

Die Regierung kann weitere Inhalte der beruflichen Aktionsvereinbarung festlegen.

§ 3 - Die berufliche Aktionsvereinbarung wird in Absprache mit dem Arbeitsuchenden vom Referenzberater erarbeitet.

Sie wird in leicht verständlicher Sprache verfasst.

Art. 20 - Aktionsvereinbarung in Anwendung des Königlichen Erlasses vom 25. November 1991

Folgende gemäß dem Königlichen Erlass vom 25. November 1991 abgeschlossene Vereinbarungen können als berufliche Aktionsvereinbarungen gemäß Artikel 19 gelten:

1. Vereinbarung zum individuellen Aktionsplan im Sinne von Artikel 27 Absatz 1 Nummer 14 desselben Erlasses;
2. Vereinbarung zur angepassten Begleitung gemäß Artikel 56 desselben Erlasses;
3. Vereinbarung zur Beschreibung der spezifischen Begleitmaßnahme für nicht mobilisierbare Personen gemäß Artikel 58/3 § 3 desselben Erlasses.

*Abschnitt 3 - Vermittlungsdienste**Art. 21 - Anerkennung und Aufgaben der Vermittlungsdienste*

§ 1 - Als Vermittlungsdienste gelten das Arbeitsamt und jede aufgrund von Artikel 22 von der Regierung anerkannte Einrichtung.

Als Vermittlungsdienste können ausschließlich die ÖSHZ und die Dienststelle anerkannt werden.

§ 2 - Die Vermittlungsdienste setzen die bedarfsgeleitete Arbeitsvermittlung um.

Unbeschadet der Anwendung von Absatz 1 nimmt das Arbeitsamt querschnittliche Aufgaben wahr, die mit der Umsetzung der bedarfsgeleiteten Arbeitsvermittlung einhergehen. Hierzu zählen insbesondere allgemeine Verwaltungsprozesse, Informatikfragen und allgemeine Verwaltungskommunikation. Das Arbeitsamt koordiniert die Zusammenarbeit der Vermittlungsdienste.

Die Regierung kann weitere querschnittliche Aufgaben festlegen, die allein das Arbeitsamt im Rahmen der bedarfsgeleiteten Arbeitsvermittlung wahrnimmt.

Art. 22 - Anerkennungsverfahren

§ 1 - Für den Erhalt der Anerkennung als Vermittlungsdienst reichen die Dienststelle und die ÖSHZ einen Antrag bei der Regierung ein. Antragsberechtigte Einrichtungen können einen gemeinsamen Antrag einreichen.

Der Antrag kann jeweils bis zum 30. April und bis zum 31. Oktober eines jeden Jahres eingereicht werden. Erkennt die Regierung den Vermittlungsdienst an, beginnt die Tätigkeit des Vermittlungsdienstes an einem mit der Regierung abgestimmten Startzeitpunkt und gemäß einem Implementierungsplan, der auf der Grundlage des eingereichten Umsetzungskonzepts und in Abhängigkeit von der benötigten Vorbereitungszeit vereinbart wird.

Dem Antrag ist ein Umsetzungskonzept beizufügen, aus dem hervorgeht, dass der Antragsteller die in den Abschnitten 1 und 2 beschriebenen Ziele und Etappen der bedarfsgeleiteten Arbeitsvermittlung umsetzen kann. Dieses Umsetzungskonzept enthält mindestens:

1. die Beschreibung der organisatorischen Umsetzung der bedarfsgeleiteten Arbeitsvermittlung, aus der wesentliche Abläufe, Arbeitsteilungen und Kommunikationsprozesse hervorgehen;
2. die Beschreibung des Begleitangebots durch die Referenzberater, das abhängig von den unterschiedlichen Bedarfen der Arbeitssuchenden abgestuft werden kann;
3. eine Liste der Mitarbeiter, die die Funktion des Referenzberaters übernehmen;
4. ein Personalentwicklungskonzept für die Referenzberater;
5. die Beschreibung genutzter elektronischer Anwendungen;
6. die Auflistung der genutzten Methoden in der Begleit- und Vermittlungsarbeit.

Die Regierung bewertet, ob die Etappen und Ziele der bedarfsgeleiteten Arbeitsvermittlung über dieses Umsetzungskonzept erreicht werden können. Dazu prüft sie den Antrag innerhalb von 15 Tagen, ab dem Eingang des Antrags auf seine Vollständigkeit.

Die Regierung teilt dem Antragsteller innerhalb dieser Frist mit, ob Unterlagen fehlen. Ist dies der Fall, kann der Antragsteller diese innerhalb von 30 Tagen nachreichen.

Die Regierung entscheidet innerhalb von 60 Tagen über die Anerkennung des Antragstellers.

Die Regierung kann weitere Modalitäten des Anerkennungsverfahrens festlegen.

§ 2 - Der Antragsteller kann im Fall einer Ablehnung des Antrags auf Anerkennung Einspruch bei der Regierung einlegen.

Der Antragsteller übermittelt der Regierung den begründeten Einspruch mit allen relevanten Unterlagen per Einschreibebrief oder gegen Empfangsbestätigung innerhalb von 15 Tagen, beginnend ab dem dritten Tag nach Versand des Beschlusses zur Ablehnung der Anerkennung.

Die Regierung entscheidet innerhalb von 60 Tagen nach Erhalt des Einspruchs über die Zulässigkeit des Einspruchs.

Die Regierung kann weitere Modalitäten in Bezug auf das Einspruchsverfahren festlegen.

Art. 23 - Verpflichtungen zur Aufrechterhaltung der Anerkennung

Zur Aufrechterhaltung der Anerkennung halten die Vermittlungsdienste folgende Verpflichtungen ein:

1. Erbringung der bedarfsgeleiteten Arbeitsvermittlung gemäß dem in Artikel 22 § 1 Absatz 3 erwähnten Umsetzungskonzept;
2. Mitteilung und Begründung wesentlicher Anpassungen des Umsetzungskonzepts;
3. dauerhafte Zurverfügungstellung einer aktuellen Liste der Referenzberater zu Händen des Arbeitsamtes;
4. Mitteilung statistischer Daten auf Anfrage des Arbeitsamtes oder der Regierung;
5. Vorlage eines Bewertungsberichts zu den von der Regierung festgelegten Zeitpunkten, aber mindestens alle fünf Jahre. In diesem Bewertungsbericht erfassen die Vermittlungsdienste die Anzahl der Personen, die im Rahmen der bedarfsgeleiteten Arbeitsvermittlung begleitet wurden, mit folgenden Angaben:
 - a) Aufschlüsselung nach Qualifikation, Sprachkenntnissen, Alter und Berufsziel;
 - b) Angaben zur Dauer und Art der Begleitung;
 - c) Art der genutzten Begleit- und Vermittlungsangebote;
 - d) Anzahl der Eingliederungen in Praktika und Ausbildung;
 - e) Anzahl der Eingliederungen in Arbeit, in unterschiedlichen Abständen zur Begleitung;
 - f) Aufschlüsselung der Anzahl Referenzberater, die der Vermittlungsdienst eingesetzt hat;

6. Einhaltung der gesetzlichen, dekretalen oder verordnungsrechtlichen Vorschriften, die auf die Einrichtung Anwendung finden im Rahmen der Umsetzung der bedarfsgeleiteten Arbeitsvermittlung, insbesondere des Datenschutzes, der öffentlichen Auftragsvergabe und des Berufsgeheimnisses;

7. Gewährleistung der Weiterbildung der Referenzberater gemäß Artikel 15 § 4.

Die Regierung kann:

1. die in Absatz 1 erwähnten Verpflichtungen weiter präzisieren;
2. weitere Verpflichtungen zur Aufrechterhaltung der Anerkennung festlegen;
3. die Methode, die Zeitpunkte und die zu berücksichtigten Indikatoren des gemäß Absatz 1 Nummer 5 zu erstellenden Bewertungsberichts präzisieren.

Art. 24 - Aussetzung der Anerkennung

§ 1 - Hält der Vermittlungsdienst eine oder mehrere Bedingungen, die der Anerkennung zugrunde liegen oder die zur Aufrechterhaltung der Anerkennung dienen, nicht ein, fordert die Regierung ihn schriftlich auf, diesen Anerkennungsbedingungen nachzukommen.

Kommt der Vermittlungsdienst nach der in Absatz 1 erwähnten Aufforderung weiterhin nicht den Verpflichtungen nach, setzt die Regierung nach einem Gutachten der gemäß Artikel 28 bestellten Inspektoren die Anerkennung aus.

Vor der Aussetzung teilt die Regierung dem betroffenen Vermittlungsdienst per Einschreibebrief ihre Absicht mit. Der Vermittlungsdienst kann innerhalb von sieben Tagen, beginnend ab dem dritten Tag nach Versand der Absichtserklärung, einen Antrag auf Anhörung bei der Regierung einreichen. Diese Anhörung findet innerhalb von 30 Tagen nach dem Versand des Einschreibebriefs statt.

Die Regierung entscheidet innerhalb von 15 Tagen nach dieser Anhörung bzw. nach Ablauf der in Absatz 3 genannten Frist über die Aussetzung und die Dauer dieser Aussetzung.

In Abweichung von Absatz 3 kann die Regierung die Anerkennung eines Vermittlungsdienstes wegen eines Verstoßes gegen die Gewährleistung der Weiterbildung der Referenzberater gemäß Artikel 23 Absatz 1 Nummer 7 nur dann aussetzen, wenn dieser Verstoß während zwei aufeinanderfolgenden Jahren vorliegt.

§ 2 - Während der Aussetzung der Anerkennung bietet der betroffene Vermittlungsdienst die bedarfsgeleitete Arbeitsvermittlung keinem neuen Arbeitsuchenden an.

§ 3 - Die Regierung kann weitere Modalitäten in Bezug auf das Verfahren zur Aussetzung der Anerkennung festlegen.

Art. 25 - Entzug der Anerkennung und Beendigung der bedarfsgeleiteten Arbeitsvermittlung

§ 1 - Kommt der Vermittlungsdienst nach Ablauf der Dauer der in Artikel 24 erwähnten Aussetzung weiterhin nicht den Verpflichtungen nach, kann die Regierung nach einem Gutachten der Inspektoren die Anerkennung entziehen.

Vor dem Entzug teilt die Regierung dem betroffenen Vermittlungsdienst per Einschreibebrief ihre Absicht mit. Der Vermittlungsdienst kann innerhalb von sieben Tagen, beginnend ab dem dritten Tag nach Versand der Absichtserklärung, einen Antrag auf Anhörung bei der Regierung einreichen. Diese Anhörung findet innerhalb von 30 Tagen nach dem Versand des Einschreibebriefs statt.

Die Regierung entscheidet innerhalb von 30 Tagen nach dieser Anhörung bzw. nach Ablauf der in Absatz 2 genannten Frist über den Entzug.

Dieser Beschluss wird dem betroffenen Vermittlungsdienst unverzüglich übermittelt. Der Vermittlungsdienst, dessen Anerkennung entzogen wurde, informiert die Arbeitsuchenden individuell über den Entzug der Anerkennung.

§ 2 - Das Arbeitsamt übernimmt die für einen Arbeitsuchenden begonnene bedarfsgeleitete Arbeitsvermittlung eines Vermittlungsdienstes, dem die Regierung die Anerkennung entzogen hat.

§ 3 - Die Regierung kann weitere Modalitäten in Bezug auf das Verfahren zum Entzug der Anerkennung festlegen.

Art. 26 - Einspruchsverfahren

Der Vermittlungsdienst kann im Fall einer Aussetzung oder eines Entzugs der Anerkennung bei der Regierung Einspruch einlegen. Der Einspruch hat keine aufschiebende Wirkung.

Der Vermittlungsdienst übermittelt der Regierung den begründeten Einspruch mit allen relevanten Unterlagen per Einschreibebrief oder gegen Empfangsbestätigung innerhalb von 15 Tagen, beginnend ab dem dritten Tag nach Versand des Beschlusses zur Aussetzung oder zum Entzug der Anerkennung.

Die Regierung entscheidet innerhalb von 60 Tagen nach Erhalt des Einspruchs über die Zulässigkeit des Einspruchs.

Die Regierung kann weitere Modalitäten in Bezug auf das Einspruchsverfahren festlegen.

Art. 27 - Beendigung der bedarfsgeleiteten Arbeitsvermittlung

Die freiwillige Einstellung des Angebots der bedarfsgeleiteten Arbeitsvermittlung hat den Entzug der Anerkennung zur Folge.

Die Regierung bestimmt das Verfahren zur Beendigung der bedarfsgeleiteten Arbeitsvermittlung.

Art. 28 - Kontrolle

Die gemäß dem Dekret vom 27. März 2023 über die Kontrolle und das Verfahren zur Auferlegung von administrativen Geldbußen im Bereich der Beschäftigungspolitik bestellten Inspektoren sind mit der Kontrolle der Anwendung des vorliegenden Dekrets sowie der entsprechenden Ausführungsbestimmungen betraut.

Art. 29 - Verarbeitung der Daten § 1 - Die Regierung und die Vermittlungsdienste verarbeiten Daten aus folgenden Datenkategorien:

1. Angaben zu den tatsächlichen und potenziellen arbeitsuchenden Nutzern der bedarfsgeleiteten Arbeitsvermittlung. Diese umfassen mindestens die Anzahl der Arbeitsuchenden sowie wesentliche, vermittlungsrelevante Merkmale wie Qualifikation und Alter der Arbeitsuchenden;
2. Angaben zu der tatsächlichen oder potenziellen Nutzung der Begleit- und Vermittlungsangebote;
3. Angaben zur Vermittlung in Praktika, Ausbildung und Arbeit;
4. Angaben zu den tatsächlichen oder potenziellen Referenzberatern der bedarfsgeleiteten Arbeitsvermittlung.

Die Verarbeitung der in Absatz 1 erwähnten Daten dient folgenden Zwecken:

1. Erteilung der Anerkennung bzw. Aufrechterhaltung der Anerkennung;

2. Umsetzung der Zusammenarbeit mit Partnern, Diensten und Einrichtungen, die Vermittlungsangebote erbringen, und zur gezielten Kontaktaufnahme im Hinblick auf die Erbringung dieser Angebote.

Die Regierung verarbeitet die Daten der in Absatz 2 Nummern 1 bis 3 aufgeführten Kategorien in einer Form, die die Identifizierung der betroffenen Personen nicht ermöglicht.

Die Regierung kann präzisieren, welche Daten im Rahmen des Anerkennungsverfahrens und welche Daten im Hinblick auf die Aufrechterhaltung der Anerkennung verarbeitet werden.

§ 2 - Der jeweilige Vermittlungsdienst und die Regierung sind für die Verarbeitung der in § 1 aufgeführten Daten gemeinsam verantwortlich.

§ 3 - Die in Absatz 1 aufgeführten Daten dürfen höchstens während zehn Jahren nach dem Einreichen des Anerkennungsantrags gemäß Artikel 22 oder des Bewertungsberichts gemäß Artikel 23 aufbewahrt werden. Unbeschadet der Bestimmungen in Bezug auf das Archivwesen werden sie spätestens nach Ablauf dieser Frist vernichtet.

KAPITEL 4 - Entwicklung der bedarfsgeleiteten Arbeitsvermittlung

Art. 30 - Arbeitsmarktanalyse

§ 1 - Mit dem Ziel, die Qualität der Begleit- und Vermittlungsangebote in Einklang mit den Erfordernissen des Arbeitsmarkts zu bringen, analysiert das Arbeitsamt mindestens alle fünf Jahre den Arbeitsmarkt und besondere Entwicklungen in der Begleit- und Vermittlungsarbeit.

Das Arbeitsamt kann dazu auf folgende Daten zurückgreifen:

1. pseudonymisierte und zusammengefasste Angaben der elektronischen Akten der Arbeitsuchenden mit Wohnsitz im deutschen Sprachgebiet;
2. anonymisierte Nutzer- und Mitarbeiterbefragungen;
3. Systemdaten zu Verwaltungsabläufen.

§ 2 - Das Arbeitsamt sendet diese Arbeitsmarktanalyse Experten unterschiedlicher Bereiche zwecks Begutachtung zu.

Die Regierung präzisiert die Modalitäten des Begutachtungsantrags.

§ 3 - Die Arbeitsmarktanalyse des Arbeitsamtes und die entsprechenden Gutachten werden der Regierung, dem Parlament der Deutschsprachigen Gemeinschaft und allen Vermittlungsdiensten übermittelt.

§ 4 - Das Arbeitsamt ist für die Verarbeitung der in § 1 aufgeführten Daten verantwortlich.

§ 5 - Die in § 1 Absatz 2 Nummer 1 aufgeführten Daten dürfen höchstens während zehn Jahren nach Erstellung der Analyse aufbewahrt werden. Unbeschadet der Bestimmungen in Bezug auf das Archivwesen werden sie spätestens nach Ablauf dieser Frist vernichtet.

Art. 31 - Einheitliche Erfassung statistischer Indikatoren

Um die einheitliche Erfassung von statistischen Indikatoren zu sichern, kann die Regierung für bestimmte Indikatoren präzisieren, welche Nomenklatur und Definitionen anwendbar sind.

Wenn möglich, greift sie dabei auf bereits anerkannte und erprobte Nomenklaturen und Definitionen zurück.

Ist die einheitliche Erfassung von bestimmten Indikatoren für die in Artikel 30 erwähnte Analyse notwendig, kann die Regierung die Nutzung dieser Indikatoren im Rahmen der Abfrage von Informationen gemäß Artikel 16 verpflichten.

Art. 32 - Umsetzungskonzept und Evaluation des Arbeitsamtes

Das Arbeitsamt erarbeitet alle fünf Jahre ein Umsetzungskonzept zur bedarfsgeleiteten Arbeitsvermittlung.

Das Arbeitsamt erstellt zudem mindestens alle fünf Jahre eine Bewertung seiner bedarfsgeleiteten Arbeitsvermittlung.

Die Regierung präzisiert die Inhalte, die Indikatoren, die Methode und die Zeitpunkte des Umsetzungskonzepts und der Bewertung.

KAPITEL 5 - Vermittlung in ein Praktikum

Art. 33 - Praktikum als Teil der bedarfsgeleiteten Arbeitsvermittlung

Unbeschadet des Artikels 12 kann der Referenzberater dem Arbeitsuchenden im Rahmen der bedarfsgeleiteten Arbeitsvermittlung gemäß Kapitel 3 ein Praktikum vorschlagen. Das Praktikum kann auch vom Arbeitsuchenden selbst vorgeschlagen werden.

In Abweichung von Absatz 1 können folgende Personen, insofern sie nicht im Rahmen der bedarfsgeleiteten Arbeitsvermittlung begleitet werden, an einem Praktikum teilnehmen, vorausgesetzt, dass sie die in Artikel 35 festgelegten Zugangsbedingungen, mit Ausnahme von Absatz 1 Nummer 5, erfüllen:

1. Schüler des Sekundarunterrichts des Regel- und Fördersekundarschulwesens;
2. Schüler eines von einer Gemeinschaft oder in einem anderen Staat organisierten, anerkannten oder subventionierten Hochschulunterrichts;
3. Personen, die einer Beschäftigung nachgehen.

Das Arbeitsamt erfasst für die in Absatz 2 erwähnten Personen die in Artikel 6 § 1 angegebenen Daten und weist der Person einen Arbeitsberater zu, der für die Anwendung dieses Kapitels dieselben Aufgaben wie der Referenzberater wahrnimmt.

Zwecks Vermittlung in ein Praktikum prüft der Referenzberater:

1. ob durch die Teilnahme an einem Praktikum eines oder mehrere der in Artikel 34 erwähnten Ziele erreicht werden können;
2. welche Praktikumsgeber, ausgehend von der Zielsetzung des Praktikums sowie den Fähigkeiten, Kompetenzen und Interessen des Praktikanten, geeignet für den betroffenen Praktikanten sind.

Die Regierung kann die in Absatz 2 aufgeführten Personenkategorien um weitere Personenkategorien erweitern.

Art. 34 - Ziele eines Praktikums

Das Praktikum verfolgt eines oder mehrere der folgenden Ziele:

1. dem Praktikanten erste Einblicke in die Arbeitswelt ermöglichen;
2. dem Praktikanten ermöglichen, einen Beruf kennenzulernen;
3. dem Praktikanten ermöglichen, einen spezifischen Arbeitgeber kennenzulernen;

4. dem Praktikanten ermöglichen, seine Fähigkeiten und Interessen in einer realen Arbeitsumgebung zu überprüfen;
5. dem Praktikumsgeber ermöglichen, die vorhandenen und förderbaren Fähigkeiten und Kenntnisse des Praktikanten einzuschätzen;
6. dem Praktikanten ermöglichen, Kompetenzen außerhalb eines Lehrplans zu erlernen und so seine Chancen auf dem Arbeitsmarkt zu verbessern;
7. dem Praktikanten ermöglichen, im Anschluss an das Praktikum einer Ausbildung oder einem Hochschul- oder Universitätsstudium folgen zu können;
8. die notwendigen technischen, organisatorischen und/oder didaktischen Anpassungen des Arbeitsplatzes bestimmen, um eine weiterführende Ausbildung und/oder Beschäftigung zu ermöglichen.

Der Praktikumsgeber gestaltet das Praktikum derart, dass es den Praktikanten ausgehend von dessen Fähigkeiten und Interessen gezielt in seiner sozial-beruflichen Integration und seiner beruflichen Orientierung fördert. Der Praktikumsgeber garantiert dem Praktikanten eine angemessene Begleitung.

Art. 35 - Zugangsbedingungen

Um zum Praktikum zugelassen zu werden, erfüllt der Praktikant die folgenden Bedingungen:

1. Er hat seinen Wohnsitz im deutschen Sprachgebiet.
2. Er ist mindestens 15 Jahre alt und unterliegt nicht der Vollzeitschulpflicht.
3. Er hat das gesetzliche Pensionsalter nicht erreicht.
4. Er hat Zugang zum belgischen Arbeitsmarkt.
5. Er ist im Register der Arbeitssuchenden eingetragen.
6. Er hat beim Praktikumsgeber nicht bereits vor Beginn des Praktikums:
 - a) eine Tätigkeit als Arbeitnehmer ausgeübt;
 - b) eine Ausbildung abgeschlossen;
 - c) innerhalb der vorhergehenden zwei Jahre ein Praktikum geleistet.

In Abweichung von Absatz 1 Nummer 6 Buchstabe c) kann ein Praktikant zu einem Praktikum zugelassen werden, wenn er innerhalb der letzten zwei Jahre bereits ein Praktikum beim gleichen Praktikumsgeber geleistet hat, insofern dieses Praktikum aus Gründen beendet wurde, die unabhängig vom Willen des Praktikanten und des Praktikumsgebers sind. In diesem Fall verkürzt sich die zulässige Maximaldauer des Praktikums gemäß Artikel 37 § 2 um die Dauer des bereits geleisteten Praktikums.

Unbeschadet der in Absatz 1 vorgesehenen Bedingungen darf der Praktikant nicht mit der Zielsetzung beschäftigt werden, Personen zu ersetzen, die bereits vor Beginn des Praktikums beim Praktikumsgeber über einen der folgenden Verträge beschäftigt sind:

1. Arbeitsverträge oder Beschäftigungsverträge für Studenten gemäß dem Gesetz vom 3. Juli 1978 über die Arbeitsverträge;
2. Ausbildungsverträge.

Die Regierung kann festlegen was unter einer in Absatz 1 Nummer 6 Buchstabe b) und in Absatz 3 erwähnten Ausbildung zu verstehen ist.

Art. 36 - Anforderungen an den Praktikumsgeber

§ 1 - Das Praktikum findet bei einem Praktikumsgeber aus dem kommerziellen, nicht-kommerziellen oder öffentlichen Sektor statt.

Die Regierung kann festlegen:

1. welche weiteren Bedingungen der Praktikumsgeber erfüllen muss;
2. welche Sektoren von der Anwendung des vorliegenden Kapitels ausgeschlossen werden.

§ 2 - Die Regierung kann eine Liste von Tatbeständen festlegen, deren Vorliegen den Praktikumsgeber für einen Zeitraum von höchstens fünf Jahren von der Anwendung des vorliegenden Kapitels ausschließt.

Der Praktikumsgeber, der aufgrund von Absatz 1 ausgeschlossen wurde, kann eine Beschwerde bei der Regierung einreichen. Diese Beschwerde erfolgt per Einschreiben innerhalb eines Monats ab der Notifizierung des betreffenden Beschlusses. Die Regierung fasst ihren Beschluss und übermittelt ihn dem Antragssteller binnen zwei Monaten ab Erhalt der Beschwerde.

Die Regierung kann die weiteren Modalitäten des Beschwerdeverfahrens festlegen.

Art. 37 - Abschluss eines Praktikumsvertrags

§ 1 - Das Praktikum ist Gegenstand eines schriftlichen Vertrags zwischen:

1. dem Praktikanten oder gegebenenfalls seinem gesetzlichen Vertreter oder Betreuer;
2. dem Praktikumsgeber;
3. dem anerkannten Vermittlungsdienst, insofern der Praktikant nicht vom Arbeitsamt begleitet wird, und
4. dem Arbeitsamt.

Dieser Praktikumsvertrag wird vor Beginn des Praktikums von allen Vertragsparteien unterzeichnet.

Der Praktikumsvertrag legt die Rechte und Pflichten der Vertragsparteien fest.

Insofern der Praktikant von einem anderen Vermittlungsdienst als dem Arbeitsamt begleitet wird, übermittelt dieser Vermittlungsdienst dem Arbeitsamt alle Informationen, die zum Abschluss des Praktikumsvertrags relevant sind.

§ 2 - Der Referenzberater legt die Dauer des Praktikums fest. Die Dauer des Praktikums beträgt höchstens drei Monate.

Zur Festlegung der Dauer des Praktikums berücksichtigt der Referenzberater:

1. die Fähigkeiten und Kompetenzen des Praktikanten;
2. die Zielsetzung des Praktikums.

§ 3 - Die gemäß § 2 festgelegte Dauer des Praktikumsvertrags darf in begründeten Fällen verlängert werden, insofern das Einverständnis des Praktikanten oder gegebenenfalls seines gesetzlichen Vertreters oder Betreuers, des Praktikumsgebers und des Referenzberaters vorliegen und eine Gesamtdauer von drei Monaten nicht überschritten wird. Die Vertragsparteien unterzeichnen einen entsprechenden Nachtrag zum Praktikumsvertrag.

§ 4 - Die Regierung legt fest:

1. welche Informationen für die Anwendung von § 1 Absatz 4 übermittelt werden sowie die Modalitäten dieser Übermittlung;
2. in welchen Situationen der Praktikumsvertrag ausgesetzt werden kann. In diesem Fall wird die ursprüngliche Vertragsdauer um den Zeitraum der Aussetzung verlängert;
3. welche weiteren Angaben der Praktikumsvertrag mindestens umfassen muss;
4. in welchen Situationen der Praktikumsvertrag vorzeitig beendet werden kann und in welchen Situationen der Praktikumsvertrag von Rechts wegen endet.

Art. 38 - Zielvereinbarung

Vor Beginn des Praktikums erstellen der Praktikant, der Praktikumsgeber und der Referenzberater gemeinsam eine Zielvereinbarung, die dem Praktikumsvertrag beigefügt wird.

In dieser Zielvereinbarung wird vermerkt, welche der in Artikel 34 erwähnten Ziele das Praktikum verfolgt. Es können auch weitere Ziele und bestimmte zu erlernende Kompetenzen in der Zielvereinbarung vermerkt werden.

Art. 39 - Praktikumsbetreuer

Der Praktikumsgeber bestimmt innerhalb seines Personals einen Praktikumsbetreuer, der während der Dauer des Praktikums die Begleitung des Praktikanten wahrnimmt. Er kann diese Funktion auch selbst wahrnehmen.

Der Praktikumsbetreuer steht dem Referenzberater während der Dauer des Praktikums als Ansprechpartner zur Verfügung.

Die Regierung kann weitere Bedingungen zur Auswahl des Praktikumsbetreuers festlegen.

Art. 40 - Ablauf des Praktikums

Der Referenzberater begleitet den Praktikanten während der Dauer des Praktikums.

Im Verlauf des Praktikums findet ein Beratungsgespräch zwischen dem Referenzberater, dem Praktikanten und gegebenenfalls dem Praktikumsgeber statt, insofern mindestens eine der drei vorerwähnten Personen dies wünscht.

In vorheriger Absprache mit dem Praktikumsgeber kann der Referenzberater einen Vorortbesuch beim Praktikumsgeber durchführen.

Art. 41 - Evaluierung und Teilnahmebescheinigung

Beträgt die Dauer des Praktikums mehr als einen Monat, füllt der Praktikumsgeber nach Ablauf des Praktikums ein vom Referenzberater zugestelltes Evaluierungsraster aus.

Während oder nach Ablauf des Praktikums wird ein Evaluierungsgespräch organisiert, an dem der Praktikant, der Praktikumsgeber und der Referenzberater teilnehmen, sofern mindestens eine der drei vorerwähnten Personen dies wünscht.

Ziel der Evaluierung ist es, zu überprüfen, inwiefern die in der Zielvereinbarung festgehaltenen Zielsetzungen erreicht werden konnten.

Das Arbeitsamt stellt dem Praktikanten nach Ablauf des Praktikums eine Teilnahmebescheinigung aus.

Art. 42 - Praktikumsentschädigung

Der Praktikant kann für die effektiv geleisteten Praktikumstage eine Praktikumsentschädigung erhalten.

Die Regierung legt die Bedingungen zur Gewährung der Praktikumsentschädigung fest. Sie bestimmt die Höhe der Praktikumsentschädigung und die Modalitäten der Auszahlung.

Art. 43 - Fahrtkostenentschädigung

Der Praktikant kann für die effektiv geleisteten Praktikumstage eine Fahrtkostenentschädigung erhalten.

Die Regierung legt die Bedingungen zum Erhalt der Fahrtkostenentschädigung fest. Sie bestimmt die Höhe der Fahrtkostenentschädigung und die Modalitäten der Auszahlung.

Art. 44 - Versicherung

Das Arbeitsamt schließt für den Praktikanten, mit dem es den in Artikel 37 erwähnten Praktikumsvertrag abschließt, einen Versicherungsvertrag gemäß dem Gesetz vom 10. April 1971 über die Arbeitsunfälle ab.

Das Arbeitsamt schließt einen Haftpflichtversicherungsvertrag im Sinne des Gesetzes vom 4. April 2014 über die Versicherungen für die Dauer des Praktikums ab. Dieser Versicherungsvertrag deckt die individuelle Haftung des Praktikanten und gegebenenfalls des Arbeitsamtes und des anerkannten Vermittlungsdienstes für Schäden, die der Praktikant Dritten, dem Praktikumsgeber sowie den Mitarbeitern des Praktikumsgebers zufügt.

Die Regierung kann weitere Modalitäten bezüglich der in Absatz 1 und 2 erwähnten Versicherungen festlegen.

Art. 45 - Verarbeitung von Daten

§ 1 - Im Rahmen der Vermittlung in ein Praktikum:

1. überprüfen die Vermittlungsdienste die Einhaltung der in Artikel 35 aufgeführten Zugangsbedingungen;
- 2.ermitteln die Vermittlungsdienste auf Grundlage des individuellen Bedarfs und der Fähigkeiten des Praktikanten die für ihn geeigneten Praktikumsangebote sowie die Intensität der Inanspruchnahme dieser Angebote;
- 3.überprüfen die Vermittlungsdienste die Eignung des Praktikumsbetreuers.

Erfolgt die Vermittlung in ein Praktikum als Teil der bedarfsgeleiteten Arbeitsvermittlung gemäß Artikel 33 Absatz 1, nutzt der Referenzberater die begleit- und vermittlungsrelevanten Daten des Arbeitssuchenden, die gemäß Artikel 16 in seine elektronische Begleitakte eingetragen werden.

Erfolgt die Vermittlung in ein Praktikum in Anwendung von Artikel 33 Absatz 2 oder 5, kann der Arbeitsberater Daten der betreffenden Person aus den folgenden Kategorien ermitteln:

1. Daten zum Schulbesuch bzw. zur Ausbildung;
2. Daten zur beruflichen Vergangenheit;
3. Angaben zu den beruflichen Zielen und Möglichkeiten;
4. Daten zu den beruflichen Fähigkeiten, Kompetenzen und Kenntnissen;
5. Angaben zu der Fähigkeit, eigenständig Arbeit zu suchen;
6. Angaben zu der Fähigkeit, elektronisch zu kommunizieren;
7. Daten zur Mobilität und zur Familiensituation;
8. Daten zu beruflich relevanten Freizeitbeschäftigungen und Interessen;
9. Angaben über die Zusammenarbeit mit anderen öffentlichen Diensten;

10. weitere für die Begleit- und Vermittlungsarbeit relevante Chancen und Hemmnisse;
11. Angaben zu bisher genutzten Begleit- und Vermittlungsangeboten;
12. Angaben zu bisherigen Initiativen im Rahmen der Arbeitsuche;
13. vermittlungsrelevante Daten zur körperlichen und psychischen Gesundheit;
14. vermittlungsrelevante gerichtliche Daten in Form eines Auszugs aus dem Strafregister.

Im Rahmen der Vermittlung in ein Praktikum kann der zuständige Vermittlungsdienst gerichtliche Daten in Form eines Auszugs aus dem Strafregister des Praktikumsbetreuers verarbeiten.

Die Regierung kann die Daten der in den Absätzen 2 bis 4 aufgeführten Kategorien präzisieren.

§ 2 - Die Verarbeitung der in § 1 Absätze 2 bis 4 aufgeführten Daten dient zu folgenden Zwecken:

1. Die Verarbeitung der in § 1 Absätze 2 und 3 erwähnten Daten dient den in § 1 Absatz 1 Nummern 1 und 2 erwähnten Zwecken.

2. Die Verarbeitung der in § 1 Absatz 4 erwähnten Daten dient dem in § 1 Absatz 1 Nummer 3 erwähnten Zweck.

Unbeschadet des Absatzes 1 können die Vermittlungsdienste die vermittlungsrelevanten Daten zur körperlichen und psychischen Gesundheit der Praktikanten ausschließlich zum Ausschluss von Praktikumsangeboten, die mit den gesundheitlichen Hemmnissen des Praktikanten nicht vereinbar sind, verarbeiten.

Unbeschadet des Absatzes 1 können die Vermittlungsdienste die gerichtlichen Daten in Form eines Auszugs aus dem Strafregister verarbeiten:

1. um die Führung des Praktikanten auf die Vereinbarkeit mit vorhandenen Praktikumsangeboten, insbesondere wenn diese einen Kontakt zu schutzbedürftigen Personengruppen erfordern, zu prüfen;

2. um die Eignung des Praktikumsbetreuers zu überprüfen, insbesondere im Hinblick auf seinen Umgang mit schutzbedürftigen Praktikanten.

§ 3 - Unbeschadet anderer gesetzlicher Verpflichtungen sind die in Artikel 33 erwähnten Personen frei zu entscheiden, ob sie die Vermittlung in ein Praktikum beanspruchen möchten. Verwehren sie die erforderlichen Auskünfte, kann der zuständige Vermittlungsdienst die entsprechende Dienstleistung aussetzen.

§ 4 - Das Arbeitsamt ist für die Verarbeitung der Daten im Sinne von Artikel 4 Nummer 7 der Datenschutz-Grundverordnung verantwortlich. Wenn der Arbeitsuchende gemäß § 5 von einem anderen Vermittlungsdienst als dem Arbeitsamt begleitet wird, sind das Arbeitsamt und der betreffende Vermittlungsdienst gemeinsam verantwortlich für die Verarbeitung der Daten des Arbeitsuchenden.

§ 5 - Wird der Arbeitsuchende im Rahmen der bedarfsgeleiteten Arbeitsvermittlung gemäß Kapitel 3 von einem anderen Vermittlungsdienst als dem Arbeitsamt begleitet, so erhält der zuständige Referenzberater den Zugang zu den Daten, die für die Vermittlung in ein Praktikum erforderlich sind.

Das Arbeitsamt bzw. der zuständige Vermittlungsdienst beschränken den Zugang zu Daten auf jene Mitarbeiter, die diese unmittelbar zur Umsetzung der Vermittlung in ein Praktikum benötigen.

§ 6 - Die verarbeiteten Daten dürfen höchstens während zehn Jahren, nachdem der Praktikant die Dienstleistungen des Arbeitsamtes oder des Vermittlungsdienstes nicht mehr in Anspruch genommen hat, in einer Form aufbewahrt werden, die die Identifizierung der betroffenen Personen ermöglicht. Unbeschadet der Bestimmungen in Bezug auf das Archivwesen werden sie spätestens nach Ablauf dieser Frist vernichtet.

KAPITEL 6 - Kontrolle der Suchbemühungen

Art. 46 - Dokumentation und Bilanzierung der Suchbemühungen

§ 1 - Das Arbeitsamt dokumentiert und bilanziert die Bemühungen der Arbeitsuche der Anwärter und Empfänger von Arbeitslosenunterstützung.

Die Dokumentation und Bilanzierung der Suchbemühungen erfolgen durch einen Arbeitsberater.

Die Regierung kann die Dokumentation und Bilanzierung auf andere Arbeitsuchende der bedarfsgeleiteten Arbeitsvermittlung ausdehnen.

§ 2 - Im Rahmen der Dokumentation der Suchbemühungen wird in der elektronischen Akte festgehalten, ob der Arbeitsuchende:

1. die Begleit- und Vermittlungsangebote angenommen hat;
2. im Rahmen der Begleitung vereinbarte Aktionen umgesetzt hat;
3. sich proaktiv um die Arbeitsuche bemüht hat.

§ 3 - Die Bilanzierung beinhaltet eine differenzierte und an die jeweilige Situation des Arbeitsuchenden angepasste Auswertung der Suchbemühungen.

§ 4 - Der Arbeitsberater kann eine reservierte Bilanzierung aussprechen, wenn mindestens eines der folgenden Ereignisse eintritt:

1. der Arbeitsuchende bewirbt sich nicht auf eine ihm vorgeschlagene zumutbare Stelle gemäß Kapitel V des Königlichen Erlasses vom 25. November 1991;
2. der Arbeitsuchende lehnt eine zumutbare Stelle gemäß Kapitel V des Königlichen Erlasses vom 25. November 1991 ab;
3. der Arbeitsuchende lehnt ein geeignetes Praktikum oder Ausbildungsangebot ab;
4. der Arbeitsuchende bricht ein geeignetes Praktikum oder Ausbildungsangebot unentschuldigt ab;
5. der Arbeitsuchende bleibt einem Beratungstermin unentschuldigt fern;
6. der Arbeitsuchende verweigert das formale Einverständnis zu einer Vereinbarung, die auf ihn abgestimmte Aktionen beinhaltet;
7. der Arbeitsuchende setzt formal vereinbarte Aktionen nicht um;
8. der Arbeitsuchende entwickelt keine Eigeninitiative bei der Arbeitsuche.

§ 5 - Der Arbeitsberater berücksichtigt bei der Bilanzierung die individuellen Fähigkeiten des Arbeitsuchenden, eigenständig Arbeit zu suchen, mögliche Chancen und Hemmnisse bei der Arbeitsuche sowie die allgemeinen Arbeitsmarktchancen.

§ 6 - Das Arbeitsamt passt die Zeitpunkte und die Häufigkeit der Bilanzierung an das Profil des Arbeitssuchenden an.

§ 7 - Die Regierung kann Folgendes präzisieren:

1. weitere Modalitäten zur Dokumentation und Bilanzierung der Suchbemühungen;
2. wie die Zeitpunkte der Bilanzierung ermittelt werden;
3. wann die in § 4 aufgeführten Bedingungen zu einer reservierten Bilanzierung führen;
4. welche weiteren Kriterien zu einer reservierten Bilanzierung führen können;
5. wann die Dokumentation und Bilanzierung durch andere Mitarbeiter als die in § 1 Absatz 2 erwähnten Arbeitsberater durchgeführt werden kann.

Art. 47- Kontrolle und Sanktion der Suchbemühungen

§ 1 - Fällt die Bilanzierung der Suchbemühungen bei einem Anwärter und Empfänger von Arbeitslosenunterstützung reserviert aus, kontrolliert das Arbeitsamt die Suchbemühungen gemäß den im Königlichen Erlass vom 25. November 1991 festgelegten Bestimmungen.

§ 2 - Unbeschadet des § 1 kontrolliert das Arbeitsamt die Suchbemühungen gemäß den im Königlichen Erlass vom 25. November 1991 festgelegten Bestimmungen in der dort festgelegten Häufigkeit.

§ 3 - Die Kontrolle der Suchbemühungen und der Sanktion gemäß den im Königlichen Erlass vom 25. November 1991 festgelegten Bestimmungen wird von anderen als den in Artikel 46 § 1 Absatz 2 erwähnten Arbeitsberatern ausgeübt.

Die für die Kontrolle zuständigen Mitarbeiter entscheiden auf der Grundlage objektiver Erwägungen und Sachverhalte. Sie vermeiden jeden Interessenkonflikt und üben ihre Aufgaben unparteiisch aus. Besteht der Verdacht eines Interessenkonflikts, lässt sich der entsprechende Mitarbeiter vertreten.

§ 4 - Das Arbeitsamt trifft die nötigen Maßnahmen, um die Qualität der Kontrolle zu garantieren und Interessenkonflikte zu vermeiden.

§ 5 - Unbeschadet der im Königlichen Erlass vom 25. November 1991 festgelegten Bestimmungen kann die Regierung Folgendes präzisieren:

1. die Modalitäten der Kontrolle der Suchbemühungen und der Sanktionen;
2. die Kriterien zur Auferlegung entsprechender Sanktionen;
3. die Möglichkeiten, die Sanktion ganz oder teilweise auszusetzen.

Art. 48 - Verarbeitung von Daten

§ 1 - Um die Bemühungen der Anwärter und Empfänger von Arbeitslosenunterstützung gemäß den im Königlichen Erlass vom 25. November 1991 festgelegten Bestimmungen kontrollieren zu können, verarbeitet das Arbeitsamt Daten aus folgenden Kategorien:

1. Daten aus den in den Artikeln 6 § 1 und 16 § 2 erwähnten Kategorien;
2. Daten zu Kontrollen der Suchbemühungen und der Sanktionen in Anwendung des Königlichen Erlasses vom 25. November 1991;
3. Daten zu den Entscheidungen, die im Rahmen der Kontrolle der Suchbemühungen und der Sanktionen gemäß dem Königlichen Erlass vom 25. November 1991 ausgesprochen wurden.

Unbeschadet des Absatzes 1 kann das Arbeitsamt die dort erwähnten Daten zu folgenden Zwecken verarbeiten:

1. die in Absatz 1 Nummer 1 erwähnten Daten zur Einordnung der Vermittlungsperspektiven;
2. die in Absatz 1 Nummer 2 zur Einschätzung der Suchbemühungen.

Die Regierung kann:

1. die in Absatz 1 aufgeführten Datenkategorien präzisieren;
2. präzisieren, welche Mitarbeiter zu welchen Daten Zugang erhalten.

§ 2 - Das Arbeitsamt ist für die Verarbeitung der Daten im Sinne von Artikel 4 Nummer 7 der Datenschutz-Grundverordnung verantwortlich.

§ 3 - Die in § 1 Absatz 1 erwähnten Daten werden so lange aufbewahrt, wie der Arbeitssuchende den Bestimmungen des Königlichen Erlasses vom 25. November 1991 hinsichtlich der Kontrolle der Suchbemühungen unterliegt. Unterliegt der Arbeitssuchende nicht mehr diesen Bestimmungen, werden die Daten während zehn Jahren in einer Form aufbewahrt werden, die die Identifizierung der Person ermöglicht.

KAPITEL 7 - Vertraulichkeit und Datenschutz

Art. 49 - Vertraulichkeit

Insofern durch vorliegendes Dekret nicht anders geregelt und unbeschadet anderslautender gesetzlicher oder dekreter Bestimmungen sind die Regierung, das Arbeitsamt, die anderen Vermittlungsdienste sowie alle anderen Personen, die an der Ausführung des vorliegenden Dekrets und dessen Ausführungsbestimmungen beteiligt sind, dazu verpflichtet, die Angaben, die ihnen in Ausübung ihres Auftrags anvertraut werden, vertraulich zu behandeln.

Art. 50 - Verarbeitung von Daten zur Gesundheit

Die Verarbeitung von Daten zur Gesundheit der betroffenen Personen findet unter der Verantwortung einer im Arbeitsamt bzw. im Vermittlungsdienst beschäftigten Fachkraft der Gesundheitspflege oder einer anderen Fachkraft, die dem Berufsgeheimnis unterworfen ist, statt.

Art. 51 - Nutzung von Daten zur Erstellung von Analysen und Statistiken

Insofern durch vorliegendes Dekret nicht anders geregelt, greift das Arbeitsamt grundsätzlich zur Erstellung von Analysen und Statistiken bezüglich der Ausführung seiner Aufgaben bevorzugt auf anonyme oder pseudonymisierte Daten zurück.

Können anhand der in Absatz 1 erwähnten anonymen Daten die Analysen und Statistiken nicht umfassend erstellt werden, ist der Rückgriff auf pseudonymisierte Daten gestattet.

Für die Anwendung von Absatz 2 vermerkt das Arbeitsamt in der Verarbeitungserklärung, aus welchen Gründen die Verarbeitung anonymer Daten die Erstellung der in Absatz 1 erwähnten Analysen und Statistiken nicht ermöglicht.

Art. 52 - Sicherheitsmaßnahmen

Das Arbeitsamt achtet bei der Verarbeitung der Daten darauf, dass angemessene Sicherheitsmaßnahmen angewendet werden.

Die Regierung sorgt dafür, dass die verarbeiteten Daten jeweils nur von jenen Personen verarbeitet werden, die unmittelbar mit der Umsetzung der entsprechenden Aufgabe betraut sind.

Insofern Daten anonymisiert oder pseudonymisiert werden, richtet sich die entsprechende Technik nach den Empfehlungen der Agentur der Europäischen Union für Cybersicherheit.

Die Regierung kann:

1. die anzuwendenden Sicherheitsmaßnahmen für den Umgang mit den erwähnten personenbezogenen Daten präzisieren;

2. weitere geeignete technische und organisatorische Maßnahmen im Sinne von Artikel 32 der Datenschutz-Grundverordnung treffen, um ein dem Risiko angemessenes Sicherheitsniveau zu gewährleisten.

KAPITEL 8 - *Schlussbestimmungen*

Art. 53 - Abänderungsbestimmungen

Artikel 60 § 7 des Grundlagengesetzes vom 8. Juli 1976 über die öffentlichen Sozialhilfezentren, zuletzt abgeändert durch das Dekret vom 25. April 2016, wird wie folgt abgeändert:

1. Zwischen Absatz 2 und Absatz 3, der zu Absatz 4 wird, wird folgender Absatz eingefügt:

“Die in Absatz 1 erwähnten Personen müssen vor und während der dort erwähnten Beschäftigung im Register der Arbeitsuchenden gemäß Artikel 4 des Dekrets vom [...] über die bedarfsgeleitete Arbeitsvermittlung eingetragen sein.”

2. Nach Absatz 4, der zu Absatz 5 wird, wird folgender Absatz eingefügt:

“Um die berufliche Integration über die in Absatz 1 erwähnte Beschäftigung zu evaluieren und die Umsetzung zu kontrollieren, erfasst die Regierung Daten über die Beschäftigung und deren Nutzer sowie über mögliche Auswirkungen der Maßnahme auf die berufliche Integration. Die Regierung präzisiert die Datenkategorien, und den Umgang mit den Daten, insbesondere im Hinblick auf den Schutz der Daten, die Zugänge zu den Daten und die Dauer der Aufbewahrung.”

Art. 54 - Abänderungsbestimmungen

KAPITEL II Abschnitt 4 des Dekrets vom 17. Januar 2000 zur Schaffung eines Arbeitsamtes in der Deutschsprachigen Gemeinschaft, der die Artikel 14 und 14.1 umfasst, aufgehoben durch das Dekret vom 25. Mai 2009 und wieder eingefügt durch das Dekret vom 25. April 2016, wird aufgehoben.

Art. 55 - Abänderungsbestimmungen

In Artikel 2 § 1 Nummer 12 des Dekrets vom 5. November 2009 über die Zulassung der Leiharbeitsvermittler und die Überwachung der privaten Arbeitsvermittler wird zwischen die Wortfolgen “vom Arbeitsamt” und “unabhängige juristische” die Wortfolge “, von einem öffentlichen Sozialhilfezentrum oder von der Dienststelle für selbstbestimmtes Leben” eingefügt.

Art. 56 - Abänderungsbestimmungen

In Artikel 4 § 1 Absatz 1 des Dekrets vom 27. März 2023 über die Kontrolle und das Verfahren zur Auferlegung von administrativen Geldbußen im Bereich der Beschäftigungspolitik wird folgende Nummer 17 eingefügt:

“17. Dekret vom [...] über die bedarfsgeleitete Arbeitsvermittlung sowie dessen Ausführungserlasse.”

Art. 57 - Inkrafttreten

Vorliegendes Dekret tritt am 1. September 2023 in Kraft.

Wir fertigen das vorliegende Dekret aus und ordnen an, dass es durch das Belgische Staatsblatt veröffentlicht wird.

Eupen, den 22. Mai 2023

O. PAASCH

Der Ministerpräsident,

Minister für lokale Behörden und Finanzen

A. ANTONIADIS

Der Vize-Ministerpräsident,

Minister für Gesundheit und Soziales,
Raumordnung und Wohnungswesen

I. WEYKMANS

Die Ministerin für Kultur und Sport,
Beschäftigung und Medien

L. KLINKENBERG

Die Ministerin für Bildung,
Forschung und Erziehung

—
Fußnote

Sitzungsperiode 2022-2023

Nummerierte Dokumente: 259 (2022-2023) Nr. 1 Dekretentwurf

259 (2022-2023) Nr. 2 Bericht

259 (2022-2023) Nr. 3 Vom Plenum des Parlaments verabschiedeter Text

Ausführlicher Bericht: 22. Mai 2023 - Nr. 58 Diskussion und Abstimmung

TRADUCTION

MINISTÈRE DE LA COMMUNAUTÉ GERMANOPHONE

[2023/204472]

22 MAI 2023. — Décret relatif au placement axé sur les besoins

Le Parlement de la Communauté germanophone a adopté et Nous, Gouvernement, sanctionnons ce qui suit :

CHAPITRE 1^{er}. — *Dispositions générales**Article 1^{er} - Objet*

Le présent décret définit la prestation de placement axé sur les besoins en Communauté germanophone ainsi que certaines mesures qui contribuent à sa mise en œuvre. Il vise à donner à tout demandeur d'emploi, dans le cadre de son parcours d'insertion professionnelle, le droit à des conseils, à un accompagnement et à un placement gratuits, de qualité et adaptés à sa situation, quels que soient ses revenus ou revenus de remplacement.

Art. 2 - Qualifications

Dans le présent décret, les qualifications s'appliquent à tous les sexes.

Art. 3 - Définitions

Pour l'application du présent décret, il faut entendre par :

1° demandeurs et bénéficiaires de prestations de chômage : les demandeurs d'emploi qui sont inscrits comme tels et qui, en vertu de l'arrêté royal du 25 novembre 1991, perçoivent des allocations de chômage ou d'insertion ou se trouvent en stage d'insertion professionnelle;

2° Office de l'emploi : l'Office de l'emploi de la Communauté germanophone;

3° conseillers emploi : les collaborateurs de l'Office de l'emploi qui conseillent et accompagnent le demandeur d'emploi;

4° recherche d'emploi : la recherche d'une activité professionnelle en tant que travailleur salarié, membre du personnel statutaire ou travailleur indépendant. Elle comprend la recherche d'offres de soutien, de stage ou de qualification utiles à cette fin;

5° demandeur d'emploi : toute personne qui cherche un emploi et a accès au marché du travail belge, indépendamment de ses revenus ou revenus de remplacement;

6° placement axé sur les besoins : une prestation destinée aux demandeurs d'emploi inscrits dont le domicile se trouve en région de langue allemande et qui satisfait aux exigences décrites au chapitre 3;

7° offre d'accompagnement : toute offre de conseil, d'accompagnement et d'autonomisation des demandeurs d'emploi;

8° accord en matière d'action sur le plan professionnel : l'accord conclu conformément à l'article 19;

9° règlement général sur la protection des données : le règlement (UE) 2016/679 du Parlement européen et du Conseil du 27 avril 2016 relatif à la protection des personnes physiques à l'égard du traitement des données à caractère personnel et à la libre circulation de ces données, et abrogeant la directive 95/46/CE;

10° Office pour une vie autodéterminée : l'Office de la Communauté germanophone pour une vie autodéterminée;

11° demandeur d'emploi inscrit : tout demandeur d'emploi inscrit au registre des demandeurs d'emploi;

12° inscription : toute inscription d'un demandeur d'emploi au registre des demandeurs d'emploi;

13° revenus de remplacement : les prestations sociales versées par les autorités publiques et destinées à remplacer ou à compléter un revenu professionnel pour une raison particulière;

14° arrêté royal du 25 novembre 1991 : l'arrêté royal du 25 novembre 1991 portant réglementation du chômage;

15° demandeur d'emploi inoccupé : tout demandeur d'emploi qui n'est pas occupé ni dans le cadre d'un contrat de travail ni en tant qu'indépendant et qui ne suit aucune formation initiale menant à un diplôme de l'enseignement organisé, reconnu ou subventionné par la Communauté germanophone ou d'un enseignement assimilé;

16° CPAS : les centres publics d'action sociale de la région de langue allemande;

17° stage : une période de pratique professionnelle limitée dans le temps, comportant une dimension pédagogique et une dimension de formation, entreprise afin de permettre au stagiaire d'acquérir une expérience pratique et professionnelle en vue d'améliorer l'employabilité et de faciliter la transition vers un emploi régulier;

18° fournisseur de stage : toute personne physique ou morale qui occupe, sous sa responsabilité et son autorité, un stagiaire dans le cadre d'un stage;

19° conseiller référent : le collaborateur d'un service de placement qui accompagne, sur le plan du contenu, et coordonne, sur le plan administratif, le placement d'un demandeur d'emploi axé sur ses besoins;

20° registre des demandeurs d'emploi : la banque de données gérée par l'Office de l'emploi contenant les données relatives aux personnes qui cherchent un emploi et qui se sont inscrites audit registre;

21° bénéficiaire de l'aide sociale : tout bénéficiaire du revenu d'intégration ou d'une aide sociale équivalente conformément à la loi du 26 mai 2002 concernant le droit à l'intégration sociale, à l'exception des personnes qui ne sont pas en mesure de travailler pour des raisons de santé ou d'équité;

22° offre de placement : toute offre par laquelle un placement est proposé à un demandeur d'emploi, en vue d'aboutir à une occupation durable. Elle comprend les offres d'emploi, les stages, les programmes de formation et de formation continue, les mesures d'intégration, les formations en matière de candidature ainsi que les différents programmes de soutien pour les demandeurs d'emploi;

23° service de placement : l'Office de l'emploi ainsi que les organismes publics agréés comme service de placement conformément au chapitre 3, section 3, qui mettent en œuvre le placement axé sur les besoins;

24° demandeur d'emploi menacé de chômage : tout demandeur d'emploi occupé qui a été licencié, tout demandeur d'emploi en situation de chômage économique ou de chômage pour force majeure ou tout demandeur d'emploi qui se réoriente professionnellement pour des raisons impérieuses relatives aux qualifications, à la santé ou de nature sociale.

CHAPITRE 2. — *Inscription comme demandeur d'emploi**Art. 4 - Registre électronique des demandeurs d'emploi*

§ 1^{er} - L'Office de l'emploi tient un registre électronique des demandeurs d'emploi afin de pouvoir informer tous les demandeurs d'emploi des offres d'accompagnement et de placement qui sont pertinentes pour eux.

§ 2 - Toute personne qui a accès au marché du travail belge, qui cherche un emploi et qui est domiciliée en région de langue allemande peut s'inscrire au registre électronique des demandeurs d'emploi.

§ 3 - L'Office de l'emploi recommande à tous les demandeurs d'emploi domiciliés en région de langue allemande de s'inscrire, indépendamment du profil ou des revenus de la personne.

§ 4 - L'inscription comme demandeur d'emploi est obligatoire pour :

- 1° les demandeurs et bénéficiaires de prestations de chômage;
- 2° les bénéficiaires de l'aide sociale;
- 3° toutes les autres personnes inoccupées qui remplissent les conditions suivantes :
 - a) elles perçoivent un revenu de remplacement belge;
 - b) elles ont 18 ans accomplis et n'ont pas atteint l'âge légal de la retraite;
 - c) elles sont disponibles pour le marché de l'emploi.

Le Gouvernement détermine les revenus qui sont considérés comme des revenus de remplacement conformément à l'alinéa 1^{er}, 3°, a).

Art. 5 - Inscription

§ 1^{er} - L'inscription au registre électronique se fait à la demande du demandeur d'emploi. Il joint à sa demande, lors de l'introduction de celle-ci, les données requises obligatoires pour l'inscription conformément à l'article 6, § 1^{er}, alinéa 1^{er}.

§ 2 - L'Office de l'emploi s'assure que l'inscription et la réinscription au registre des demandeurs d'emploi ainsi que la désinscription de celui-ci peuvent s'effectuer dans ses locaux ou à distance et par voie électronique.

§ 3 - L'inscription au registre électronique est effectuée :

- 1° par un collaborateur de l'Office de l'emploi sur la base de la demande du demandeur d'emploi ou bien
- 2° à distance par le demandeur d'emploi lui-même conformément à l'article 6 ou bien
- 3° à distance et sur la base de la demande du demandeur d'emploi par un collaborateur d'un service de placement agréé conformément à l'article 22.

Dans tous les cas, l'Office de l'emploi confirme par écrit au demandeur d'emploi son inscription ou sa désinscription.

§ 4 - Le Gouvernement peut fixer d'autres modalités en matière d'inscription, de réinscription et de désinscription.

Art. 6 - Traitement de données à caractère personnel dans le cadre du registre électronique des demandeurs d'emploi

§ 1^{er} - Sont collectées pour chaque personne, dans le cadre du registre électronique, au moins les données à caractère personnel des demandeurs d'emploi suivantes :

- 1° les données relatives à l'identité et les données de contact;
- 2° la situation actuelle en matière de formation ou d'emploi;
- 3° le numéro d'identification mentionné à l'article 8, § 1^{er}, 1° ou 2°, de la loi du 15 janvier 1990 relative à l'institution et à l'organisation d'une Banque-carrefour de la Sécurité sociale.

Pour pouvoir proposer au demandeur d'emploi inscrit certaines prestations d'accompagnement et de placement, l'Office de l'emploi demande et saisit dans le registre électronique les données concernées requises à cette fin qui relèvent des catégories suivantes :

- 1° les données relatives à la fréquentation scolaire ou à la formation, selon le cas;
- 2° les données relatives aux expériences professionnelles antérieures;
- 3° les données relatives aux objectifs et possibilités professionnels;
- 4° les données relatives aux aptitudes, compétences et connaissances professionnelles;
- 5° les données relatives à la capacité à chercher un emploi de façon autonome;
- 6° les données relatives à la capacité à communiquer par voie électronique;
- 7° les données relatives à la mobilité et à la situation familiale;
- 8° les données relatives aux loisirs et centres d'intérêt pertinents sur le plan professionnel;
- 9° les données relatives à la coopération avec d'autres services publics;
- 10° les autres atouts et obstacles pertinents pour le travail d'accompagnement et de placement;
- 11° les données relatives aux offres d'accompagnement et de placement utilisées jusqu'à présent;
- 12° les données relatives aux initiatives prises jusqu'à présent dans le cadre de la recherche d'emploi;
- 13° les données pertinentes pour le placement en ce qui concerne la santé physique et psychique;
- 14° les données judiciaires pertinentes pour le placement sous la forme d'un extrait du casier judiciaire.

L'Office de l'emploi communique au demandeur d'emploi inscrit quelles données sont nécessaires à la fourniture de quelles prestations.

Le Gouvernement précise quelles données sont requises pour quelles prestations.

§ 2 - Sans préjudice du § 1^{er}, alinéa 2, les services de placement peuvent traiter les données pertinentes pour le placement en ce qui concerne la santé physique et psychique des demandeurs d'emploi uniquement aux fins suivantes :

- 1° l'application de l'arrêté royal du 25 novembre 1991 portant réglementation du chômage;
- 2° l'exclusion des offres de stage, de formation ou d'emploi qui ne sont pas compatibles avec les contraintes liées à la santé du demandeur d'emploi.

Sans préjudice du § 1^{er}, alinéa 2, les services de placement peuvent traiter les données judiciaires sous la forme d'un extrait du casier judiciaire, afin d'examiner la conduite du demandeur d'emploi ou, selon le cas, de l'élève au regard de sa compatibilité avec les offres existantes de stage, de formation ou d'emploi, en particulier lorsque celles-ci requièrent d'être en contact avec des groupes de personnes vulnérables.

§ 3 - Sans préjudice d'autres obligations légales, le demandeur d'emploi est libre de décider des prestations dont il souhaite bénéficier. Si le demandeur d'emploi refuse de fournir les informations requises, l'Office de l'emploi peut suspendre la prestation correspondante.

§ 4 - L'Office de l'emploi est responsable du traitement des données au sens de l'article 4, 7, du règlement général sur la protection des données. Si le demandeur d'emploi est accompagné par un service de placement autre que l'Office de l'emploi conformément au § 5, l'Office de l'emploi et le service de placement concerné sont conjointement responsables du traitement des données du demandeur d'emploi en question.

§ 5 - Si le demandeur d'emploi est accompagné, dans le cadre du placement axé sur les besoins au sens du chapitre 3, par un service de placement autre que l'Office de l'emploi, le conseiller référent compétent bénéficie d'un accès aux données qui sont nécessaires à l'accompagnement et au placement concernés.

L'Office de l'emploi ou, selon le cas, le service de placement compétent limite l'accès aux données aux collaborateurs qui ont directement besoin de celles-ci pour mettre en œuvre les offres d'accompagnement et de placement.

§ 6 - Les données traitées peuvent être conservées au maximum pendant dix ans après que le demandeur d'emploi a cessé de recourir aux prestations de l'Office de l'emploi, sous une forme qui permet l'identification des personnes concernées. Sans préjudice des dispositions relatives à l'archivage, elles sont détruites au plus tard au terme de ce délai.

Art. 7 - Durée de l'inscription et désinscription

La durée de l'inscription correspond à celle de la recherche d'emploi. Elle prend fin lorsque le demandeur d'emploi :

- 1° demande à être désinscrit;
- 2° perd l'accès au marché du travail belge;
- 3° n'est plus domicilié en région de langue allemande.

En outre, si la personne est occupée, l'inscription prend fin automatiquement lorsqu'elle :

- 1° confirme qu'elle ne cherche plus de travail;
- 2° omet de répondre à au moins trois tentatives de prise de contact de l'Office de l'emploi dans un délai de trois mois à compter du début de l'occupation;
- 3° ne recourt plus à une prestation de l'Office de l'emploi dans un délai de trois mois à compter du début de l'occupation.

Sans préjudice de l'alinéa 1^{er}, l'inscription des demandeurs d'emploi mentionnés à l'article 4, § 4, peut prendre fin lorsqu'ils ne satisfont pas à leur obligation visée à l'article 8.

Le Gouvernement peut prévoir d'autres cas qui conduisent à une désinscription.

Art. 8 - Obligation d'information

Le demandeur d'emploi inscrit s'engage, par son inscription, à communiquer à l'Office de l'emploi des informations correctes concernant son identité, son lieu de résidence, ses données de contact ainsi que sa situation en matière de formation et d'emploi. Il tient l'Office de l'emploi informé de tout changement dans un délai de quinze jours suivant celui-ci.

Le Gouvernement peut déterminer d'autres modalités concernant la mise en œuvre de l'obligation d'information.

CHAPITRE 3. — Placement axé sur les besoins

Section 1^{re} - Principes du placement axé sur les besoins

Art. 9 - Principes et déroulement

§ 1^{er} - Le placement axé sur les besoins constitue une prestation gratuite. Cette prestation a pour objectif de favoriser, de manière durable, une activité professionnelle adéquate conformément aux étapes et aux exigences minimales définies dans le présent chapitre.

Ladite prestation est proposée par l'Office de l'emploi ou par un service de placement agréé à cette fin conformément à la section 3.

§ 2 - Le placement axé sur les besoins suit les étapes décrites à la section 2.

Il débute par l'ouverture d'un dossier d'accompagnement électronique conformément à l'article 14. Un conseiller référent est ensuite attribué au demandeur d'emploi conformément à l'article 15. L'étape suivante consiste à collecter des informations pertinentes pour le placement conformément à l'article 16. Sur la base desdites informations, le service de placement fournit au demandeur d'emploi une offre d'information adaptée conformément à l'article 17. Le conseiller référent transmet au demandeur d'emploi recourant au placement axé sur les besoins les offres d'accompagnement et de placement adaptées à ses besoins et capacités conformément à l'article 18. Le cas échéant, le conseiller référent élabore un accord en matière d'action sur le plan professionnel pour le demandeur d'emploi conformément à l'article 19.

Art. 10 - Utilisateurs du placement axé sur les besoins

Le placement axé sur les besoins est à la disposition de l'ensemble des demandeurs d'emploi inoccupés et demandeurs d'emploi menacés de chômage qui sont inscrits au registre électronique.

Il peut être proposé à d'autres demandeurs d'emploi.

Le Gouvernement détermine dans quelles situations et à quelles catégories de personnes l'accès au placement axé sur les besoins peut être étendu ou limité.

Art. 11 - Offre proposée par l'Office de l'emploi ou par un autre service de placement

§ 1^{er} - L'Office de l'emploi propose à chaque utilisateur, tel que défini à l'article 10, la prestation de placement axé sur les besoins. Si le placement axé sur les besoins est prévu dans le cadre d'un concept de mise en œuvre d'un service de placement agréé conformément à l'article 22, ce service de placement le propose à l'utilisateur. L'utilisateur peut bénéficier du placement axé sur les besoins proposé par ledit service de placement ou bien recourir au placement axé sur les besoins proposé par l'Office de l'emploi.

§ 2 - Si l'accompagnement d'un utilisateur par un service de placement agréé conformément à l'article 22 est prévu et qu'aucune prise de contact n'a encore été établie par ce service de placement dans un délai de deux mois, l'Office de l'emploi peut proposer le placement axé sur les besoins.

À cette fin, l'Office de l'emploi contacte au préalable le service de placement compétent et examine la situation. Si le placement axé sur les besoins est toujours indiqué, mais n'a pas encore été proposé, l'Office de l'emploi informe le service de placement compétent et le demandeur d'emploi de la mise à disposition de l'offre de placement axé sur les besoins par l'Office de l'emploi. Si le demandeur d'emploi accepte l'offre, l'Office de l'emploi attribue un conseiller référent à la personne concernée.

Le Gouvernement peut fixer d'autres modalités concernant la reprise de la prestation de placement axé sur les besoins par l'Office de l'emploi.

Art. 12 - Accès aux offres d'accompagnement et de placement

Sans préjudice d'autres dispositions légales ou décrétales, l'Office de l'emploi s'assure que les conseillers référents de chaque service de placement bénéficient des mêmes accès aux offres d'accompagnement et de placement de l'Office de l'emploi et de ses partenaires.

Afin de garantir une utilisation des offres d'accompagnement et de placement sélectionnées qui soit axée sur les besoins, le Gouvernement peut subordonner l'accès aux offres d'accompagnement et de placement à l'utilisation du placement axé sur les besoins. Cela a pour conséquence que le demandeur d'emploi ne pourra utiliser lesdites offres que s'il est accompagné dans le cadre du placement axé sur les besoins.

Le Gouvernement peut déterminer les offres d'accompagnement et de placement qui présupposent un placement axé sur les besoins.

Art. 13 - Continuité du placement axé sur les besoins

Chaque service de placement garantit aux demandeurs d'emploi qu'il accompagne la prestation de placement axé sur les besoins, indépendamment de leurs revenus ou de leurs revenus de remplacement, pour toute la durée de la recherche d'emploi.

Si le demandeur d'emploi a de nouveau recours au placement axé sur les besoins après une interruption de la recherche d'emploi d'une durée de moins de vingt-quatre mois, la prestation continue d'être assurée par le service de placement qui l'accompagnait avant ladite interruption.

Par dérogation à l'alinéa 1^{er}, un CPAS agréé comme service de placement assure la prestation de placement axé sur les besoins pour un bénéficiaire de l'aide sociale pendant encore au moins vingt-quatre mois après que celui-ci a cessé de percevoir le revenu d'intégration ou l'aide sociale équivalente.

Le Gouvernement peut déterminer les autres modalités relatives à la mise en œuvre des alinéas 1^{er} à 3.

Section 2 - Étapes du placement axé sur les besoins

Art. 14 - Ouverture du dossier d'accompagnement électronique

§ 1^{er} - À la suite de l'inscription du demandeur d'emploi conformément à l'article 5, le service de placement ouvre un dossier d'accompagnement électronique pour le demandeur d'emploi recourant au placement axé sur les besoins. Ledit dossier comprend au moins les données à caractère personnel ci-après concernant le demandeur d'emploi :

- 1° les données collectées dans le cadre du registre conformément à l'article 6;
- 2° les données de contact du conseiller référent qui accompagne le demandeur d'emploi;
- 3° les données pertinentes pour le placement mentionnées à l'article 16.

Si un accord en matière d'action sur le plan professionnel est conclu conformément à l'article 19, le contenu dudit accord fait également partie du dossier d'accompagnement électronique.

§ 2 - Le demandeur d'emploi recourant au placement axé sur les besoins dispose d'un accès électronique à son dossier d'accompagnement.

§ 3 - Le Gouvernement peut déterminer d'autres modalités concernant :

- 1° l'ouverture et la fermeture du dossier d'accompagnement électronique;
- 2° l'accès au dossier d'accompagnement électronique.

Art. 15 - Attribution d'un conseiller référent

§ 1^{er} - Les services de placement attribuent un conseiller référent à chaque demandeur d'emploi recourant au placement axé sur les besoins.

Aux fins du suivi continu du placement axé sur les besoins, tout changement du conseiller référent doit être limité au possible et motivé le cas échéant.

§ 2 - Le conseiller référent exerce au moins les tâches suivantes :

- 1° il coordonne le placement axé sur les besoins pour ce qui est du contenu et sur le plan administratif;
- 2° il est le premier interlocuteur pour les questions d'ordre professionnel du demandeur d'emploi;
- 3° il soutient le demandeur d'emploi dans l'obtention de l'ensemble des attestations qui lui sont utiles;
- 4° il propose les offres d'accompagnement et de placement axées sur les besoins;
- 5° il élabore, le cas échéant, un accord en matière d'action conformément à l'article 19;
- 6° il coordonne la concertation avec les autres services et partenaires.

Le Gouvernement peut préciser les tâches du conseiller référent, fixer d'autres tâches et déterminer les modalités concernant la justification du changement de conseiller référent.

§ 3 - Tout service de placement est responsable de la qualification de ses conseillers référents. Il promeut au moins la qualification dans les domaines suivants :

- 1° connaissance des offres, prestations et mesures pour les demandeurs d'emploi;
- 2° utilisation du dossier d'accompagnement électronique;
- 3° bases des règles de déontologie, de la communication interculturelle et de la conduite d'entretiens dans le domaine du travail social;
- 4° connaissances de base de la législation belge dans les domaines de la sécurité sociale, du chômage, du droit à l'intégration sociale, du droit du travail et de la lutte contre la discrimination;
- 5° bases du droit administratif et de la protection des données.

§ 4 - Si le conseiller référent concerné occupe sa fonction ou une fonction similaire depuis moins de quatre ans, le volume annuel de ses qualifications est d'au moins six demi-journées. Si le conseiller référent concerné occupe sa fonction ou une fonction similaire depuis au moins quatre ans, le volume annuel de ses qualifications est d'au moins trois demi-journées.

Le Gouvernement peut déterminer des modalités complémentaires concernant la mise en œuvre et le contrôle du respect de cette obligation.

§ 5 - L'Office de l'emploi est chargé de la coordination d'un programme de formation pour les conseillers référents de tous les services de placement. Sans préjudice du § 4, chaque service de placement décide des qualifications de ses conseillers référents.

Art. 16 - Traitement des données pertinentes pour le placement

§ 1^{er} - Dans le cadre du placement axé sur les besoins, les services de placement déterminent, sur la base des besoins individuels et des capacités du demandeur d'emploi, les offres d'accompagnement et de placement adaptées à celui-ci ainsi que le degré d'intensité du recours à ces offres.

§ 2 - Le conseiller référent collecte et saisit dans le dossier d'accompagnement électronique les données pertinentes pour l'accompagnement et le placement des catégories suivantes :

- 1° les données relatives à la fréquentation scolaire ou à la formation, selon le cas;
- 2° les données relatives aux expériences professionnelles antérieures;
- 3° les données relatives aux objectifs et possibilités professionnels;
- 4° les données relatives aux aptitudes, compétences et connaissances professionnelles;
- 5° les données relatives à la capacité à chercher un emploi de façon autonome;
- 6° les données relatives à la capacité à communiquer par voie électronique;
- 7° les données relatives à la mobilité et à la situation familiale;
- 8° les données relatives aux loisirs et centres d'intérêt pertinents sur le plan professionnel;
- 9° les données relatives à la coopération avec d'autres services publics;
- 10° les autres atouts et obstacles pertinents pour le travail d'accompagnement et de placement;
- 11° les données relatives aux offres d'accompagnement et de placement utilisées jusqu'à présent;
- 12° les données relatives aux initiatives prises jusqu'à présent dans le cadre de la recherche d'emploi;
- 13° les données pertinentes pour le placement en ce qui concerne la santé physique et psychique;
- 14° les données judiciaires pertinentes pour le placement sous la forme d'un extrait du casier judiciaire.

Le Gouvernement peut préciser les données des catégories mentionnées à l'alinéa 1^{er}.

§ 3 - Le traitement des données mentionnées au § 2 poursuit les finalités suivantes :

- 1° pouvoir proposer au demandeur d'emploi le placement axé sur les besoins;
- 2° pouvoir établir l'accord en matière d'action sur le plan professionnel mentionné à l'article 19.

Sans préjudice de l'alinéa 1^{er}, les services de placement peuvent traiter les données pertinentes pour le placement en ce qui concerne la santé physique et psychique des demandeurs d'emploi, conformément au § 2, alinéa 1^{er}, 13°, uniquement aux fins suivantes :

- 1° l'application de l'arrêté royal du 25 novembre 1991 portant réglementation du chômage;
- 2° l'exclusion des offres de stage, de formation ou d'emploi qui ne sont pas compatibles avec les contraintes liées à la santé du demandeur d'emploi.

Sans préjudice de l'alinéa 1^{er}, les services de placement peuvent traiter les données judiciaires sous la forme d'un extrait du casier judiciaire, conformément au § 2, alinéa 1^{er}, 14°, afin d'examiner la conduite du demandeur d'emploi ou, selon le cas, de l'élève au regard de sa compatibilité avec les offres existantes de stage, de formation ou d'emploi, en particulier lorsque celles-ci requièrent d'être en contact avec des groupes de personnes vulnérables.

§ 4 - Si le demandeur d'emploi refuse de fournir les informations requises, le service de placement compétent peut suspendre le placement axé sur les besoins.

§ 5 - Le service de placement compétent est responsable du traitement des données au sens de l'article 4, 7), du règlement général sur la protection des données.

Tout service de placement limite l'accès aux données aux seuls collaborateurs qui ont directement besoin de celles-ci pour l'accompagnement et le placement.

§ 6 - Les données traitées peuvent être conservées au maximum pendant dix ans suivant la dernière utilisation du placement axé sur les besoins, sous une forme qui permet l'identification des personnes concernées. Sans préjudice des dispositions relatives à l'archivage, elles sont détruites au plus tard au terme de ce délai.

Art. 17 - Transmission d'une offre d'information adaptée

À la suite de la collecte de données pertinentes pour le placement conformément à l'article 16, le service de placement transmet au demandeur d'emploi une offre d'information adaptée à ses besoins et capacités.

Art. 18 - Transmission des offres d'accompagnement et de placement axées sur les besoins

À la suite de la collecte de données pertinentes pour le placement conformément à l'article 16, le conseiller référent transmet au demandeur d'emploi des offres d'accompagnement et de placement adaptées à ses besoins et capacités.

Art. 19 - Accord en matière d'action sur le plan professionnel

§ 1^{er} - Si des répercussions positives sont attendues sur le placement du demandeur d'emploi au moyen d'un accord concernant les contenus mentionnés au § 2, le conseiller référent élabore un accord en matière d'action sur le plan professionnel.

Sans préjudice de l'alinéa 1^{er}, la conclusion d'un accord en matière d'action est obligatoire :

- 1° si un accord similaire défini par ailleurs par la loi et visant à promouvoir l'insertion professionnelle doit être conclu et
- 2° si la reprise des contenus de l'accord en matière d'action dans l'accord défini par ailleurs par la loi est possible.

§ 2 - L'accord en matière d'action sur le plan professionnel comprend au moins les éléments suivants :

- 1° la description d'un objectif professionnel adapté au demandeur d'emploi;
- 2° la description des étapes nécessaires à la réalisation de l'objectif professionnel;
- 3° un calendrier pour la mise en œuvre des étapes mentionnées au 2°;
- 4° les moments auxquels l'évaluation et l'actualisation seront réalisées;
- 5° les données de contact du demandeur d'emploi et du conseiller référent;
- 6° les données relatives aux bases décrétales ou légales applicables en vertu desquelles l'accord doit être conclu.

Le Gouvernement peut déterminer d'autres contenus de l'accord en matière d'action sur le plan professionnel.

§ 3 - L'accord en matière d'action sur le plan professionnel est élaboré par le conseiller référent en concertation avec le demandeur d'emploi.

Ledit accord est rédigé dans un langage facilement compréhensible.

Art. 20 - Accord en matière d'action en application de l'arrêté royal du 25 novembre 1991

Les accords ci-après conclus en vertu de l'arrêté royal du 25 novembre 1991 peuvent être considérés comme des accords en matière d'action sur le plan professionnel conformément à l'article 19 :

1° l'accord sur un plan d'action individuel au sens de l'article 27, alinéa 1^{er}, 14°, du même arrêté;

2° l'accord concernant un accompagnement adapté conformément à l'article 56 du même arrêté;

3° l'accord concernant la description de la mesure d'accompagnement spécifique destinée aux personnes non mobilisables conformément à l'article 58/3, § 3, du même arrêté.

Section 3 - Services de placement

Art. 21 - Agrément et tâches des services de placement

§ 1^{er} - Sont considérés comme services de placement l'Office de l'emploi et tout organisme agréé par le Gouvernement en vertu de l'article 22.

Seuls les CPAS et l'Office pour une vie autodéterminée peuvent être agréés comme services de placement.

§ 2 - Les services de placement mettent en œuvre le placement axé sur les besoins.

Sans préjudice de l'application de l'alinéa 1^{er}, l'Office de l'emploi exerce les tâches transversales qui vont de pair avec la mise en œuvre du placement axé sur les besoins. Il s'agit notamment des processus administratifs généraux, des questions en matière d'informatique et de la communication générale de nature administrative. L'Office de l'emploi coordonne la coopération des services de placement.

Le Gouvernement peut déterminer d'autres tâches transversales que seul l'Office de l'emploi exerce dans le cadre du placement axé sur les besoins.

Art. 22 - Procédure d'agrément

§ 1^{er} - Pour obtenir l'agrément comme service de placement, l'Office pour une vie autodéterminée et les CPAS introduisent une demande auprès du Gouvernement. Les organismes habilités à introduire une demande peuvent introduire une demande conjointe.

La demande peut être introduite au plus tard pour le 30 avril et le 31 octobre de chaque année. Si le Gouvernement octroie un agrément comme service de placement, l'activité du service de placement concerné débute à un moment choisi en concertation avec le Gouvernement et conformément à un plan de mise en œuvre convenu sur la base du concept de mise en œuvre soumis et en fonction du temps de préparation nécessaire.

Un concept de mise en œuvre est joint à la demande, dont il ressort que le demandeur est en mesure de réaliser les objectifs et les étapes du placement axé sur les besoins décrits dans les sections 1^{re} et 2. Ce concept de mise en œuvre comprend au moins les éléments suivants :

1° la description de la mise en œuvre sur le plan organisationnel du placement axé sur les besoins, d'où ressortent les procédures principales, la répartition des tâches et les processus de communication;

2° la description de l'offre d'accompagnement par les conseillers référents, qui peut être modulée selon les besoins différents des demandeurs d'emploi;

3° une liste des collaborateurs qui assument la fonction de conseiller référent;

4° un concept de développement du personnel destiné aux conseillers référents;

5° la description des applications électroniques utilisées;

6° la liste des méthodes utilisées dans le cadre du travail d'accompagnement et de placement.

Le Gouvernement évalue si les étapes et les objectifs du placement axé sur les besoins peuvent être réalisés au moyen du concept de mise en œuvre en question. Il vérifie à cet effet le caractère complet de la demande dans les quinze jours suivant la réception de celle-ci.

Le Gouvernement prévient dans ce délai le demandeur s'il manque des documents. Si tel est le cas, le demandeur peut faire parvenir les documents manquants dans un délai de trente jours.

Le Gouvernement statue sur l'agrément du demandeur dans les soixante jours.

Le Gouvernement peut fixer d'autres modalités relatives à la procédure d'agrément.

§ 2 - Le demandeur peut introduire un recours auprès du Gouvernement en cas de refus de la demande d'agrément.

Le demandeur transmet au Gouvernement le recours motivé, accompagné de tous les documents pertinents, par lettre recommandée ou contre accusé de réception dans un délai de quinze jours prenant cours le troisième jour suivant l'envoi de la décision de refus d'agrément.

Le Gouvernement statue sur la recevabilité du recours dans un délai de soixante jours à compter de la réception de celui-ci.

Le Gouvernement peut fixer d'autres modalités relatives à la procédure de recours.

Art. 23 - Obligations à remplir pour conserver l'agrément

Pour conserver l'agrément, les services de placement satisfont aux obligations suivantes :

1° fournir la prestation de placement axé sur les besoins conformément au concept de mise en œuvre mentionné à l'article 22, § 1^{er}, alinéa 3;

2° communiquer et motiver les adaptations majeures du concept de mise en œuvre;

3° assurer la mise à disposition permanente d'une liste actualisée des conseillers référents à l'intention de l'Office de l'emploi;

4° communiquer les données statistiques à la demande de l'Office de l'emploi ou du Gouvernement;

5° présenter un rapport d'évaluation à des moments fixés par le Gouvernement, mais au moins tous les cinq ans. Dans ce rapport d'évaluation, les services de placement indiquent le nombre de personnes qui ont été accompagnées dans le cadre du placement axé sur les besoins, y compris les données suivantes :

a) ventilation par qualification, connaissances linguistiques, âge et objectif professionnel;

b) données relatives à la durée et au type d'accompagnement;

- c) type d'offres d'accompagnement et de placement utilisées;
- d) nombre d'insertions dans le cadre de stages et de formations;
- e) nombre d'insertions dans l'emploi, à des intervalles différents de l'accompagnement;
- f) ventilation du nombre de conseillers référents auxquels le service de placement a eu recours;

6° respecter les prescriptions légales, décrétales ou réglementaires qui s'appliquent à l'organisme dans le cadre de la mise en œuvre du placement axé sur les besoins, en particulier en ce qui concerne la protection des données, la passation des marchés publics et le secret professionnel;

7° garantir la formation continue des conseillers référents conformément à l'article 15, § 4.

Le Gouvernement peut :

- 1° préciser davantage les obligations mentionnées à l'alinéa 1^{er};
- 2° fixer d'autres obligations pour conserver l'agrément;
- 3° préciser la méthode, le calendrier et les indicateurs à prendre en compte du rapport d'évaluation à établir conformément à l'alinéa 1^{er}, 5°.

Art. 24 - Suspension de l'agrément

§ 1^{er} - Si le service de placement ne respecte pas une ou plusieurs conditions auxquelles l'octroi de l'agrément ou son maintien sont subordonnés, le Gouvernement l'invite par écrit à se conformer auxdites conditions d'agrément.

Si le service de placement ne remplit toujours pas ses obligations après l'invitation mentionnée à l'alinéa 1^{er}, le Gouvernement suspend l'agrément sur avis des inspecteurs désignés conformément à l'article 28.

Avant la suspension, le Gouvernement communique son intention au service de placement concerné par lettre recommandée. Dans un délai de sept jours prenant cours le troisième jour suivant l'envoi de la déclaration d'intention, le service de placement peut introduire une demande d'audition auprès du Gouvernement. Cette audition intervient dans les trente jours suivant l'envoi de la lettre recommandée.

Dans les quinze jours suivant cette audition ou au terme du délai mentionné à l'alinéa 3, selon le cas, le Gouvernement statue sur la suspension et sa durée.

Par dérogation à l'alinéa 3, le Gouvernement ne peut suspendre l'agrément d'un service de placement en raison d'un manquement à l'obligation de garantir la formation continue des conseillers référents conformément à l'article 23, alinéa 1^{er}, 7°, que si ledit manquement survient au cours de deux années consécutives.

§ 2 - Pendant la suspension de l'agrément, le service de placement concerné ne propose le placement axé sur les besoins à aucun nouveau demandeur d'emploi.

§ 3 - Le Gouvernement peut fixer d'autres modalités relatives à la procédure de suspension de l'agrément.

Art. 25 - Retrait de l'agrément et cessation du placement axé sur les besoins

§ 1^{er} - Si le service de placement, au terme de la durée de la suspension mentionnée à l'article 24, ne remplit toujours pas ses obligations, le Gouvernement peut retirer l'agrément sur avis des inspecteurs.

Avant le retrait, le Gouvernement communique son intention au service de placement concerné par lettre recommandée. Dans un délai de sept jours prenant cours le troisième jour suivant l'envoi de la déclaration d'intention, le service de placement peut introduire une demande d'audition auprès du Gouvernement. Cette audition intervient dans les trente jours suivant l'envoi de la lettre recommandée.

Dans les trente jours suivant cette audition ou au terme du délai mentionné à l'alinéa 2, selon le cas, le Gouvernement statue sur le retrait.

Cette décision est immédiatement transmise au service de placement concerné. Le service de placement dont l'agrément a été retiré informe individuellement les demandeurs d'emploi du retrait de l'agrément.

§ 2 - L'Office de l'emploi reprend la prestation de placement axé sur les besoins entamée pour un demandeur d'emploi par un service de placement auquel le Gouvernement a retiré l'agrément.

§ 3 - Le Gouvernement peut fixer d'autres modalités relatives à la procédure de retrait de l'agrément.

Art. 26 - Procédure de recours

Le service de placement peut introduire un recours auprès du Gouvernement en cas de suspension ou de retrait de l'agrément. Le recours n'est pas suspensif.

Le service de placement transmet au Gouvernement le recours motivé, accompagné de tous les documents pertinents, par lettre recommandée ou contre accusé de réception dans un délai de quinze jours prenant cours le troisième jour suivant l'envoi de la décision de suspension ou de retrait de l'agrément.

Le Gouvernement statue sur la recevabilité du recours dans un délai de soixante jours à compter de la réception de celui-ci.

Le Gouvernement peut fixer d'autres modalités relatives à la procédure de recours.

Art. 27 - Cessation du placement axé sur les besoins

L'arrêt volontaire de l'offre de placement axé sur les besoins entraîne le retrait de l'agrément.

Le Gouvernement détermine la procédure relative à l'arrêt de la prestation de placement axé sur les besoins.

Art. 28 - Contrôle

Les inspecteurs désignés conformément au décret du 27 mars 2023 relatif au contrôle et à la procédure concernant l'imposition d'amendes administratives dans le domaine de la politique de l'emploi sont chargés du contrôle de l'application du présent décret ainsi que des dispositions d'exécution correspondantes.

Art. 29 - Traitement des données § 1^{er} - Le Gouvernement et les services de placement traitent les données des catégories de données suivantes :

1° les données relatives aux utilisateurs effectifs et potentiels du placement axé sur les besoins qui sont à la recherche d'un emploi. Ces données comprennent au moins le nombre de demandeurs d'emploi ainsi que les caractéristiques essentielles et pertinentes pour le placement telles que la qualification et l'âge des demandeurs d'emploi;

2° les données relatives à l'utilisation effective ou potentielle des offres d'accompagnement et de placement;

3° les données relatives au placement en stage, en formation et dans un emploi;

4° les données relatives aux conseillers référents effectifs ou potentiels du placement axé sur les besoins.

Le traitement des données mentionnées à l'alinéa 1^{er} poursuit les finalités suivantes :

1° l'octroi de l'agrément ou, selon le cas, le maintien de celui-ci;

2° la mise en œuvre de la collaboration avec les partenaires, les services et les organismes qui fournissent des offres de placement et une prise de contact ciblée en vue de la fourniture de ces offres.

Le Gouvernement traite les données des catégories mentionnées à l'alinéa 2, 1° à 3°, sous une forme qui ne permet pas l'identification des personnes concernées.

Le Gouvernement peut préciser les données qui sont traitées dans le cadre de la procédure d'agrément et en vue du maintien de l'agrément.

§ 2 - Le service de placement concerné et le Gouvernement sont conjointement responsables du traitement des données mentionnées au § 1^{er}.

§ 3 - Les données mentionnées à l'alinéa 1^{er} peuvent être conservées au maximum pendant dix ans après l'introduction de la demande d'agrément conformément à l'article 22 ou du rapport d'évaluation conformément à l'article 23. Sans préjudice des dispositions relatives à l'archivage, elles sont détruites au plus tard au terme de ce délai.

CHAPITRE 4. — Développement du placement axé sur les besoins

Art. 30 - Analyse du marché du travail

§ 1^{er} - Afin de faire correspondre la qualité des offres d'accompagnement et de placement aux exigences du marché du travail, l'Office de l'emploi procède au moins tous les cinq ans à une analyse du marché du travail et des évolutions particulières en matière de travail d'accompagnement et de placement.

L'Office de l'emploi peut, à cette fin, recourir aux données suivantes :

1° données pseudonymisées et synthétiques des dossiers électroniques des demandeurs d'emploi ayant leur domicile en région de langue allemande;

2° enquêtes anonymisées menées auprès des utilisateurs et des collaborateurs;

3° données du système concernant les procédures administratives.

§ 2 - L'Office de l'emploi envoie cette analyse du marché du travail à des experts relevant de différents domaines pour avis.

Le Gouvernement précise les modalités relatives à la demande d'avis.

§ 3 - L'analyse du marché du travail de l'Office de l'emploi ainsi que les avis correspondants sont transmis au Gouvernement, au Parlement de la Communauté germanophone et à tous les services de placement.

§ 4 - L'Office de l'emploi est responsable du traitement des données mentionnées au § 1^{er}.

§ 5 - Les données mentionnées au § 1^{er}, alinéa 2, 1°, peuvent être conservées au maximum pendant dix ans après l'établissement de l'analyse. Sans préjudice des dispositions relatives à l'archivage, elles sont détruites au plus tard au terme de ce délai.

Art. 31 - Collecte uniforme des indicateurs statistiques

Afin de garantir une collecte uniforme d'indicateurs statistiques, le Gouvernement peut préciser, pour certains indicateurs, la nomenclature et les définitions applicables.

Dans la mesure du possible, il recourt à cette fin à des nomenclatures et définitions déjà reconnues et éprouvées.

Si la collecte uniforme de certains indicateurs est requise pour l'analyse mentionnée à l'article 30, le Gouvernement peut rendre obligatoire l'utilisation des indicateurs en question dans le cadre de la demande d'informations mentionnée à l'article 16.

Art. 32 - Concept de mise en œuvre et évaluation de l'Office de l'emploi

L'Office de l'emploi élabore tous les cinq ans un concept de mise en œuvre concernant le placement axé sur les besoins.

L'Office de l'emploi procède en outre au moins tous les cinq ans à une évaluation de sa prestation de placement axé sur les besoins.

Le Gouvernement précise les contenus, les indicateurs, la méthode et le calendrier du concept de mise en œuvre et de l'évaluation.

CHAPITRE 5. — Placement en stage

Art. 33 - Réalisation d'un stage dans le cadre du placement axé sur les besoins

Sans préjudice de l'article 12, le conseiller référent peut proposer au demandeur d'emploi d'effectuer un stage dans le cadre du placement axé sur les besoins au sens du chapitre 3. Le stage peut également être proposé par le demandeur d'emploi lui-même.

Par dérogation à l'alinéa 1^{er}, les personnes énumérées ci-après peuvent suivre un stage, pour autant qu'elles ne soient pas accompagnées dans le cadre du placement axé sur les besoins et sous réserve qu'elles remplissent les conditions d'accès fixées à l'article 35, à l'exception de l'alinéa 1^{er}, 5°:

1° les élèves de l'enseignement secondaire ordinaire et spécialisé;

2° les élèves de l'enseignement supérieur organisé, agréé ou subventionné par une communauté ou dans un autre État;

3° les personnes qui occupent un emploi.

L'Office de l'emploi collecte les données indiquées à l'article 6, § 1^{er}, pour les personnes mentionnées à l'alinéa 2 et attribue à la personne concernée un conseiller emploi qui exerce, pour l'application du présent chapitre, les mêmes tâches que celles du conseiller référent.

Aux fins du placement en stage, le conseiller référent vérifie :

1° si la participation à un stage peut permettre de réaliser un ou plusieurs des objectifs mentionnés à l'article 34;

2° quels fournisseurs de stage sont appropriés pour le stagiaire concerné en fonction des objectifs du stage ainsi que des capacités, des compétences et des centres d'intérêt du stagiaire.

Le Gouvernement peut ajouter d'autres catégories de personnes à celles mentionnées à l'alinéa 2.

Art. 34 - Objectifs du stage

Le stage poursuit un ou plusieurs des objectifs suivants :

1° permettre au stagiaire d'avoir une première expérience du monde du travail;

2° permettre au stagiaire de découvrir un métier;

3° permettre au stagiaire d'apprendre à connaître un employeur spécifique;

4° permettre au stagiaire de confronter ses capacités et centres d'intérêt à un environnement de travail réel;

5° permettre au fournisseur de stage d'évaluer les capacités et connaissances du stagiaire, actuelles et celles pouvant être encouragées;

6° permettre au stagiaire d'acquérir des compétences en dehors d'un programme de cours et ainsi d'améliorer ses chances sur le marché du travail;

7° permettre au stagiaire, à l'issue du stage, de pouvoir suivre une formation ou des études supérieures ou universitaires;

8° déterminer les adaptations nécessaires du poste de travail, qu'elles soient techniques, organisationnelles et/ou didactiques, en vue d'une formation et/ou d'une occupation ultérieures.

Le fournisseur de stage organise le stage de manière que celui-ci favorise de façon ciblée l'intégration socioprofessionnelle et l'orientation professionnelle du stagiaire en se basant sur ses capacités et ses centres d'intérêt. Le fournisseur de stage garantit au stagiaire un accompagnement adapté.

Art. 35 - Conditions d'accès

Pour pouvoir être admis en stage, le stagiaire doit remplir les conditions suivantes :

1° il est domicilié en région de langue allemande;

2° il est âgé de 15 ans au moins et n'est pas soumis à l'obligation scolaire à temps plein;

3° il n'a pas atteint l'âge légal de la retraite;

4° il a accès au marché du travail belge;

5° il est inscrit au registre des demandeurs d'emploi;

6° il n'a pas, avant même le début du stage, auprès du fournisseur de stage :

a) exercé une activité en tant que travailleur salarié;

b) achevé une formation;

c) réalisé un stage au cours des deux années précédentes.

Par dérogation à l'alinéa 1^{er}, 6°, c), un stagiaire peut être admis à un stage s'il en a déjà réalisé un auprès du même fournisseur de stage au cours des deux dernières années, pour autant que ce stage ait pris fin pour des raisons indépendantes de la volonté du stagiaire et du fournisseur de stage. Dans ce cas, la durée du stage déjà réalisé est déduite de la durée maximale autorisée du stage conformément à l'article 37, § 2.

Sans préjudice des conditions prévues à l'alinéa 1^{er}, le stagiaire ne peut pas être occupé avec pour objectif de remplacer des personnes qui sont déjà occupées auprès du fournisseur de stage avant le début du stage dans le cadre de l'un des contrats suivants :

1° contrats de travail ou contrats d'occupation d'étudiants conformément à la loi du 3 juillet 1978 relative aux contrats de travail;

2° contrats de formation.

Le Gouvernement peut déterminer ce qu'il faut entendre par « formation », terme visé à l'alinéa 1^{er}, 6°, b), et à l'alinéa 3.

Art. 36 - Obligations incombant au fournisseur de stage

§ 1^{er} - Le stage a lieu chez un fournisseur de stage du secteur marchand, non marchand ou public.

Le Gouvernement peut déterminer :

1° quelles autres conditions le fournisseur de stage doit remplir;

2° quels secteurs sont exclus de l'application du présent chapitre.

§ 2 - Le Gouvernement peut fixer une liste de faits qui excluent le fournisseur de stage, pour une durée maximale de cinq ans, de l'application du présent chapitre.

Le fournisseur de stage exclu en vertu de l'alinéa 1^{er} peut introduire une réclamation auprès du Gouvernement. Cette réclamation est envoyée par recommandé dans un délai d'un mois à compter de la notification de la décision en question. Le Gouvernement prend sa décision et la transmet au demandeur dans les deux mois suivant la réception de la réclamation.

Le Gouvernement peut fixer les autres modalités relatives à la procédure de réclamation.

Art. 37 - Conclusion d'un contrat de stage

§ 1^{er} - Le stage fait l'objet d'un contrat écrit entre :

1° le stagiaire ou, le cas échéant, son représentant ou tuteur légal;

2° le fournisseur de stage;

3° le service de placement agréé, pour autant que le stagiaire ne soit pas accompagné par l'Office de l'emploi, et

4° l'Office de l'emploi.

Ce contrat de stage est signé par l'ensemble des parties contractantes avant le début du stage.

Le contrat de stage stipule les droits et les devoirs des parties contractantes.

Dans la mesure où le stagiaire est accompagné par un service de placement autre que l'Office de l'emploi, ce service de placement transmet à l'Office de l'emploi toutes les informations nécessaires à la conclusion du contrat de stage.

§ 2 - Le conseiller référent fixe la durée du stage. La durée du stage est de trois mois au plus.

Pour fixer la durée du stage, le conseiller référent tient compte :

1° des capacités et des compétences du stagiaire;

2° des objectifs du stage.

§ 3 - La durée du stage fixée conformément au § 2 peut être prolongée dans des cas motivés, pour autant que le stagiaire ou, le cas échéant, son représentant ou tuteur légal, le fournisseur de stage et le conseiller référent donnent leur accord et que la durée totale ne dépasse pas trois mois. Les parties contractantes signent un avenant en ce sens au contrat de stage.

§ 4 - Le Gouvernement détermine :

1° quelles informations nécessaires à l'application du § 1^{er}, alinéa 4, sont transmises ainsi que les modalités relatives à cette transmission;

2° dans quelles situations le contrat de stage peut être suspendu. Dans ce cas, la durée initiale du contrat est prolongée de la durée de la suspension;

3° quelles autres informations le contrat de stage doit au moins comprendre;

4° dans quelles situations le contrat de stage peut être résilié de manière anticipée ou prend fin de plein droit.

Art. 38 - Convention d'objectifs

Avant le début du stage, le stagiaire, le fournisseur de stage et le conseiller référent établissent conjointement une convention d'objectifs, qui sera annexée au contrat de stage.

Cette convention d'objectifs précise quels sont les objectifs poursuivis dans le cadre du stage parmi ceux mentionnés à l'article 34. Ladite convention peut également préciser d'autres objectifs et certaines compétences à acquérir.

Art. 39 - Maître de stage

Le fournisseur de stage désigne parmi les membres de son personnel un maître de stage qui sera chargé de l'accompagnement du stagiaire pendant la durée du stage. Il peut également assumer lui-même cette fonction.

Le maître de stage se tient à la disposition du conseiller référent en tant que correspondant pendant la durée du stage.

Le Gouvernement peut fixer d'autres conditions applicables au choix du maître de stage.

Art. 40 - Déroulement du stage

Le conseiller référent accompagne le stagiaire pendant la durée du stage.

Un entretien-conseil réunissant le conseiller référent, le stagiaire et, le cas échéant, le fournisseur de stage a lieu pendant le stage, pour autant que l'une au moins des trois personnes précitées en fasse la demande.

Le conseiller référent peut effectuer une visite sur place chez le fournisseur de stage avec l'accord préalable de celui-ci.

Art. 41 - Évaluation et certificat de participation

Si le stage dure plus d'un mois, le fournisseur de stage remplit, à l'issue du stage, une grille d'évaluation transmise par le conseiller référent.

Au cours du stage ou à l'issue de celui-ci, un entretien d'évaluation est organisé, auquel participent le stagiaire, le fournisseur de stage et le conseiller référent, pour autant que l'une au moins des trois personnes précitées en fasse la demande.

L'évaluation a pour but de vérifier dans quelle mesure les objectifs consignés dans la convention d'objectifs ont pu être atteints.

À l'issue du stage, l'Office de l'emploi délivre au stagiaire un certificat de participation.

Art. 42 - Indemnité de stage

Le stagiaire peut recevoir une indemnité de stage pour les jours de stage effectivement prestés.

Le Gouvernement détermine les conditions applicables à l'octroi de l'indemnité de stage. Il fixe le montant de l'indemnité de stage ainsi que les modalités relatives au paiement de celle-ci.

Art. 43 - Indemnité de déplacement

Le stagiaire peut recevoir une indemnité de déplacement pour les jours de stage effectivement prestés.

Le Gouvernement détermine les conditions pour pouvoir bénéficier de l'indemnité de déplacement. Il fixe le montant de l'indemnité de déplacement ainsi que les modalités relatives au paiement de celle-ci.

Art. 44 - Assurance

Conformément à la loi du 10 avril 1971 sur les accidents du travail, l'Office de l'emploi conclut un contrat d'assurance pour le stagiaire avec lequel il a conclu le contrat de stage mentionné à l'article 37.

L'Office de l'emploi conclut, pour la durée du stage, un contrat d'assurance de la responsabilité civile au sens de la loi du 4 avril 2014 relative aux assurances. Ce contrat d'assurance couvre la responsabilité individuelle du stagiaire et, le cas échéant, de l'Office de l'emploi et du service de placement agréé pour les dommages causés par le stagiaire aux tiers, au fournisseur de stage ainsi qu'aux collaborateurs du fournisseur de stage.

Le Gouvernement peut déterminer des modalités complémentaires concernant les assurances mentionnées aux alinéas 1^{er} et 2.

Art. 45 - Traitement des données

§ 1^{er} - Dans le cadre du placement en stage,

1° les services de placement vérifient le respect des conditions d'accès mentionnées à l'article 35;

2° les services de placement déterminent, sur la base des besoins individuels et des capacités du stagiaire, les offres de stage adaptées à celui-ci ainsi que le degré d'intensité du recours à ces offres;

3° les services de placement vérifient l'aptitude du maître de stage.

Si le placement en stage est effectué dans le cadre du placement axé sur les besoins conformément à l'article 33, alinéa 1^{er}, le conseiller référent utilise les données pertinentes pour l'accompagnement et le placement du demandeur d'emploi qui sont saisies dans le dossier d'accompagnement électronique de celui-ci conformément à l'article 16.

Si le placement en stage est effectué en application de l'article 33, alinéa 2 ou 5, le conseiller emploi peut collecter les données de la personne concernée qui relèvent des catégories suivantes :

1° les données relatives à la fréquentation scolaire ou à la formation, selon le cas;

2° les données relatives aux expériences professionnelles antérieures;

3° les données relatives aux objectifs et possibilités professionnels;

4° les données relatives aux aptitudes, compétences et connaissances professionnelles;

5° les données relatives à la capacité à chercher un emploi de façon autonome;

6° les données relatives à la capacité à communiquer par voie électronique;

7° les données relatives à la mobilité et à la situation familiale;

8° les données relatives aux loisirs et centres d'intérêt pertinents sur le plan professionnel;

9° les données relatives à la coopération avec d'autres services publics;

10° les autres atouts et obstacles pertinents pour le travail d'accompagnement et de placement;

11° les données relatives aux offres d'accompagnement et de placement utilisées jusqu'à présent;

12° les données relatives aux initiatives prises jusqu'à présent dans le cadre de la recherche d'emploi;

13° les données pertinentes pour le placement en ce qui concerne la santé physique et psychique;

14° les données judiciaires pertinentes pour le placement sous la forme d'un extrait du casier judiciaire.

Dans le cadre du placement en stage, le service de placement compétent peut traiter les données judiciaires sous la forme d'un extrait du casier judiciaire en ce qui concerne le maître de stage.

Le Gouvernement peut préciser les données des catégories mentionnées aux alinéas 2 à 4.

§ 2 - Le traitement des données mentionnées au § 1^{er}, alinéas 2 à 4, poursuit les finalités suivantes :

1° le traitement des données mentionnées au § 1^{er}, alinéas 2 et 3, poursuit les finalités mentionnées au § 1^{er}, alinéa 1^{er}, 1° et 2°;

2° le traitement des données mentionnées au § 1^{er}, alinéa 4, poursuit la finalité mentionnée au § 1^{er}, alinéa 1^{er}, 3°.

Sans préjudice de l'alinéa 1^{er}, les services de placement peuvent traiter les données pertinentes pour le placement en ce qui concerne la santé physique et psychique des stagiaires uniquement pour exclure les offres de stage qui ne sont pas compatibles avec les contraintes liées à la santé du stagiaire concerné.

Sans préjudice de l'alinéa 1^{er}, les services de placement peuvent traiter les données judiciaires sous la forme d'un extrait du casier judiciaire :

1° pour examiner la conduite du stagiaire au regard de sa compatibilité avec les offres de stage existantes, en particulier lorsque celles-ci requièrent d'être en contact avec des groupes de personnes vulnérables;

2° pour vérifier l'aptitude du maître de stage, notamment pour ce qui est d'encadrer les stagiaires vulnérables.

§ 3 - Sans préjudice d'autres obligations légales, les personnes mentionnées à l'article 33 sont libres de décider si elles souhaitent bénéficier du placement en stage. Si elles refusent de fournir les informations requises, le service de placement compétent peut suspendre la prestation correspondante.

§ 4 - L'Office de l'emploi est responsable du traitement des données au sens de l'article 4, 7, du règlement général sur la protection des données. Si le demandeur d'emploi est accompagné par un service de placement autre que l'Office de l'emploi conformément au § 5, l'Office de l'emploi et le service de placement concerné sont conjointement responsables du traitement des données du demandeur d'emploi en question.

§ 5 - Si le demandeur d'emploi est accompagné, dans le cadre du placement axé sur les besoins au sens du chapitre 3, par un service de placement autre que l'Office de l'emploi, le conseiller référent compétent bénéficie d'un accès aux données qui sont nécessaires au placement en stage.

L'Office de l'emploi ou, selon le cas, le service de placement compétent limite l'accès aux données aux collaborateurs qui ont directement besoin de celles-ci pour mettre en œuvre le placement en stage.

§ 6 - Les données traitées peuvent être conservées au maximum pendant dix ans après que le stagiaire a cessé de recourir aux prestations de l'Office de l'emploi ou du service de placement, sous une forme qui permet l'identification des personnes concernées. Sans préjudice des dispositions relatives à l'archivage, elles sont détruites au plus tard au terme de ce délai.

CHAPITRE 6. — *Contrôle des efforts de recherche*

Art. 46 - Documentation et bilan des efforts de recherche

§ 1^{er} - L'Office de l'emploi documente les efforts de recherche d'emploi fournis par les demandeurs et bénéficiaires de prestations de chômage et dresse un bilan desdits efforts.

La documentation et l'établissement du bilan des efforts de recherche sont effectués par un conseiller emploi.

Le Gouvernement peut étendre la documentation et le bilan à d'autres demandeurs d'emploi recourant au placement axé sur les besoins.

§ 2 - Dans le cadre de la documentation des efforts de recherche, il est précisé dans le dossier électronique si le demandeur d'emploi :

1° a accepté les offres d'accompagnement et de placement;

2° a mis en œuvre les actions convenues dans le cadre de l'accompagnement;

3° s'est efforcé de chercher un emploi de manière proactive.

§ 3 - Le bilan comprend une évaluation des efforts de recherche différenciée et adaptée à la situation individuelle du demandeur d'emploi.

§ 4 - Le conseiller emploi peut dresser un bilan réservé si au moins l'une des situations suivantes se présente :

1° le demandeur d'emploi ne présente pas sa candidature à un emploi convenable qui lui est proposé, conformément au chapitre V de l'arrêté royal du 25 novembre 1991;

2° le demandeur d'emploi refuse un emploi convenable conformément au chapitre V de l'arrêté royal du 25 novembre 1991;

3° le demandeur d'emploi refuse un stage ou une offre de formation appropriés;

4° le demandeur d'emploi interrompt sans justification un stage ou une offre de formation appropriés;

5° le demandeur d'emploi manque un rendez-vous avec un conseiller sans justification;

6° le demandeur d'emploi refuse de donner son consentement formel à un accord qui comprend des actions adaptées à sa situation;

7° le demandeur d'emploi omet de mettre en œuvre les actions formellement convenues;

8° le demandeur d'emploi ne prend aucune initiative dans le cadre de la recherche d'emploi.

§ 5 - Le conseiller emploi tient compte, dans le cadre de l'établissement du bilan, des capacités individuelles du demandeur d'emploi à chercher un emploi de façon autonome, des éventuels atouts et obstacles lors de la recherche d'emploi ainsi que des opportunités générales sur le marché du travail.

§ 6 - L'Office de l'emploi adapte les moments et la fréquence auxquels le bilan est dressé au profil du demandeur d'emploi.

§ 7 - Le Gouvernement peut préciser les éléments suivants :

1° les autres modalités relatives à la documentation et au bilan des efforts de recherche;

2° la manière dont les moments auxquels le bilan est dressé sont déterminés;

3° dans quels cas les conditions mentionnées au § 4 donnent lieu à un bilan réservé;

4° quels autres critères peuvent conduire à un bilan réservé;

5° dans quels cas la documentation et le bilan peuvent être effectués par d'autres collaborateurs que les conseillers emploi mentionnés au § 1^{er}, alinéa 2.

Art. 47 - Contrôle et sanction concernant les efforts de recherche

§ 1^{er} - Si le bilan des efforts de recherche fournis par un demandeur ou bénéficiaire de prestations de chômage s'avère réservé, l'Office de l'emploi contrôle les efforts de recherche conformément aux dispositions prévues par l'arrêté royal du 25 novembre 1991.

§ 2 - Sans préjudice du § 1^{er}, l'Office de l'emploi contrôle les efforts de recherche conformément aux dispositions prévues par l'arrêté royal du 25 novembre 1991 selon la fréquence qui y est fixée.

§ 3 - Le contrôle des efforts de recherche et la sanction, conformément aux dispositions prévues par l'arrêté royal du 25 novembre 1991, sont appliqués par d'autres personnes que les conseillers emploi mentionnés à l'article 46, § 1^{er}, alinéa 2.

Les collaborateurs chargés du contrôle prennent une décision en se basant sur des considérations et faits objectifs. Ils évitent tout conflit d'intérêts et exercent leurs tâches de manière impartiale. En cas de soupçon de conflit d'intérêts, le collaborateur concerné se fait remplacer.

§ 4 - L'Office de l'emploi prend les mesures nécessaires pour garantir la qualité du contrôle et prévenir les conflits d'intérêts.

§ 5 - Sans préjudice des dispositions prévues par l'arrêté royal du 25 novembre 1991, le Gouvernement peut préciser les éléments suivants :

- 1° les modalités du contrôle des efforts de recherche et des sanctions;
- 2° les critères applicables à l'imposition de sanctions appropriées;
- 3° les possibilités de suspendre la sanction en totalité ou en partie.

Art. 48 - Traitement des données

§ 1^{er} - Pour pouvoir contrôler les efforts fournis par les demandeurs et bénéficiaires de prestations de chômage conformément aux dispositions prévues par l'arrêté royal du 25 novembre 1991, l'Office de l'emploi traite les données des catégories suivantes :

- 1° les données des catégories mentionnées aux articles 6, § 1^{er}, et 16, § 2;
- 2° les données relatives au contrôle des efforts de recherche et aux sanctions en application de l'arrêté royal du 25 novembre 1991;
- 3° les données relatives aux décisions qui ont été prononcées dans le cadre du contrôle des efforts de recherche et des sanctions conformément à l'arrêté royal du 25 novembre 1991.

Sans préjudice de l'alinéa 1^{er}, l'Office de l'emploi peut traiter les données qui y sont mentionnées aux fins suivantes :

- 1° la détermination des perspectives de placement en ce qui concerne les données mentionnées à l'alinéa 1^{er}, 1°;
- 2° l'évaluation des efforts de recherche en ce qui concerne les données mentionnées à l'alinéa 1^{er}, 2°.

Le Gouvernement peut :

- 1° préciser les catégories de données mentionnées à l'alinéa 1^{er};
- 2° préciser quels collaborateurs ont accès à quelles données.

§ 2 - L'Office de l'emploi est responsable du traitement des données au sens de l'article 4, 7), du règlement général sur la protection des données.

§ 3 - Les données mentionnées au § 1^{er}, alinéa 1^{er}, sont conservées aussi longtemps que le demandeur d'emploi reste soumis aux dispositions de l'arrêté royal du 25 novembre 1991 en ce qui concerne le contrôle des efforts de recherche. Si le demandeur d'emploi n'est plus soumis auxdites dispositions, les données sont conservées pendant dix ans sous une forme qui permet l'identification de la personne concernée.

CHAPITRE 7. — *Confidentialité et protection des données**Art. 49 - Confidentialité*

Sauf dispositions contraires du présent décret et sans préjudice de dispositions légales ou décrétales contraires, le Gouvernement, l'Office de l'emploi, les autres services de placement ainsi que toutes les autres personnes parties prenantes à l'exécution du présent décret et de ses dispositions d'exécution sont tenus de traiter confidentiellement les données qui leur sont confiées dans le cadre de l'exercice de leur mission.

Art. 50 - Traitement de données relatives à la santé

Le traitement de données relatives à la santé des personnes concernées s'opère sous la responsabilité d'un professionnel des soins de santé occupé auprès de l'Office de l'emploi ou d'un service de placement, selon le cas, ou d'un autre professionnel soumis au secret professionnel.

Art. 51 - Utilisation de données pour établir des analyses et statistiques

Sauf dispositions contraires du présent décret, l'Office de l'emploi recourt, en principe, de préférence à des données anonymes ou pseudonymisées pour établir des analyses et statistiques en ce qui concerne l'exercice de ses missions.

Si les données anonymes mentionnées à l'alinéa 1^{er} ne permettent pas d'établir des analyses et statistiques détaillées, le recours à des données pseudonymisées est autorisé.

Pour l'application de l'alinéa 2, l'Office de l'emploi mentionne dans la déclaration de traitement les raisons pour lesquelles le traitement de données anonymes ne permet pas d'établir les analyses et statistiques mentionnées à l'alinéa 1^{er}.

Art. 52 - Mesures de sécurité

Lors du traitement des données, l'Office de l'emploi veille à ce que des mesures de sécurité appropriées soient appliquées.

Le Gouvernement veille à ce que les données traitées ne soient respectivement traitées que par les personnes chargées directement de la mise en œuvre de la mission correspondante.

Dans la mesure où les données sont rendues anonymes ou pseudonymisées, la technique correspondante s'aligne sur les recommandations de l'Agence de l'Union européenne pour la cybersécurité.

Le Gouvernement peut :

- 1° préciser les mesures de sécurité à appliquer dans le cadre de l'utilisation des données à caractère personnel mentionnées;
- 2° prendre d'autres mesures techniques et organisationnelles appropriées au sens de l'article 32 du règlement général sur la protection des données afin de garantir un niveau de sécurité adapté au risque.

CHAPITRE 8. — *Dispositions finales**Art. 53 - Dispositions modificatives*

Dans l'article 60, § 7, de la loi organique du 8 juillet 1976 des centres publics d'action sociale, modifié en dernier lieu par le décret du 25 avril 2016, les modifications suivantes sont apportées :

1° un alinéa rédigé comme suit est inséré entre les alinéas 2 et 3, qui devient l'alinéa 4 :

« Les personnes mentionnées à l'alinéa 1^{er} doivent avant et pendant l'emploi y mentionné être inscrites au registre des demandeurs d'emploi conformément à l'article 4 du décret du 22 mai 2023 relatif au placement axé sur les besoins. »;

2° le paragraphe est complété par un alinéa rédigé comme suit :

« Afin d'évaluer l'insertion professionnelle par l'intermédiaire de la mise à l'emploi mentionnée à l'alinéa 1^{er} et de contrôler la mise en œuvre, le Gouvernement collecte des données concernant la mise à l'emploi et ses utilisateurs ainsi que les répercussions éventuelles de la mesure sur l'insertion professionnelle. Le Gouvernement précise les catégories de données, la façon d'utiliser les données, notamment au regard de la protection des données, les accès aux données ainsi que la durée de la conservation de celles-ci. »

Art. 54 - Dispositions modificatives

Dans le chapitre II du décret du 17 janvier 2000 portant création d'un office de l'emploi en Communauté germanophone, la section 4, comportant les articles 14 et 14.1, abrogée par le décret du 25 mai 2009 et rétablie par le décret du 25 avril 2016, est abrogée.

Art. 55 - Dispositions modificatives

Dans l'article 2, § 1^{er}, 12°, du décret du 11 mai 2009 relatif à l'agrément des agences de travail intérimaire et à la surveillance des agences de placement privées, les mots « , d'un centre public d'action sociale ou de l'Office pour une vie autodéterminée » sont insérés entre les mots « Office de l'Emploi » et les mots « qui propose ».

Art. 56 - Dispositions modificatives

Dans l'article 4, § 1^{er}, du décret du 27 mars 2023 relatif au contrôle et à la procédure concernant l'imposition d'amendes administratives dans le domaine de la politique de l'emploi, l'alinéa 1^{er} est complété par un 17° rédigé comme suit :

« 17° le décret du 22 mai 2023 relatif au placement axé sur les besoins, ainsi que ses arrêtés d'exécution. »

Art. 57 - Entrée en vigueur

Le présent décret entre en vigueur le 1^{er} septembre 2023.

Promulguons le présent décret et ordonnons qu'il soit publié au *Moniteur belge*.

Eupen, le 22 mai 2023.

O. PAASCH,

Le Ministre-Président,

Ministre des Pouvoirs locaux et des Finances

A. ANTONIADIS,

Le Vice-Ministre-Président,

Ministre de la Santé et des Affaires sociales,
de l'Aménagement du territoire et du Logement

I. WEYKMANS,

La Ministre de la Culture et des Sports,
de l'Emploi et des Médias

L. KLINKENBERG,

La Ministre de l'Éducation et de la Recherche scientifique

—————
Note

Session 2022-2023

Documents parlementaires : 259 (2022-2023) n° 1 Projet de décret

259 (2022-2023) n° 2 Rapport

259 (2022-2023) n° 3 Texte adopté en séance plénière

Compte rendu intégral : 22 mai 2023 - n° 58 Discussion et vote

—————
VERTALING

MINISTERIE VAN DE DUITSTALIGE GEMEENSCHAP

[2023/204472]

22 MEI 2023. — Decreet betreffende de behoeftegestuurde arbeidsbemiddeling

Het Parlement van de Duitstalige Gemeenschap heeft aangenomen en Wij, Regering, bekrachtigen hetgeen volgt:

HOOFDSTUK 1. — *Algemene bepalingen*

Artikel 1 - Voorwerp

Dit decreet regelt de dienstverlening van de behoeftegestuurde arbeidsbemiddeling in de Duitstalige Gemeenschap en legt bepaalde maatregelen vast die bijdragen tot de uitvoering ervan. Het doel van dit decreet is elke werkzoekende op zijn traject naar het beroepsleven recht te geven op gratis hoogwaardige en individueel aangepaste adviesverlening, begeleiding en bemiddeling, ongeacht zijn inkomen of vervangingsinkomen.

Art. 2 - Verwijzingen naar personen

De verwijzingen naar personen in dit decreet gelden voor alle geslachten.

Art. 3 - Definities

Voor de toepassing van dit decreet wordt verstaan onder:

1° aanvragers en ontvangers van een werkloosheidsuitkering: ingeschreven werkzoekenden die op grond van het koninklijk besluit van 25 november 1991 een werkloosheidsuitkering of inschakelingsuitkering ontvangen of zich in de beroepsinschakelingsstijd bevinden;

2° Dienst voor arbeidsbemiddeling: de Dienst voor arbeidsbemiddeling van de Duitstalige Gemeenschap;

3° tewerkstellingsconsulent: medewerker van de Dienst voor arbeidsbemiddeling die de werkzoekenden adviseert en begeleidt;

4° het zoeken naar werk: het zoeken naar een beroepsactiviteit als werknemer, statutair personeelslid of zelfstandige. Dat omvat ook het zoeken naar mogelijkheden inzake ondersteuning, stages of kwalificaties die daarbij kunnen helpen;

5° werkzoekende: persoon die zoekt naar werk en toegang heeft tot de Belgische arbeidsmarkt, ongeacht zijn inkomen of vervangingsinkomen;

6° behoeftegestuurde arbeidsbemiddeling: dienstverlening die zich richt tot ingeschreven werkzoekenden met woonplaats in het Duitse taalgebied en beantwoordt aan de eisen beschreven in hoofdstuk 3;

7° begeleidingsaanbod: elk aanbod tot het adviseren, begeleiden en bekwaam maken van werkzoekenden;

8° actieovereenkomst voor werk: overeenkomstig artikel 19 gesloten overeenkomst;

9° Algemene Verordening Gegevensbescherming: de Verordening (EU) 2016/679 van 27 april 2016 van het Europees Parlement en de Raad betreffende de bescherming van natuurlijke personen in verband met de verwerking van persoonsgegevens en betreffende het vrije verkeer van die gegevens en tot intrekking van Richtlijn 95/46/EG;

10° Dienst voor zelfbeschikkend leven: de Dienst van de Duitstalige Gemeenschap voor zelfbeschikkend leven;

11° ingeschreven werkzoekende: werkzoekende die ingeschreven is in het werkzoekendenregister;

12° inschrijving: de inschrijving van een werkzoekende in het werkzoekendenregister;

13° vervangingsinkomen: sociale uitkeringen die door overheidsinstanties worden uitbetaald om, om een bepaalde reden, een inkomen uit arbeid te vervangen of aan te vullen;

14° koninklijk besluit van 25 november 1991: het koninklijk besluit van 25 november 1991 houdende de werkloosheidsreglementering;

15° niet-werkende werkzoekende: werkzoekende die geen beroep uitoefent in het kader van een arbeidsovereenkomst of als zelfstandige en die geen diplomagerichte basisopleiding volgt van het door de Duitstalige Gemeenschap georganiseerd, erkend of gesubsidieerd onderwijs of daarmee gelijkgesteld onderwijs;

16° OCMW's: de openbare centra voor maatschappelijk welzijn van het Duitse taalgebied;

17° stage: werkervaring van beperkte duur die een leer- en opleidingscomponent omvat en tot doel heeft de stagiair praktische en professionele ervaring te laten opdoen, om zo zijn inzetbaarheid op de arbeidsmarkt te verbeteren en de overgang naar een reguliere tewerkstelling te vergemakkelijken;

18° stagegever: natuurlijke persoon of rechtspersoon die een stagiair onder zijn verantwoordelijkheid en gezag tewerkstelt in het kader van een stage;

19° persoonlijk adviseur: medewerker van een bemiddelingsdienst die de behoeftegestuurde arbeidsbemiddeling van een werkzoekende inhoudelijk begeleidt en administratief coördineert;

20° werkzoekendenregister: de door de Dienst voor arbeidsbemiddeling beheerde databank met de gegevens van personen die zoeken naar werk en zich in de databank hebben ingeschreven;

21° bijstandsgerechtigde: persoon die een leefloon of daarmee gelijkgestelde maatschappelijke hulp ontvangt overeenkomstig de wet van 26 mei 2002 betreffende het recht op maatschappelijke integratie, met uitzondering van personen die om gezondheids- of billijkheidsredenen niet kunnen werken;

22° bemiddelingsaanbod: elk aanbod waarnaar een werkzoekende bemiddeld kan worden met langdurige tewerkstelling als doel. Daartoe behoren werkaanbiedingen, stages, opleidingen, voortgezette opleidingen, integratiemaatregelen, sollicitatietrainingen alsook alle ondersteuningsprogramma's voor werkzoekenden;

23° bemiddelingsdienst: de Dienst voor arbeidsbemiddeling en de openbare instellingen die overeenkomstig hoofdstuk 3, afdeling 3, erkend zijn als bemiddelingsdienst en de behoeftegestuurde arbeidsbemiddeling uitvoeren;

24° met werkloosheid bedreigde werkzoekende: werkende werkzoekende die zijn ontslag gekregen heeft, werkzoekende die economisch werkloos is of zich in gedwongen werkloosheid of werkloosheid wegens overmacht bevindt, of werkzoekende die zich om dringende kwalificatiegerelateerde, gezondheidsgerelateerde of sociale redenen professioneel heroriënteert.

HOOFDSTUK 2. — Inschrijving als werkzoekende*Art. 4 - Elektronisch werkzoekendenregister*

§ 1 - Om alle werkzoekenden te kunnen informeren over het begeleidings- en bemiddelingsaanbod dat voor hen relevant is, houdt de Dienst voor arbeidsbemiddeling een elektronisch werkzoekendenregister bij.

§ 2 - Iedere persoon die toegang heeft tot de Belgische arbeidsmarkt, zoekt naar werk en een woonplaats heeft in het Duitse taalgebied, kan zich inschrijven in het elektronische werkzoekendenregister.

§ 3 - De Dienst voor arbeidsbemiddeling raadt de inschrijving aan aan alle werkzoekenden met woonplaats in het Duitse taalgebied, ongeacht hun profiel of inkomsten.

§ 4 - De inschrijving als werkzoekende is verplicht voor:

1° aanvragers en ontvangers van een werkloosheidsuitkering;

2° bijstandsgerechtigden;

3° alle andere niet-werkende personen die voldoen aan de volgende voorwaarden:

a) een Belgisch vervangingsinkomen genieten;

b) de volle leeftijd van 18 jaar bereikt hebben en de wettelijke pensioenleeftijd nog niet bereikt hebben;

c) ter beschikking staan van de arbeidsmarkt.

De Regering legt vast welke inkomens gelden als een vervangingsinkomen overeenkomstig het eerste lid, 3°, a).

Art. 5 - Inschrijving

§ 1 - De inschrijving in het elektronische register vindt plaats op aanvraag van de werkzoekende. Samen met zijn aanvraag dient hij de inlichtingen die verplicht vereist zijn voor de inschrijving overeenkomstig artikel 6, § 1, eerste lid, in.

§ 2 - De Dienst voor arbeidsbemiddeling waarborgt dat zowel de inschrijving in, de uitschrijving uit als de herinschrijving in het werkzoekendenregister in de ruimten van de Dienst voor arbeidsbemiddeling of vanaf een afstand en elektronisch mogelijk zijn.

§ 3 - De inschrijving in het elektronische register wordt uitgevoerd:

1° ofwel door een medewerker van de Dienst voor arbeidsbemiddeling op basis van de aanvraag van de werkzoekende; of

2° vanaf een afstand door de werkzoekende zelf overeenkomstig artikel 6; of

3° vanaf een afstand en op basis van de aanvraag van de werkzoekende door een medewerker van een bemiddelingsdienst die erkend is overeenkomstig artikel 22.

In elk geval bevestigt de Dienst voor arbeidsbemiddeling de in- en uitschrijving telkens schriftelijk aan de werkzoekende.

§ 4 - De Regering kan nadere regels voor de inschrijving, de herinschrijving en de uitschrijving vastleggen.

Art. 6 - Verwerking van persoonsgegevens in het elektronische werkzoekendenregister

§ 1 - In het elektronische register worden voor elke persoon minstens de volgende persoonsgegevens van de werkzoekende verzameld:

1° identiteits- en contactgegevens;

2° de actuele opleidings- of werksituatie;

3° de identificatienummers bedoeld in artikel 8, § 1, 1° of 2°, van de wet van 15 januari 1990 houdende oprichting en organisatie van een Kruispuntbank van de Sociale Zekerheid.

Om de ingeschreven werkzoekende bepaalde begeleidings- en bemiddelingsdiensten te kunnen aanbieden, vraagt de Dienst voor arbeidsbemiddeling naar de daartoe vereiste gegevens uit de volgende categorieën en voert hij die gegevens in het elektronische register in:

1° gegevens over het schoolbezoek of de opleiding;

2° gegevens over het beroepsverleden;

3° gegevens over de professionele doelstellingen en mogelijkheden;

4° gegevens over de professionele bekwaamheden, competenties en kennis;

5° gegevens over het vermogen om zelfstandig werk te zoeken;

6° gegevens over het vermogen om elektronisch te communiceren;

7° gegevens over de mobiliteit en de gezinssituatie;

8° gegevens over vrijetijdsbestedingen en interesses die beroepsmatig relevant zijn;

9° gegevens over de samenwerking met andere openbare diensten;

10° gegevens over andere kansen en belemmeringen die relevant zijn voor het begeleidings- en bemiddelingswerk;

11° gegevens over het tot nog toe gebruikte begeleidings- en bemiddelingsaanbod;

12° gegevens over tot nog toe genomen initiatieven in het kader van het zoeken naar werk;

13° gegevens over de lichamelijke en geestelijke gezondheid die relevant zijn voor de bemiddeling;

14° gerechtelijke gegevens die relevant zijn voor de bemiddeling, in de vorm van een uittreksel uit het strafregister.

De Dienst voor arbeidsbemiddeling deelt de ingeschreven werkzoekenden mee welke gegevens vereist zijn voor de verlening van welke dienst.

De Regering preciseert welke gegevens vereist zijn voor de verlening van welke dienst.

§ 2 - Met behoud van de toepassing van § 1, tweede lid, kunnen de bemiddelingsdiensten gegevens over de lichamelijke en geestelijke gezondheid van de werkzoekenden die relevant zijn voor de bemiddeling, uitsluitend voor de volgende doeleinden verwerken:

1° voor de toepassing van het koninklijk besluit van 25 november 1991 houdende de werkloosheidsreglementering;

2° voor het uitsluiten van stages, opleidingen of werkaanbiedingen die niet verenigbaar zijn met de gezondheidsgerelateerde belemmeringen van de werkzoekende.

Met behoud van de toepassing van § 1, tweede lid, kunnen de bemiddelingsdiensten de gerechtelijke gegevens in de vorm van een uittreksel uit het strafregister verwerken om na te gaan of het gedrag van de werkzoekende of de leerling verenigbaar is met beschikbare stages, opleidingen of werkaanbiedingen, in het bijzonder wanneer die contact met kwetsbare personen inhouden.

§ 3 - Met behoud van de toepassing van andere wettelijke verplichtingen kan de werkzoekende vrij beslissen van welke dienstverlening hij gebruik wenst te maken. Indien de werkzoekende weigert de vereiste inlichtingen te verstrekken, kan de Dienst voor arbeidsbemiddeling de betreffende dienstverlening schorsen.

§ 4 - De Dienst voor arbeidsbemiddeling geldt als verwerkingsverantwoordelijke in de zin van artikel 4, punt 7, van de Algemene Verordening Gegevensbescherming. Wanneer de werkzoekende overeenkomstig paragraaf 5 begeleid wordt door een andere bemiddelingsdienst dan de Dienst voor arbeidsbemiddeling, zijn de Dienst voor arbeidsbemiddeling en de betreffende bemiddelingsdienst gezamenlijk verantwoordelijk voor de verwerking van de gegevens van de werkzoekende.

§ 5 - Wanneer de werkzoekende in het kader van de behoeftegestuurde arbeidsbemiddeling overeenkomstig hoofdstuk 3 begeleid wordt door een andere bemiddelingsdienst dan de Dienst voor arbeidsbemiddeling, heeft de bevoegde persoonlijk adviseur toegang tot de gegevens die nodig zijn voor de te verstrekken begeleiding en bemiddeling.

De Dienst voor arbeidsbemiddeling of, naargelang het geval, de bevoegde bemiddelingsdienst beperkt de gegevenstoegang tot die medewerkers die de gegevens rechtstreeks nodig hebben voor de uitvoering van het begeleidings- en bemiddelingsaanbod.

§ 6 - De verwerkte gegevens mogen nadat de werkzoekende opgehouden heeft gebruik te maken van de dienstverlening van de Dienst voor arbeidsbemiddeling, nog hoogstens tien jaar bewaard worden in een vorm die het mogelijk maakt de betrokken personen te identificeren. Met behoud van de toepassing van de bepalingen betreffende het archiefwezen worden ze uiterlijk na het verstrijken van die termijn vernietigd.

Art. 7 - Duur van de inschrijving en uitschrijving

De werkzoekende blijft ingeschreven zolang hij zoekt naar werk. De inschrijving eindigt wanneer de werkzoekende:

- 1° vraagt om uitgeschreven te worden;
- 2° geen toegang meer heeft tot de Belgische arbeidsmarkt;
- 3° geen woonplaats meer heeft in het Duitse taalgebied.

Als de persoon tewerkgesteld is, eindigt de inschrijving bovendien automatisch wanneer hij:

- 1° bevestigt dat hij niet meer naar werk zoekt;
- 2° na het begin van zijn tewerkstelling binnen een periode van drie maanden minstens drie pogingen van de Dienst voor arbeidsbemiddeling om contact op te nemen, onbeantwoord laat;
- 3° na het begin van zijn tewerkstelling binnen een periode van drie maanden geen gebruikmaakt van dienstverlening van de Dienst voor arbeidsbemiddeling.

Met behoud van de toepassing van het eerste lid kan de inschrijving voor de werkzoekenden bedoeld in artikel 4, § 4, eindigen wanneer ze zich niet houden aan de verplichting die is vastgelegd in artikel 8.

De Regering kan nog andere gevallen bepalen die leiden tot uitschrijving.

Art. 8 - Informatieplicht

Door zijn inschrijving verbindt de ingeschreven werkzoekende zich ertoe de Dienst voor arbeidsbemiddeling correcte informatie te verstrekken over zijn identiteit, woonplaats, contactgegevens en opleidings- en werksituatie. Hij stelt de Dienst voor arbeidsbemiddeling binnen vijftien dagen op de hoogte van elke verandering die zich daarin voordoet.

De Regering kan nadere regels bepalen voor de uitvoering van de informatieplicht.

HOOFDSTUK 3. — Behoeftegestuurde arbeidsbemiddeling

Afdeling 1 - Beginselen van de behoeftegestuurde arbeidsbemiddeling

Art. 9 - Beginselen en verloop

§ 1 - De behoeftegestuurde arbeidsbemiddeling is een dienst die kosteloos wordt verleend. Deze dienstverlening beoogt de bevordering op lange termijn van een passende beroepsactiviteit overeenkomstig de in dit hoofdstuk gedefinieerde fasen en minimumeisen.

Ze wordt aangeboden door de Dienst voor arbeidsbemiddeling of door een bemiddelingsdienst die daartoe erkend is overeenkomstig afdeling 3.

§ 2 - De behoeftegestuurde arbeidsbemiddeling bestaat uit de fasen die beschreven worden in afdeling 2.

Ze begint met het openen van een elektronisch begeleidingsdossier overeenkomstig artikel 14. Vervolgens wordt aan de werkzoekende een persoonlijk adviseur toegewezen overeenkomstig artikel 15. De volgende fase bestaat in het vergaren van informatie die relevant is voor de bemiddeling overeenkomstig artikel 16. Op basis van deze informatie die relevant is voor de bemiddeling, bezorgt de bemiddelingsdienst de werkzoekende een afgestemd informatieaanbod overeenkomstig artikel 17. De persoonlijk adviseur bezorgt de werkzoekende die gebruikmaakt van de behoeftegestuurde arbeidsbemiddeling een begeleidings- en bemiddelingsaanbod dat afgestemd is op zijn behoeften en bekwaamheden overeenkomstig artikel 18. Desgevallend stelt de persoonlijk adviseur voor de werkzoekende een actieovereenkomst voor werk op overeenkomstig artikel 19.

Art. 10 - Gebruikers van de behoeftegestuurde arbeidsbemiddeling

De behoeftegestuurde arbeidsbemiddeling is toegankelijk voor alle niet-werkende of met werkloosheid bedreigde werkzoekenden die ingeschreven zijn in het elektronische register.

Ze kan ook aan andere werkzoekenden aangeboden worden.

De Regering bepaalt in welke situaties en voor welke personencategorieën de toegang tot de behoeftegestuurde arbeidsbemiddeling uitgebreid of beperkt kan worden.

Art. 11 - Aanbod uitgaande van de Dienst voor arbeidsbemiddeling of een andere bemiddelingsdienst

§ 1 - De Dienst voor arbeidsbemiddeling biedt de behoeftegestuurde arbeidsbemiddeling aan aan elke gebruiker als gedefinieerd in artikel 10. Als de behoeftegestuurde arbeidsbemiddeling overeenkomstig artikel 22 is opgenomen in het uitvoeringsconcept van een erkende bemiddelingsdienst, biedt die bemiddelingsdienst de behoeftegestuurde arbeidsbemiddeling aan aan de gebruiker. De gebruiker kan ingaan op de behoeftegestuurde arbeidsbemiddeling die wordt aangeboden door die bemiddelingsdienst, of kiezen voor de behoeftegestuurde arbeidsbemiddeling aangeboden door de Dienst voor arbeidsbemiddeling.

§ 2 - Als bepaald is dat een gebruiker begeleid zal worden door een overeenkomstig artikel 22 erkende bemiddelingsdienst en die bemiddelingsdienst niet binnen twee maanden contact heeft opgenomen met de gebruiker, kan de Dienst voor arbeidsbemiddeling de behoeftegestuurde arbeidsbemiddeling aanbieden.

Daartoe neemt de Dienst voor arbeidsbemiddeling eerst contact op met de bevoegde bemiddelingsdienst en gaat hij de stand van zaken na. Als de behoeftegestuurde arbeidsbemiddeling nog aangewezen is, maar nog niet aangeboden werd, laat de Dienst voor arbeidsbemiddeling aan de bevoegde bemiddelingsdienst en aan de werkzoekende weten dat de betreffende behoeftegestuurde arbeidsbemiddeling aangeboden wordt door de Dienst voor arbeidsbemiddeling. Als de werkzoekende het aanbod aanvaardt, wijst de Dienst voor arbeidsbemiddeling een persoonlijk adviseur aan hem toe.

De Regering kan nadere regels bepalen voor de overname van de behoeftegestuurde arbeidsbemiddeling door de Dienst voor arbeidsbemiddeling.

Art. 12 - Toegang tot het begeleidings- en bemiddelingsaanbod

Met behoud van de toepassing van andere wettelijke of decretale bepalingen waarborgt de Dienst voor arbeidsbemiddeling dat de persoonlijk adviseurs van elke bemiddelingsdienst dezelfde toegang hebben tot het begeleidings- en bemiddelingsaanbod van de Dienst voor arbeidsbemiddeling en zijn partners.

Om te garanderen dat een geselecteerd begeleidings- en bemiddelingsaanbod behoeftegestuurd wordt aangewend, kan de Regering de toegang ertoe koppelen aan de behoeftegestuurde arbeidsbemiddeling. Dat heeft tot gevolg dat het aanbod alleen openstaat voor werkzoekenden die begeleid worden in het kader van de behoeftegestuurde arbeidsbemiddeling.

De Regering kan bepalen voor welk begeleidings- en bemiddelingsaanbod de behoeftegestuurde arbeidsbemiddeling als voorwaarde geldt.

Art. 13 - Continuïteit van de behoeftegestuurde arbeidsbemiddeling

Elke bemiddelingsdienst garandeert de werkzoekenden die hij begeleidt, behoeftegestuurde arbeidsbemiddeling zolang ze naar werk zoeken, ongeacht hun inkomen of vervangingsinkomen.

Bij hervatting van de behoeftegestuurde arbeidsbemiddeling na een onderbreking van minder dan 24 maanden, wordt deze voortgezet door de bemiddelingsdienst die de werkzoekende begeleidde voorafgaand aan de onderbreking van het zoeken naar werk.

In afwijking van het eerste lid staat een als bemiddelingsdienst erkend OCMW nog minstens 24 maanden na het einde van de periode waarvoor het leefloon of de daarmee gelijkgestelde maatschappelijke hulp uitgekeerd wordt, in voor de behoeftegestuurde arbeidsbemiddeling van een bijstandsgerechtigde.

De Regering kan de nadere regels voor de uitvoering van het eerste tot derde lid vastleggen.

Afdeling 2 - Fasen van de behoeftegestuurde arbeidsbemiddeling

Art. 14 - Opening van het elektronische begeleidingsdossier

§ 1 - Na de inschrijving van de werkzoekende overeenkomstig artikel 5 opent de bemiddelingsdienst een elektronisch begeleidingsdossier voor de werkzoekende in de behoeftegestuurde arbeidsbemiddeling. Dat bevat minstens de volgende persoonsgegevens met betrekking tot de werkzoekende:

1. de gegevens die overeenkomstig artikel 6 in het register worden verzameld;
2. de contactgegevens van de persoonlijk adviseur die hem begeleidt;
3. de in artikel 16 vermelde gegevens die relevant zijn voor de bemiddeling.

Wanneer er een actieovereenkomst voor werk gesloten wordt overeenkomstig artikel 19, maakt de inhoud van die overeenkomst ook deel uit van het elektronische begeleidingsdossier.

§ 2 - De werkzoekende in de behoeftegestuurde arbeidsbemiddeling krijgt een elektronische toegang tot zijn begeleidingsdossier.

§ 3 - De Regering kan nadere regels bepalen:

- 1° voor het openen en sluiten van het elektronische begeleidingsdossier;
- 2° voor de toegang tot het elektronische begeleidingsdossier.

Art. 15 - Toewijzing van een persoonlijk adviseur

§ 1 - De bemiddelingsdiensten wijzen een persoonlijk adviseur toe aan elke werkzoekende in de behoeftegestuurde arbeidsbemiddeling.

In het belang van de continuïteit van de behoeftegestuurde arbeidsbemiddeling moeten veranderingen van persoonlijk adviseur tot het minimum beperkt worden en moet elke verandering met redenen omkleed worden.

§ 2 - De persoonlijk adviseur vervult minstens de volgende taken:

- 1° hij coördineert de behoeftegestuurde arbeidsbemiddeling inhoudelijk en administratief;
- 2° hij is het eerste aanspreekpunt voor de beroepsgelateerde vragen van de werkzoekende;
- 3° hij helpt de werkzoekende alle attesten te verkrijgen die voor hem bevorderlijk zijn;
- 4° hij legt een behoeftegestuurd begeleidings- en bemiddelingsaanbod voor;
- 5° hij werkt desgevallend een actieovereenkomst voor werk uit overeenkomstig artikel 19;
- 6° hij coördineert het overleg met andere diensten en partners.

De Regering kan de taken van de persoonlijk adviseur preciseren, bijkomende taken vastleggen en de nadere regels bepalen voor het met redenen omkleeden van de verandering van persoonlijk adviseur.

§ 3 - Elke bemiddelingsdienst staat in voor de scholing van zijn persoonlijk adviseurs. Hij bevordert minstens de scholing op de volgende gebieden:

- 1° kennis van het aanbod, de dienstverlening en de maatregelen voor werkzoekenden;
- 2° gebruik van het elektronische begeleidingsdossier;
- 3° basisbeginselen van de beroepsethiek, interculturele communicatie en gespreksvoering voor sociaal werkers;
- 4° basiskennis van de Belgische wetgeving op het gebied van sociale zekerheid, werkloosheid, recht op maatschappelijke integratie, arbeidsrecht en non-discriminatie;
- 5° basisbeginselen van het bestuursrecht en de gegevensbescherming.

§ 4 - Als de persoonlijk adviseur minder dan vier jaar actief is in zijn functie of een vergelijkbare functie, bedraagt de jaarlijkse omvang van zijn scholingen minstens zes halve dagen. Als de persoonlijk adviseur minstens vier jaar actief is in zijn functie of een vergelijkbare functie, bedraagt de jaarlijkse omvang van zijn scholingen minstens drie halve dagen.

De Regering kan nadere regels voor de vervulling van deze verplichting en het toezicht erop vastleggen.

§ 5 - De Dienst voor arbeidsbemiddeling is belast met de coördinatie van een opleidingsprogramma voor de persoonlijk adviseurs van alle bemiddelingsdiensten. Elke bemiddelingsdienst beslist, met behoud van de toepassing van paragraaf 4, aan welke scholingen zijn persoonlijk adviseurs deelnemen.

Art. 16 - Verwerking van gegevens die relevant zijn voor de bemiddeling

§ 1 - In het kader van de behoeftegestuurde arbeidsbemiddeling gaan de bemiddelingsdiensten op basis van de individuele behoeften en de bekwaamheden van de werkzoekende na welk begeleidings- en bemiddelingsaanbod voor hem geschikt is en in welke mate ervan gebruikgemaakt wordt.

§ 2 - De persoonlijk adviseur vergaart uit de volgende gegevenscategorieën gegevens die relevant zijn voor de begeleiding en bemiddeling, en neemt die op in het elektronische begeleidingsdossier:

- 1° gegevens over het schoolbezoek of de opleiding;
- 2° gegevens over het beroepsverleden;
- 3° gegevens over de professionele doelstellingen en mogelijkheden;

- 4° gegevens over de professionele bekwaamheden, competenties en kennis;
- 5° gegevens over het vermogen om zelfstandig werk te zoeken;
- 6° gegevens over het vermogen om elektronisch te communiceren;
- 7° gegevens over de mobiliteit en de gezinssituatie;
- 8° gegevens over vrijetijdsbestedingen en interesses die beroepsmatig relevant zijn;
- 9° gegevens over de samenwerking met andere openbare diensten;
- 10° gegevens over andere kansen en belemmeringen die relevant zijn voor het begeleidings- en bemiddelingswerk;
- 11° gegevens over het tot nog toe gebruikte begeleidings- en bemiddelingsaanbod;
- 12° gegevens over tot nog toe genomen initiatieven in het kader van het zoeken naar werk;
- 13° gegevens over de lichamelijke en geestelijke gezondheid die relevant zijn voor de bemiddeling;
- 14° gerechtelijke gegevens die relevant zijn voor de bemiddeling, in de vorm van een uittreksel uit het strafregister.

De Regering kan de gegevens uit de gegevenscategorieën die worden opgesomd in het eerste lid, preciseren.

§ 3 - De in paragraaf 2 opgesomde gegevens worden verwerkt voor de volgende doeleinden:

- 1° om de werkzoekende de behoeftegestuurde arbeidsbemiddeling te kunnen aanbieden;
- 2° om de in artikel 19 vermelde actieovereenkomst voor werk te kunnen opstellen.

Met behoud van de toepassing van het eerste lid kunnen de bemiddelingsdiensten de gegevens over de lichamelijke en geestelijke gezondheid van de werkzoekenden die relevant zijn voor de bemiddeling, overeenkomstig § 2, eerste lid, 13°, uitsluitend voor de volgende doeleinden verwerken:

1° voor de toepassing van het koninklijk besluit van 25 november 1991 houdende de werkloosheidsreglementering;

2° voor het uitsluiten van stages, opleidingen of werkaanbiedingen die niet verenigbaar zijn met de gezondheidsgerelateerde belemmeringen van de werkzoekende.

Met behoud van de toepassing van het eerste lid kunnen de bemiddelingsdiensten de gerechtelijke gegevens in de vorm van een uittreksel uit het strafregister overeenkomstig § 2, eerste lid, 14°, verwerken om na te gaan of het gedrag van de werkzoekende of de leerling verenigbaar is met beschikbare stages, opleidingen of werkaanbiedingen, in het bijzonder wanneer die contact met kwetsbare personen inhouden.

§ 4 - Indien de werkzoekende weigert de vereiste inlichtingen te verstrekken, kan de bevoegde bemiddelingsdienst de behoeftegestuurde arbeidsbemiddeling schorsen.

§ 5 - De bevoegde bemiddelingsdienst geldt als verwerkingsverantwoordelijke in de zin van artikel 4, punt 7, van de Algemene Verordening Gegevensbescherming.

Elke bemiddelingsdienst beperkt de gegevenstoegang tot die medewerkers die de gegevens rechtstreeks nodig hebben voor de begeleiding en bemiddeling.

§ 6 - De verwerkte gegevens mogen nadat de laatste keer gebruikgemaakt werd van de behoeftegestuurde arbeidsbemiddeling, nog hoogstens tien jaar bewaard worden in een vorm die het mogelijk maakt de betrokken personen te identificeren. Met behoud van de toepassing van de bepalingen betreffende het archiefwezen worden ze uiterlijk na het verstrijken van die termijn vernietigd.

Art. 17 - Verstrekking van een afgestemd informatieaanbod

Na de vergaring van gegevens die relevant zijn voor de bemiddeling overeenkomstig artikel 16, verstrekt de bemiddelingsdienst de werkzoekende een informatieaanbod dat afgestemd is op zijn behoeften en bekwaamheden.

Art. 18 - Verstrekking van een behoeftegestuurd begeleidings- en bemiddelingsaanbod

Na de vergaring van gegevens die relevant zijn voor de bemiddeling overeenkomstig artikel 16, verstrekt de persoonlijk adviseur de werkzoekende een begeleidings- en bemiddelingsaanbod dat afgestemd is op zijn behoeften en bekwaamheden.

Art. 19 - Actieovereenkomst voor werk

§ 1 - Wanneer te verwachten is dat het overeenkomen van de in paragraaf 2 genoemde inhoud de bemiddeling van de werkzoekende ten goede zal komen, stelt de persoonlijk adviseur een actieovereenkomst voor werk op.

Met behoud van de toepassing van het eerste lid is het sluiten van een actieovereenkomst voor werk verplicht indien:

1° een vergelijkbare, elders wettelijk gedefinieerde overeenkomst ter bevordering van de beroepsintegratie gesloten moet worden; en

2° de inhoud van de actieovereenkomst voor werk overgenomen kan worden in de elders wettelijk gedefinieerde overeenkomst.

§ 2 - De actieovereenkomst voor werk bevat minstens:

- 1° de beschrijving van een professionele doelstelling die afgestemd is op de werkzoekende;
- 2° de beschrijving van stappen om de professionele doelstelling te bereiken;
- 3° een tijdschema voor de uitvoering van de stappen genoemd in 2°;
- 4° de tijdstippen waarop een evaluatie en actualisering zal plaatsvinden;
- 5° de contactgegevens van de werkzoekende en van de persoonlijk adviseur;
- 6° de gegevens van de toepasselijke decretale of wettelijke bepalingen op grond waarvan de overeenkomst gesloten moet worden.

De Regering kan nog andere inhoudelijke elementen voor de actieovereenkomst voor werk vastleggen.

§ 3 - De actieovereenkomst voor werk wordt in overleg met de werkzoekende opgesteld door de persoonlijk adviseur.

Ze wordt geschreven in gemakkelijk verstaanbare taal.

Art. 20 - Actieovereenkomst met toepassing van het koninklijk besluit van 25 november 1991

De volgende overeenkomsten gesloten overeenkomstig het koninklijk besluit van 25 november 1991 kunnen gelden als een actieovereenkomst voor werk overeenkomstig artikel 19:

1° een overeenkomst betreffende het individueel actieplan in de zin van artikel 27, eerste lid, 14°, van hetzelfde besluit;

2° een overeenkomst betreffende de gepersonaliseerde begeleiding overeenkomstig artikel 56 van hetzelfde besluit;

3° een overeenkomst waarin het specifieke begeleidingstraject voor niet-toeleidbare werkzoekenden overeenkomstig artikel 58/3, § 3, van hetzelfde besluit beschreven wordt.

Afdeling 3 - Bemiddelingsdiensten

Art. 21 - Erkenning en taken van de bemiddelingsdiensten

§ 1 - Als bemiddelingsdiensten gelden de Dienst voor arbeidsbemiddeling en elke instelling die door de Regering erkend is op grond van artikel 22.

Uitsluitend de OCMW's en de Dienst voor zelfbeschikkend leven kunnen erkend worden als bemiddelingsdienst.

§ 2 - De bemiddelingsdiensten voeren de behoeftegestuurde arbeidsbemiddeling uit.

Met behoud van de toepassing van het eerste lid vervult de Dienst voor arbeidsbemiddeling transversale taken die gepaard gaan met de uitvoering van de behoeftegestuurde arbeidsbemiddeling. Daartoe behoren in het bijzonder algemene administratieve processen, informaticakwesties en algemene administratieve communicatie. De Dienst voor arbeidsbemiddeling coördineert de samenwerking van de bemiddelingsdiensten.

De Regering kan bijkomende transversale taken vastleggen die alleen de Dienst voor arbeidsbemiddeling vervult in het kader van de behoeftegestuurde arbeidsbemiddeling.

Art. 22 - Erkenningsprocedure

§ 1 - Om erkend te worden als bemiddelingsdienst dienen de Dienst voor zelfbeschikkend leven en de OCMW's een aanvraag in bij de Regering. Aanvraaggerechtigde instellingen kunnen gezamenlijk een aanvraag indienen.

De aanvraag kan ingediend worden tot 30 april en tot 31 oktober van ieder jaar. Als de Regering de bemiddelingsdienst erkent, begint de bemiddelingsdienst met de activiteit op het met de Regering overeengekomen tijdstip en overeenkomstig een implementatieplan dat overeengekomen wordt op basis van het ingediende uitvoeringsconcept en de benodigde voorbereidingstijd.

Bij de aanvraag moet een uitvoeringsconcept gevoegd worden waaruit blijkt dat de aanvrager de in afdeling 1 en afdeling 2 beschreven doelstellingen en fasen van de behoeftegestuurde arbeidsbemiddeling kan uitvoeren. Dat uitvoeringsconcept bevat minstens:

1° de beschrijving van de praktische organisatie van de behoeftegestuurde arbeidsbemiddeling, waaruit wezenlijke processen, taakverdelingen en communicatieprocessen op te maken zijn;

2° de beschrijving van het begeleidingsaanbod dat wordt verstrekt door de persoonlijk adviseurs en dat verschillende stappen kan omvatten afhankelijk van de behoeften van de werkzoekenden;

3° een lijst van de medewerkers die de functie van persoonlijk adviseur vervullen;

4° een personeelsontwikkelingsconcept voor de persoonlijk adviseurs;

5° de beschrijving van de gebruikte elektronische toepassingen;

6° de opsomming van de methoden die toegepast worden in het begeleidings- en bemiddelingswerk.

De Regering beoordeelt of de fasen en doelstellingen van de behoeftegestuurde arbeidsbemiddeling via dat uitvoeringsconcept bereikt kunnen worden. Daartoe controleert ze de aanvraag binnen vijftien dagen na ontvangst ervan op volledigheid.

De Regering deelt de aanvrager binnen deze termijn mee of er documenten ontbreken. Als dat het geval is, heeft de aanvrager dertig dagen de tijd om de ontbrekende documenten alsnog in te dienen.

De Regering beslist binnen zestig dagen over de erkenning van de aanvrager.

De Regering kan nadere regels voor de erkenningsprocedure vastleggen.

§ 2 - De aanvrager kan een beroep indienen bij de Regering als zijn erkenningsaanvraag wordt afgewezen.

De aanvrager bezorgt het met redenen omklede beroep samen met alle relevante documenten aangetekend of tegen ontvangstbewijs aan de Regering binnen vijftien dagen, te rekenen vanaf de derde dag na de verzending van de beslissing tot afwijzing van de erkenning.

De Regering beslist binnen zestig dagen, te rekenen vanaf de ontvangst van het beroep, over de ontvankelijkheid ervan.

De Regering kan nadere regels met betrekking tot de beroepsprocedure bepalen.

Art. 23 - Aan het behoud van de erkenning verbonden verplichtingen

Om hun erkenning te behouden, nemen de bemiddelingsdiensten de volgende verplichtingen in acht:

1° de behoeftegestuurde arbeidsbemiddeling verstrekken overeenkomstig het in artikel 22, § 1, derde lid, vermelde uitvoeringsconcept;

2° wezenlijke aanpassingen aan het uitvoeringsconcept melden en met redenen omkleden;

3° permanent een actuele lijst van de persoonlijk adviseurs ter beschikking stellen van de Dienst voor arbeidsbemiddeling;

4° statistische gegevens verstrekken op verzoek van de Dienst voor arbeidsbemiddeling of de Regering;

5° een evaluatieverslag voorleggen op door de Regering vastgelegde tijdstippen, maar minstens om de vijf jaar. In dat evaluatieverslag nemen de bemiddelingsdiensten op hoeveel personen begeleid werden in het kader van de behoeftegestuurde arbeidsbemiddeling, met vermelding van de volgende gegevens:

a) uitsplitsing op basis van kwalificatie, talenkennis, leeftijd en professionele doelstelling;

b) gegevens over de duur van de begeleiding en het soort begeleiding;

c) soort begeleidings- en bemiddelingsaanbod waarvan gebruikgemaakt werd;

d) aantal inschakelingen in stages en opleidingen;

e) aantal integraties in het beroepsleven op verschillende tijdstippen sinds het begin van de begeleiding;

f) overzicht van het aantal persoonlijk adviseurs dat de bemiddelingsdienst heeft ingezet;

6° naleven van de wettelijke, decretale en reglementaire voorschriften die van toepassing zijn op de instelling in het kader van de uitvoering van de behoeftegestuurde arbeidsbemiddeling, in het bijzonder met betrekking tot de bescherming van persoonsgegevens, de gunning van overheidsopdrachten en het beroepsgeheim;

7° de voortgezette opleiding van de persoonlijk adviseurs waarborgen overeenkomstig artikel 15, § 4.

De Regering kan:

1° de verplichtingen vermeld in het eerste lid verder preciseren;

2° nog andere verplichtingen voor het behoud van de erkenning vastleggen;

3° de methode, de tijdstippen en de te beschouwen indicatoren preciseren voor het evaluatieverslag dat het eerste lid, 5°, voorschrijft.

Art. 24 - Schorsing van de erkenning

§ 1 - Wanneer de bemiddelingsdienst zich niet houdt aan een of meer voorwaarden voor het verkrijgen of het behouden van de erkenning, zal de Regering hem schriftelijk aanmanen de erkenningsvoorwaarden na te leven.

Wanneer de bemiddelingsdienst zijn verplichtingen nog altijd niet nakomt na de aanmaning bedoeld in het eerste lid, zal de Regering zijn erkenning schorsen na een advies van de inspecteurs die zijn aangesteld overeenkomstig artikel 28.

Alvorens over te gaan tot schorsing, stelt de Regering de betrokken bemiddelingsdienst aangetekend in kennis van haar voornemen. De bemiddelingsdienst kan binnen zeven dagen, te rekenen vanaf de derde dag na de verzending van de kennisgeving van het voornemen, een verzoek om te worden gehoord indienen bij de Regering. Betrokkene wordt gehoord binnen dertig dagen na de toezending van de aangetekende brief.

Binnen vijftien dagen na betrokkene te hebben gehoord of, al naargelang het geval, na afloop van de in het derde lid genoemde termijn beslist de Regering over de schorsing en de duur van de schorsing.

In afwijking van het derde lid kan de Regering de erkenning van een bemiddelingsdienst slechts schorsen wegens schending van de verplichting de voortgezette opleiding van de persoonlijk adviseurs te waarborgen overeenkomstig artikel 23, eerste lid, 7°, indien deze schending zich twee jaar na elkaar voordoet.

§ 2 - Tijdens de schorsing van de erkenning biedt de betrokken bemiddelingsdienst de behoeftegestuurde arbeidsbemiddeling niet aan aan nieuwe werkzoekenden.

§ 3 - De Regering kan nadere regels voor de schorsing van de erkenning bepalen.

Art. 25 - Intrekking van de erkenning en stopzetting van de behoeftegestuurde arbeidsbemiddeling

§ 1 - Indien de bemiddelingsdienst de verplichtingen ook na het verstrijken van de schorsingsduur vermeld in artikel 24 niet nakomt, kan de Regering de erkenning intrekken na een advies van de inspecteurs.

Alvorens over te gaan tot intrekking, stelt de Regering de betrokken bemiddelingsdienst aangetekend in kennis van haar voornemen. De bemiddelingsdienst kan binnen zeven dagen, te rekenen vanaf de derde dag na de verzending van de kennisgeving van het voornemen, een verzoek om te worden gehoord indienen bij de Regering. Betrokkene wordt gehoord binnen dertig dagen na de toezending van de aangetekende brief.

Binnen dertig dagen na betrokkene te hebben gehoord of, al naargelang het geval, na afloop van de in het tweede lid genoemde termijn beslist de Regering over de intrekking.

Die beslissing wordt zo snel mogelijk aan de betrokken bemiddelingsdienst bezorgd. De bemiddelingsdienst waarvan de erkenning ingetrokken werd, brengt de werkzoekenden individueel op de hoogte van de intrekking van de erkenning.

§ 2 - In geval van intrekking van de erkenning neemt de Dienst voor arbeidsbemiddeling de reeds aangevangen behoeftegestuurde arbeidsbemiddeling voor een werkzoekende over van de bemiddelingsdienst waarvan de Regering de erkenning heeft ingetrokken.

§ 3 - De Regering kan nadere regels met betrekking tot de procedure voor de intrekking van de erkenning bepalen.

Art. 26 - Beroepsprocedure

In geval van schorsing of intrekking van de erkenning kan de bemiddelingsdienst een beroep indienen bij de Regering. Het beroep heeft geen opschortende werking.

De bemiddelingsdienst bezorgt het met redenen omklede beroep samen met alle relevante documenten aangetekend of tegen ontvangstbewijs aan de Regering binnen vijftien dagen, te rekenen vanaf de derde dag na de verzending van de beslissing tot schorsing of intrekking van de erkenning.

De Regering beslist binnen zestig dagen, te rekenen vanaf de ontvangst van het beroep, over de ontvankelijkheid ervan.

De Regering kan nadere regels met betrekking tot de beroepsprocedure bepalen.

Art. 27 - Stopzetting van de behoeftegestuurde arbeidsbemiddeling

De vrijwillige stopzetting van de behoeftegestuurde arbeidsbemiddeling heeft de intrekking van de erkenning tot gevolg.

De Regering bepaalt de procedure voor de stopzetting van de behoeftegestuurde arbeidsbemiddeling.

Art. 28 - Controle

De inspecteurs die zijn aangesteld overeenkomstig het decreet van 27 maart 2023 betreffende de controle en de procedure voor het opleggen van administratieve geldboeten in het kader van het tewerkstellingsbeleid, zijn belast met het toezicht op de toepassing van dit decreet en de uitvoeringsbepalingen ervan.

Art. 29 - Gegevensverwerking § 1 - De Regering en de bemiddelingsdiensten verwerken gegevens uit de volgende gegevenscategorieën:

1° gegevens over de werkelijke en potentiële werkzoekende gebruikers van de behoeftegestuurde arbeidsbemiddeling. Daartoe behoren minstens het aantal werkzoekenden alsook essentiële kenmerken die relevant zijn voor de bemiddeling, zoals kwalificatie en leeftijd van de werkzoekenden;

2° gegevens over het werkelijke of potentiële gebruik van het begeleidings- en bemiddelingsaanbod;

3° gegevens over de toewijzing van stages, opleidingen en werkaanbiedingen;

4° gegevens over de werkelijke of potentiële persoonlijk adviseurs van de behoeftegestuurde arbeidsbemiddeling.

De in het eerste lid genoemde gegevens worden verwerkt voor de volgende doeleinden:

1° de toekenning of het behoud van de erkenning;

2° de samenwerking met partners, diensten en instellingen die een bemiddelingsaanbod verstrekken en het doelgericht contact opnemen met het oog op de versterking van dat aanbod.

De Regering verwerkt de gegevens uit de gegevenscategorieën die worden opgesomd in het tweede lid, 1° tot 3°, in een vorm die het niet mogelijk maakt de betrokken personen te identificeren.

De Regering kan preciseren welke gegevens verwerkt worden in het kader van de erkenningsprocedure en welke gegevens verwerkt worden met het oog op het behoud van de erkenning.

§ 2 - De betrokken bemiddelingsdienst en de Regering zijn gezamenlijk verantwoordelijk voor de verwerking van de gegevens opgesomd in paragraaf 1.

§ 3 - De in het eerste lid opgesomde gegevens mogen na het indienen van de erkenningsaanvraag overeenkomstig artikel 22 of het evaluatieverslag overeenkomstig artikel 23 nog hoogstens tien jaar bewaard worden. Met behoud van de toepassing van de bepalingen betreffende het archiefwezen worden ze uiterlijk na het verstrijken van die termijn vernietigd.

HOOFDSTUK 4. — *Ontwikkeling van de behoeftegestuurde arbeidsbemiddeling*

Art. 30 - Analyse van de arbeidsmarkt

§ 1 - Met het doel de kwaliteit van het begeleidings- en bemiddelingsaanbod af te stemmen op de vereisten van de arbeidsmarkt, analyseert de Dienst voor arbeidsbemiddeling minstens om de vijf jaar de arbeidsmarkt en de bijzondere ontwikkelingen op het gebied van begeleidings- en bemiddelingswerk.

De Dienst voor arbeidsbemiddeling kan daarbij gebruikmaken van de volgende gegevens:

1° gepseudonimiseerde en gesynthetiseerde gegevens uit de elektronische dossiers van de werkzoekenden met woonplaats in het Duitse taalgebied;

2° geanonimiseerde enquêtes bij gebruikers en medewerkers;

3° systeemgegevens met betrekking tot administratieve processen.

§ 2 - De Dienst voor arbeidsbemiddeling stuurt deze arbeidsmarktanalyse voor advies naar deskundigen in verschillende vakgebieden.

De Regering legt de nadere regels voor de adviesaanvraag vast.

§ 3 - De arbeidsmarktanalyse van de Dienst voor arbeidsbemiddeling en de betreffende adviezen worden bezorgd aan de Regering, het Parlement van de Duitstalige Gemeenschap en alle bemiddelingsdiensten.

§ 4 - De Dienst voor arbeidsbemiddeling is verantwoordelijk voor de verwerking van de gegevens die worden opgesomd in paragraaf 1.

§ 5 - De gegevens bedoeld in § 1, tweede lid, 1°, mogen na het maken van de analyse, nog hoogstens tien jaar bewaard worden. Met behoud van de toepassing van de bepalingen betreffende het archiefwezen worden ze uiterlijk na het verstrijken van die termijn vernietigd.

Art. 31 - Uniforme registratie van statistische indicatoren

Om de uniforme registratie van statistische indicatoren te waarborgen, kan de Regering voor bepaalde indicatoren preciseren welke nomenclatuur en welke definities van toepassing zijn.

Wanneer mogelijk gebruikt ze daarbij al erkende en beproefde nomenclaturen en definities.

Wanneer de uniforme registratie van bepaalde indicatoren nodig is voor de analyse bedoeld in artikel 30, kan de Regering voorschrijven dat die indicatoren gebruikt worden bij het opvragen van inlichtingen overeenkomstig artikel 16.

Art. 32 - Uitvoeringsconcept en evaluatie van de Dienst voor arbeidsbemiddeling

De Dienst voor arbeidsbemiddeling werkt om de vijf jaar een uitvoeringsconcept voor de behoeftegestuurde arbeidsbemiddeling uit.

De Dienst voor arbeidsbemiddeling stelt bovendien minstens om de vijf jaar een evaluatie op van zijn behoeftegestuurde arbeidsbemiddeling.

De Regering preciseert de inhoud, de indicatoren, de methode en de tijdstippen voor het uitvoeringsconcept en de evaluatie.

HOOFDSTUK 5. — *Toewijzing van een stage*

Art. 33 - Stage als onderdeel van de behoeftegestuurde arbeidsbemiddeling

Met behoud van de toepassing van artikel 12 kan de persoonlijk adviseur de werkzoekende in het kader van de behoeftegestuurde arbeidsbemiddeling overeenkomstig hoofdstuk 3 een stage voorstellen. Ook de werkzoekende zelf kan een stage voorstellen.

In afwijking van het eerste lid kunnen de volgende personen, voor zover ze niet begeleid worden in het kader van de behoeftegestuurde arbeidsbemiddeling, deelnemen aan een stage, op voorwaarde dat ze voldoen aan de toelatingsvoorwaarden die zijn vastgelegd in artikel 35, met uitzondering van het eerste lid, 5°:

1° leerlingen van het gewoon en gespecialiseerd secundair onderwijs;

2° leerlingen van het hoger onderwijs dat georganiseerd, erkend of gesubsidieerd wordt door een gemeenschap of in een andere staat;

3° personen die een beroep uitoefenen.

De Dienst voor arbeidsbemiddeling registreert voor de in het tweede lid vermelde personen de gegevens die worden vermeld in artikel 6, § 1, en wijst hen een tewerkstellingsconsulent toe, die voor de toepassing van dit hoofdstuk dezelfde taken vervult als de persoonlijk adviseur.

Voor de toewijzing van een stage controleert de persoonlijk adviseur:

1° of een of meer van de doelstellingen genoemd in artikel 34 bereikt kunnen worden door deel te nemen aan een stage;

2° welke stagegevers geschikt zijn voor de betrokken stagiair, gelet op het doel van de stage en de bekwaamheden, competenties en interesses van de stagiair.

De Regering kan de in het tweede lid genoemde personencategorieën uitbreiden met andere personencategorieën.

Art. 34 - Doelstellingen van een stage

Met de stage worden een of meer van de volgende doelstellingen nagestreefd:

1° de stagiair een eerste blik gunnen in de arbeidswereld;

2° de stagiair de mogelijkheid bieden een beroep te leren kennen;

3° de stagiair de mogelijkheid bieden een specifieke werkgever te leren kennen;

4° de stagiair de mogelijkheid bieden zijn bekwaamheden en interesses te testen in een echte werkomgeving;

5° de stagegever de mogelijkheid bieden in te schatten welke bekwaamheden en kennis de stagiair al verworven heeft en welke nog bevorderd kunnen worden;

6° de stagiair de mogelijkheid bieden competenties te verwerven buiten een leerplan en zo zijn kansen op de arbeidsmarkt te verbeteren;

7° de stagiair de mogelijkheid bieden aansluitend op de stage een opleiding of een studie aan een hogeschool of universiteit te volgen;

8° nagaan welke technische, organisatorische en/of didactische aanpassingen van de werkplek nodig zijn om een voortgezette opleiding en/of tewerkstelling mogelijk te maken.

De stagegever zorgt ervoor dat de stage de socioprofessionele integratie en de beroepsoriëntatie van de stagiair doelgericht bevordert uitgaande van diens bekwaamheden en interesses. De stagegever staat in voor een passende begeleiding van de stagiair.

Art. 35 - Toelatingsvoorwaarden

Om toegelaten te worden tot de stage, voldoet de stagiair aan de volgende voorwaarden:

- 1° zijn woonplaats hebben in het Duitse taalgebied;
- 2° minstens 15 jaar oud zijn en niet onder de voltijdse leerplicht vallen;
- 3° de wettelijke pensioenleeftijd niet bereikt hebben;
- 4° toegang hebben tot de Belgische arbeidsmarkt;
- 5° ingeschreven zijn in het werkzoekendenregister;
- 6° bij de stagegever niet al voor het begin van de stage:
 - a) gewerkt hebben als werknemer;
 - b) een opleiding voltooid hebben;
 - c) in de voorbije twee jaar stagegelopen hebben.

In afwijking van het eerste lid, 6°, c), kan een stagiair toegelaten worden tot een stage hoewel hij in de voorbije twee jaar al stagegelopen heeft bij dezelfde stagegever, indien de stage beëindigd werd om redenen die buiten de wil van de stagiair en de stagegever lagen. In dat geval wordt de toegelaten maximumduur van de stage overeenkomstig artikel 37, § 2, verkort met de duur van de reeds afgelegde stage.

Met behoud van de toepassing van de voorwaarden die zijn vastgelegd in het eerste lid, mag de stagiair niet aangesteld worden met het doel personen te vervangen die al voor het begin van de stage bij de stagegever werkzaam waren onder een van de volgende overeenkomsten:

- 1° een arbeidsovereenkomst of overeenkomst voor tewerkstelling van studenten overeenkomstig de wet van 3 juli 1978 betreffende de arbeidsovereenkomsten;
- 2° een opleidingsovereenkomst.

De Regering kan bepalen wat verstaan moet worden onder 'opleiding' als genoemd in het eerste lid, 6°, b), en in het derde lid.

Art. 36 - Eisen aan de stagegever

§ 1 - De stage vindt plaats bij een stagegever uit de commerciële sector, de niet-commerciële sector of de openbare sector.

De Regering kan bepalen:

- 1° aan welke bijkomende voorwaarden de stagegever moet voldoen;
- 2° welke sectoren uitgesloten worden van de toepassing van dit hoofdstuk.

§ 2 - De Regering kan een lijst opstellen van feiten die ertoe leiden dat een stagegever voor een periode van hoogstens vijf jaar uitgesloten wordt van de toepassing van dit hoofdstuk.

Een stagegever die op grond van het eerste lid uitgesloten werd, kan een klacht indienen bij de Regering. Die klacht wordt aangetekend en binnen een maand na de kennisgeving van de beslissing ingediend. De Regering neemt een beslissing en brengt die ter kennis van de indiener binnen twee maanden na ontvangst van de klacht.

De Regering kan de nadere regels voor de klachtenprocedure bepalen.

Art. 37 - Sluiten van een stageovereenkomst

§ 1 - De stage maakt het voorwerp uit van een schriftelijke overeenkomst tussen:

- 1° de stagiair of desgevallend zijn wettelijke vertegenwoordiger of bewindvoerder;
- 2° de stagegever;
- 3° de erkende bemiddelingsdienst, voor zover de stagiair niet door de Dienst voor arbeidsbemiddeling begeleid wordt; en
- 4° de Dienst voor arbeidsbemiddeling.

De stageovereenkomst wordt voor het begin van de stage door alle partijen ondertekend.

De stageovereenkomst legt de rechten en plichten van de partijen vast.

Voor zover de stagiair begeleid wordt door een andere bemiddelingsdienst dan de Dienst voor arbeidsbemiddeling, bezorgt die bemiddelingsdienst alle gegevens die relevant zijn voor het sluiten van de stageovereenkomst aan de Dienst voor arbeidsbemiddeling.

§ 2 - De persoonlijk adviseur legt de duur van de stage vast. De stage duurt maximaal drie maanden.

Bij het bepalen van de stageduur houdt de persoonlijk adviseur rekening met:

- 1° de bekwaamheden en competenties van de stagiair;
- 2° het doel van de stage.

§ 3 - De overeenkomstig paragraaf 2 bepaalde looptijd van de stageovereenkomst mag in met redenen omklede gevallen verlengd worden, voor zover de stagiair of desgevallend zijn wettelijke vertegenwoordiger of bewindvoerder, de stagegever en de persoonlijk adviseur daarmee akkoord gaan en de totale duur van drie maanden niet overschreden wordt. De partijen ondertekenen daartoe een addendum bij de stageovereenkomst.

§ 4 - De Regering legt het volgende vast:

- 1° welke informatie verstrekt moet worden voor de toepassing van § 1, vierde lid, en volgens welke regels dit moet gebeuren;
- 2° in welke situaties de stageovereenkomst geschorst kan worden. In dat geval wordt de oorspronkelijke looptijd van de overeenkomst verlengd met de duur van de schorsing;
- 3° welke andere gegevens de stageovereenkomst minstens moet bevatten;
- 4° in welke situaties de stageovereenkomst vroegtijdig beëindigd kan worden en in welke situaties de stageovereenkomst van rechtswege eindigt.

Art. 38 - Doelstellingenovereenkomst

Voor het begin van de stage stellen de stagiair, de stagegever en de persoonlijk adviseur gezamenlijk een doelstellingenovereenkomst op en voegen die bij de stageovereenkomst.

In die doelstellingenovereenkomst wordt vermeld welke van de in artikel 34 vermelde doelstellingen nagestreefd worden met de stage. Er kunnen ook andere doelstellingen en bepaalde te leren competenties in de doelstellingenovereenkomst opgenomen worden.

Art. 39 - Stageleider

De stagegever duidt onder zijn personeelsleden een stageleider aan die instaat voor de begeleiding van de stagiair voor de duur van de stage. Hij kan die functie ook zelf waarnemen.

De stageleider staat voor de duur van de stage als contactpersoon ter beschikking van de persoonlijk adviseur.

De Regering kan bijkomende voorwaarden vastleggen voor de keuze van de stageleider.

Art. 40 - Verloop van de stage

De persoonlijk adviseur begeleidt de stagiair tijdens de duur van de stage.

In de loop van de stage vindt er een adviesgesprek plaats tussen de persoonlijk adviseur, de stagiair en eventueel de stagegever zodra minstens een van de drie voornoemde personen dat wenst.

In voorafgaand overleg met de stagegever kan de persoonlijk adviseur een bezoek afleggen bij de stagegever ter plaatse.

Art. 41 - Evaluatie en deelnemingsattest

Als de stage langer duurt dan een maand, vult de stagegever na afloop van de stage een evaluatierooster in dat hij van de persoonlijk adviseur ontvangt.

Tijdens of na de stage wordt er een evaluatiegesprek georganiseerd waaraan de stagiair, de stagegever en de persoonlijk adviseur deelnemen, zodra minstens een van de drie voornoemde personen dat wenst.

Het doel van de evaluatie is na te gaan in hoeverre de in de doelstellingenovereenkomst vastgelegde doelstellingen bereikt zijn.

Na afloop van de stage ontvangt de stagiair een deelnemingsattest van de Dienst voor arbeidsbemiddeling.

Art. 42 - Stagevergoeding

De stagiair kan een stagevergoeding ontvangen voor de effectief gepresteerde stagedagen.

De Regering legt de voorwaarden voor de toekenning van de stagevergoeding vast. Ze bepaalt het bedrag van de stagevergoeding en de nadere regels voor de uitbetaling.

Art. 43 - Reiskostenvergoeding

De stagiair kan een reiskostenvergoeding ontvangen voor de effectief gepresteerde stagedagen.

De Regering legt de voorwaarden voor de toekenning van de reiskostenvergoeding vast. Ze bepaalt het bedrag van de reiskostenvergoeding en de nadere regels voor de uitbetaling.

Art. 44 - Verzekering

De Dienst voor arbeidsbemiddeling sluit voor de stagiair met wie hij een in artikel 37 bedoelde stageovereenkomst aangaat, een verzekeringspolis af overeenkomstig de Arbeidsongevallenwet van 10 april 1971.

De Dienst voor arbeidsbemiddeling sluit een aansprakelijkheidsverzekering in de zin van de wet van 4 april 2014 betreffende de verzekeringen af voor de duur van de stage. Die verzekering dekt de individuele aansprakelijkheid van de stagiair en desgevallend van de Dienst voor arbeidsbemiddeling en de erkende bemiddelingsdienst voor schade die de stagiair berokkent aan derden, de stagegever of medewerkers van de stagegever.

De Regering kan nadere regels vastleggen voor de verzekeringen vermeld in het eerste en tweede lid.

Art. 45 - Gegevensverwerking

§ 1 - In het kader van de toewijzing van een stage:

1° gaan de bemiddelingsdiensten na of voldaan is aan de toelatingsvoorwaarden opgesomd in artikel 35;

2° bepalen de bemiddelingsdiensten op basis van de individuele behoeften en de bekwaamheden van de stagiair welke stagen voor hem geschikt zijn en in welke mate ervan gebruikgemaakt wordt;

3° controleren de bemiddelingsdiensten of de stageleider geschikt is.

Indien de toewijzing van een stage deel uitmaakt van de behoeftegestuurde arbeidsbemiddeling overeenkomstig artikel 33, eerste lid, gebruikt de persoonlijk adviseur de gegevens van de werkzoekende die relevant zijn voor de begeleiding en de bemiddeling, die overeenkomstig artikel 16 ingevoerd worden in zijn elektronisch begeleidingsdossier.

Indien de toewijzing van een stage plaatsvindt met toepassing van artikel 33, tweede of vijfde lid, kan de tewerkstellingsconsulent gegevens over de betrokken personen uit de volgende gegevenscategorieën verzamelen:

1° gegevens over het schoolbezoek of de opleiding;

2° gegevens over het beroepsverleden;

3° gegevens over de professionele doelstellingen en mogelijkheden;

4° gegevens over de professionele bekwaamheden, competenties en kennis;

5° gegevens over het vermogen om zelfstandig werk te zoeken;

6° gegevens over het vermogen om elektronisch te communiceren;

7° gegevens over de mobiliteit en de gezinssituatie;

8° gegevens over vrijetijdsbestedingen en interesses die beroepsmatig relevant zijn;

9° gegevens over de samenwerking met andere openbare diensten;

10° gegevens over andere kansen en belemmeringen die relevant zijn voor het begeleidings- en bemiddelingswerk;

11° gegevens over het tot nog toe gebruikte begeleidings- en bemiddelingsaanbod;

12° gegevens over tot nog toe genomen initiatieven in het kader van het zoeken naar werk;

13° gegevens over de lichamelijke en geestelijke gezondheid die relevant zijn voor de bemiddeling;

14° gerechtelijke gegevens die relevant zijn voor de bemiddeling, in de vorm van een uittreksel uit het strafregister.

In het kader van de toewijzing van een stage kan de bevoegde bemiddelingsdienst gerechtelijke gegevens van de stageleider in de vorm van een uittreksel uit het strafregister verwerken.

De Regering kan de gegevens uit de gegevenscategorieën die worden opgesomd in het tweede tot vierde lid, preciseren.

§ 2 - De gegevens genoemd in § 1, tweede tot vierde lid, worden verwerkt voor de volgende doeleinden:

1° de gegevens genoemd in § 1, tweede en derde lid, worden verwerkt voor de doeleinden genoemd in § 1, eerste lid, 1° en 2°;

2° de gegevens genoemd in § 1, vierde lid, worden verwerkt voor het doeleinde genoemd in § 1, eerste lid, 3°.

Met behoud van de toepassing van het eerste lid kunnen de bemiddelingsdiensten de gegevens over de lichamelijke en geestelijke gezondheid van de stagiairs die relevant zijn voor de bemiddeling, uitsluitend verwerken om stages uit te sluiten die niet verenigbaar zijn met de gezondheidsgerelateerde belemmeringen van de stagiair.

Met behoud van de toepassing van het eerste lid kunnen de bemiddelingsdiensten de gerechtelijke gegevens in de vorm van een uittreksel uit het strafregister verwerken:

1° om na te gaan of het gedrag van de stagiair verenigbaar is met beschikbare stages, in het bijzonder wanneer die contact met kwetsbare personen inhouden;

2° om na te gaan of de stageleider geschikt is, in het bijzonder wat betreft zijn omgang met kwetsbare stagiairs.

§ 3 - Onverminderd andere wettelijke verplichtingen kunnen de in artikel 33 genoemde personen vrij beslissen of ze gebruik willen maken van de toewijzing van een stage. Indien ze weigeren de vereiste inlichtingen te verstrekken, kan de bevoegde bemiddelingsdienst de betreffende dienstverlening schorsen.

§ 4 - De Dienst voor arbeidsbemiddeling geldt als verwerkingsverantwoordelijke in de zin van artikel 4, punt 7, van de Algemene Verordening Gegevensbescherming. Wanneer de werkzoekende overeenkomstig paragraaf 5 begeleid wordt door een andere bemiddelingsdienst dan de Dienst voor arbeidsbemiddeling, zijn de Dienst voor arbeidsbemiddeling en de betreffende bemiddelingsdienst gezamenlijk verantwoordelijk voor de verwerking van de gegevens van de werkzoekende.

§ 5 - Wanneer de werkzoekende in het kader van de behoeftegestuurde arbeidsbemiddeling overeenkomstig hoofdstuk 3 begeleid wordt door een andere bemiddelingsdienst dan de Dienst voor arbeidsbemiddeling, heeft de bevoegde persoonlijk adviseur toegang tot de gegevens die nodig zijn voor de toewijzing van een stage.

De Dienst voor arbeidsbemiddeling of, naargelang het geval, de bevoegde bemiddelingsdienst beperkt de gegevenstoegang tot die medewerkers die de gegevens rechtstreeks nodig hebben voor de toewijzing van een stage.

§ 6 - De verwerkte gegevens mogen nadat de stagiair opgehouden heeft gebruik te maken van de dienstverlening van de Dienst voor arbeidsbemiddeling of de bemiddelingsdienst, nog hoogstens tien jaar bewaard worden in een vorm die het mogelijk maakt de betrokken personen te identificeren. Met behoud van de toepassing van de bepalingen betreffende het archiefwezen worden ze uiterlijk na het verstrijken van die termijn vernietigd.

HOOFDSTUK 6. — *Controle van de zoekinspanningen*

Art. 46 - Documenteren en balans opmaken van de zoekinspanningen

§ 1 - De Dienst voor arbeidsbemiddeling documenteert de inspanningen die de aanvragers en ontvangers van een werkloosheidsuitkering doen om naar werk te zoeken en maakt er de balans van op.

Het documenteren en de balans opmaken van de zoekinspanningen wordt uitgevoerd door een tewerkstellingsconsulent.

De Regering kan het documenteren en de balans opmaken uitbreiden tot andere werkzoekenden in de behoeftegestuurde arbeidsbemiddeling.

§ 2 - In het kader van de documentering van de zoekinspanningen wordt in het elektronische dossier genoteerd of de werkzoekende:

1° het begeleidings- en bemiddelingsaanbod aangenomen heeft;

2° acties die overeengekomen werden in het kader van de begeleiding, ondernomen heeft;

3° proactief naar werk heeft gezocht.

§ 3 - Het opmaken van de balans omvat een gedifferentieerde en aan de situatie van de werkzoekende aangepaste beoordeling van de zoekinspanningen.

§ 4 - De tewerkstellingsconsulent kan een balans onder voorbehoud opmaken wanneer minstens een van de volgende gebeurtenissen zich voordoet:

1° de werkzoekende solliciteert niet naar een hem voorgestelde passende betrekking overeenkomstig hoofdstuk V van het koninklijk besluit van 25 november 1991;

2° de werkzoekende weigert een passende betrekking overeenkomstig hoofdstuk V van het koninklijk besluit van 25 november 1991;

3° de werkzoekende weigert een geschikte stage of opleiding;

4° de werkzoekende stopt zonder wettig excuus met een geschikte stage of opleiding;

5° de werkzoekende daagt zonder wettig excuus niet op voor een adviesafpraak;

6° de werkzoekende weigert formeel in te stemmen met een overeenkomst die op hem afgestemde acties bevat;

7° de werkzoekende voert formeel overeengekomen acties niet uit;

8° de werkzoekende legt geen eigen initiatief aan de dag bij het zoeken naar werk.

§ 5 - De tewerkstellingsconsulent houdt bij het opmaken van de balans rekening met de individuele bekwaamheden van de werkzoekende om zelfstandig werk te zoeken, mogelijke kansen en belemmeringen bij het zoeken naar werk en algemene kansen op de arbeidsmarkt.

§ 6 - De Dienst voor arbeidsbemiddeling bepaalt in functie van het profiel van de werkzoekende wanneer en hoe vaak de balans moet worden opgemaakt.

§ 7 - De Regering kan het volgende preciseren:

1° nadere regels voor het documenteren en het opmaken van de balans van de zoekinspanningen;

2° hoe bepaald wordt wanneer de balans moet worden opgemaakt;

3° wanneer de in paragraaf 4 opgesomde voorwaarden leiden tot een balans onder voorbehoud;

4° welke bijkomende criteria kunnen leiden tot een balans onder voorbehoud;

5° wanneer het documenteren en het opmaken van de balans kunnen worden uitgevoerd door andere medewerkers dan de tewerkstellingsconsulenten die worden genoemd in § 1, tweede lid.

Art. 47 - Controle van de zoekinspanningen en sancties

§ 1 - Als de balans van de zoekinspanningen van een aanvrager of ontvanger van een werkloosheidsuitkering onder voorbehoud is, controleert de Dienst voor arbeidsbemiddeling de zoekinspanningen overeenkomstig de bepalingen van het koninklijk besluit van 25 november 1991.

§ 2 - Met behoud van de toepassing van paragraaf 1 controleert de Dienst voor arbeidsbemiddeling de zoekinspanningen overeenkomstig de bepalingen van het koninklijk besluit van 25 november 1991 met de periodiciteit die in dat besluit is vastgelegd.

§ 3 - De controle van de zoekinspanningen en het opleggen van sancties overeenkomstig de bepalingen van het koninklijk besluit van 25 november 1991 worden uitgevoerd door andere personen dan de tewerkstellingsconsulenten genoemd in artikel 46, § 1, tweede lid.

De voor de controle bevoegde medewerkers beslissen op basis van objectieve overwegingen en feiten. Ze vermijden elk belangenconflict en vervullen hun taken onpartijdig. Als er een belangenconflict wordt vermoed, laat de betrokken medewerker zich vervangen.

§ 4 - De Dienst voor arbeidsbemiddeling neemt de nodige maatregelen om de kwaliteit van de controle te waarborgen en belangenconflicten te voorkomen.

§ 5 - Met behoud van de toepassing van het koninklijk besluit van 25 november 1991 kan de Regering het volgende preciseren:

1° de nadere regels voor de controle van de zoekinspanningen en de sancties;

2° de criteria voor het opleggen van sancties;

3° de mogelijkheden om een sanctie volledig of deels te schorsen.

Art. 48 - Gegevensverwerking

§ 1 - Om de inspanningen van de aanvragers en ontvangers van een werkloosheidsuitkering te kunnen controleren overeenkomstig het koninklijk besluit van 25 november 1991, verwerkt de Dienst voor arbeidsbemiddeling gegevens uit de volgende categorieën:

1° gegevens uit de categorieën vermeld in artikel 6, § 1, en artikel 16, § 2;

2° gegevens over controles van de zoekinspanningen en de sancties met toepassing van het koninklijk besluit van 25 november 1991;

3° gegevens over beslissingen die genomen werden in het kader van de controle van de zoekinspanningen en de sancties overeenkomstig het koninklijk besluit van 25 november 1991.

Met behoud van de toepassing van het eerste lid kan de Dienst voor arbeidsbemiddeling de daar vermelde gegevens verwerken voor de volgende doeleinden:

1° de gegevens vermeld in het eerste lid, 1°, om de bemiddelingsperspectieven te kunnen plaatsen;

2° de gegevens vermeld in het eerste lid, 2°, om de zoekinspanningen te kunnen inschatten.

De Regering kan:

1° de gegevenscategorieën vermeld in het eerste lid preciseren;

2° preciseren welke medewerkers tot welke gegevens toegang hebben.

§ 2 - De Dienst voor arbeidsbemiddeling geldt als verwerkingsverantwoordelijke in de zin van artikel 4, punt 7, van de Algemene Verordening Gegevensbescherming.

§ 3 - De gegevens bedoeld in § 1, eerste lid, worden bewaard zolang de bepalingen van het koninklijk besluit van 25 november 1991 betreffende de controle van de zoekinspanningen van toepassing zijn op de werkzoekende. Als deze bepalingen niet meer van toepassing zijn op de werkzoekende, worden de gegevens tien jaar bewaard in een vorm die het mogelijk maakt de betrokken personen te identificeren.

*HOOFDSTUK 7. — Vertrouwelijkheid en bescherming van persoonsgegevens**Art. 49 - Vertrouwelijkheid*

Tenzij anders bepaald in dit decreet en met behoud van de toepassing van andersluidende wettelijke of decretale bepalingen zijn de Regering, de Dienst voor arbeidsbemiddeling, de andere bemiddelingsdiensten en alle andere personen die bij de uitvoering van dit decreet en de uitvoeringsbepalingen ervan betrokken zijn, verplicht de gegevens die aan hen toevertrouwd worden in het kader van de uitoefening van hun opdracht, vertrouwelijk te behandelen.

Art. 50 - Verwerking van gezondheidsgegevens

De gegevens over de gezondheid van de betrokken personen worden verwerkt onder de verantwoordelijkheid van een bij de Dienst voor arbeidsbemiddeling of bemiddelingsdienst aangestelde beroepsbeoefenaar uit de gezondheidszorg of een andere beroepsbeoefenaar die gebonden is aan het beroepsgeheim.

Art. 51 - Gebruik van gegevens voor analyses en statistieken

Tenzij anders bepaald in dit decreet maakt de Dienst voor arbeidsbemiddeling in beginsel bij voorkeur gebruik van anonieme of gepseudonimiseerde gegevens voor analyses en statistieken met betrekking tot de vervulling van zijn taken.

Indien de analyses en statistieken niet volledig uitgevoerd kunnen worden met de anonieme gegevens vermeld in het eerste lid, mogen gepseudonimiseerde persoonsgegevens gebruikt worden.

Voor de toepassing van het tweede lid vermeldt de Dienst voor arbeidsbemiddeling in de aangifte betreffende de verwerking waarom de verwerking van anonieme gegevens het niet mogelijk maakt de analyses en statistieken vermeld in het eerste lid op te stellen.

Art. 52 - Veiligheidsmaatregelen

De Dienst voor arbeidsbemiddeling let er bij de verwerking van de gegevens op dat passende veiligheidsmaatregelen genomen worden.

De Regering zorgt ervoor dat de verwerkte gegevens telkens alleen verwerkt worden door personen die rechtstreeks belast zijn met de uitvoering van de betreffende taak.

Voor zover gegevens geanonimiseerd of gepseudonimiseerd worden, richt de daartoe gebruikte techniek zich naar de aanbevelingen van het Agentschap van de Europese Unie voor cyberbeveiliging (Enisa).

De Regering kan:

1° preciseren welke veiligheidsmaatregelen genomen moeten worden voor de omgang met de vermelde persoonsgegevens;

2° bijkomende passende technische en organisatorische maatregelen nemen om een op het risico afgestemd beveiligingsniveau te waarborgen in de zin van artikel 32 van de Algemene Verordening Gegevensbescherming.

HOOFDSTUK 8. — Slotbepalingen

Art. 53 - Wijzigingsbepalingen

In artikel 60, § 7, van de organieke wet van 8 juli 1976 betreffende de openbare centra voor maatschappelijk welzijn, laatstelijk gewijzigd bij het decreet van 25 april 2016, worden de volgende wijzigingen aangebracht:

1° tussen het tweede lid en het derde lid, dat het vierde lid wordt, wordt het volgende lid ingevoegd, luidende:

“De in het eerste lid bedoelde personen moeten voor en tijdens de daar bedoelde tewerkstelling ingeschreven zijn in het werkzoekendenregister overeenkomstig artikel 4 van het decreet van 22 mei 2023 betreffende de behoeftegestuurde arbeidsbemiddeling.”;

2° na het vierde lid, dat het vijfde lid wordt, wordt het volgende lid ingevoegd, luidende:

“Om de beroepsintegratie via de in het eerste lid bedoelde tewerkstelling te evalueren en de uitvoering ervan te controleren, registreert de Regering gegevens over de tewerkstelling en de gebruikers, alsook over de mogelijke effecten van de maatregel op de beroepsintegratie. De Regering preciseert de gegevenscategorieën, de omgang met de gegevens, in het bijzonder met het oog op de gegevensbescherming, de toegang tot de gegevens en de bewaartermijn.”

Art. 54 - Wijzigingsbepalingen

Hoofdstuk II, afdeling 4, van het decreet van 17 januari 2000 tot oprichting van een Dienst voor arbeidsbemiddeling in de Duitstalige Gemeenschap, die de artikelen 14 en 14.1 omvat, opgeheven bij het decreet van 25 mei 2009 en hersteld bij het decreet van 25 april 2016, wordt opgeheven.

Art. 55 - Wijzigingsbepalingen

In artikel 2, § 1, 12°, van het decreet van 11 mei 2009 betreffende de erkenning van uitzendbureaus en de controle op de particuliere arbeidsbemiddelingsbureaus worden de woorden “Arbeitsbemiddeling onafhankelijke” vervangen door de woorden “Arbeitsbemiddeling), een openbaar centrum voor maatschappelijk welzijn of de Dienst van de Duitstalige Gemeenschap voor zelfbeschikkend leven onafhankelijke”.

Art. 56 - Wijzigingsbepalingen

Artikel 4, § 1, eerste lid, van het decreet van 27 maart 2023 betreffende de controle en de procedure voor het opleggen van administratieve geldboeten in het kader van het tewerkstellingsbeleid wordt aangevuld met een bepaling onder 17°, luidende:

“17° decreet van 22 mei 2023 betreffende de behoeftegestuurde arbeidsbemiddeling en de uitvoeringsbesluiten ervan.”

Art. 57 - Inwerkingtreding

Dit decreet treedt in werking op 1 september 2023.

Wij kondigen dit decreet af en bevelen dat het door het *Belgisch Staatsblad* wordt bekendgemaakt.

Eupen, 22 mei 2023.

O. PAASCH,

De Minister-President,

Minister van Lokale Besturen en Financiën

A. ANTONIADIS,

De Viceminister-President,

Minister van Gezondheid en Sociale Aangelegenheden,

Ruimtelijke Ordening en Huisvesting

I. WEYKMANS,

De Minister van Cultuur en Sport,

Werkgelegenheid en Media

L. KLINKENBERG,

De Minister van Onderwijs en Wetenschappelijk Onderzoek

—
Nota

Zitting 2022-2023

Parlementaire stukken: 259 (2022-2023) Nr. 1 Ontwerp van decreet

259 (2022-2023) Nr. 2 Verslag

259 (2022-2023) Nr. 3 Tekst aangenomen door de plenaire vergadering

Integraal verslag: 22 mei 2023 - Nr. 58 Bespreking en stemming